

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Richard Münchmeier

## „Entstrukturierung“ der Jugendphase

Zum Strukturwandel des Aufwachsens und zu den Konsequenzen  
für Jugendforschung und Jugendtheorie

Corinna Kleinert/Winfried Krüger/Helmut Willems

## Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen

Ausgewählte Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey 1997

Wilfried Schubarth

## Jugendprobleme in den Medien

Zur öffentlichen Thematisierung von Jugend am Beispiel  
des Diskurses zur „Jugendgewalt“

Irina Bohn

## Jugend – Gewalt – jugendpolitischer Umgang

Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt

B 31/98

24. Juli 1998

Richard Münchmeier, Dr. rer. soc., geb. 1944; Studium der Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaft in Heidelberg und Tübingen; Universitätsprofessor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Irina Bohn) Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG. Dokumentation des Modellprojekts, Münster 1997; (zus. mit Arthur Fischer) Jugend '97. Zukunftsperspektiven – Gesellschaftliches Engagement – Politische Orientierungen (12. Shell-Jugendstudie), Opladen 1997.

Corinna Kleinert, M. A., geb. 1968; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut, München.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautorin) Jugend und Demokratie in Deutschland, hrsg. von Ursula Hoffmann-Lange, Opladen 1995; (Mitautorin) Jugend im Blickpunkt empirischer Forschung – drei aktuelle Jugendstudien, in: Sozialwissenschaftliche Literaturreisenschau, 36 (1998).

Winfried Krüger, M. A., geb. 1939; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut, München.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Ursula Hoffmann-Lange und Martina Gille) Jugend und Politik in Deutschland in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hrsg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994; (zus. mit Martina Gille, Johann de Rijke, Helmut Willems) Politische Orientierungen, Werthaltungen und die Partizipation Jugendlicher: Veränderungen und Trends in den 90er Jahren, in: Christian Palentien/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Jugend und Politik, Neuwied 1998.

Helmut Willems, Dr. phil., geb. 1954; Leiter der Abteilung „Jugend und Politik“ am Deutschen Jugendinstitut, München.

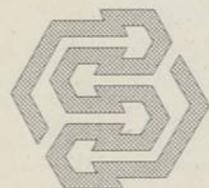
Veröffentlichungen u. a.: Fremdenfeindliche Gewalt, Opladen 1993; (Mithrsg.) Gewalt an Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention, Opladen 1996; Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern, Opladen 1997.

Wilfried Schubarth, Dr. phil., geb. 1955; wissenschaftlicher Assistent an der Fakultät Erziehungswissenschaften der TU Dresden, Forschungsschwerpunkte: Jugend-, Schul- und Sozialisationsforschung.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Fritz Ulrich Kolbe und Helmut Willems) Gewalt an Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention, Opladen 1996; (zus. mit Christoph Ackermann) 45 Fragen und Projekte zur Gewaltprävention, Dresden 1997; Analyse und Prävention von Gewalt. Der Beitrag interdisziplinärer Forschung zur Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe, Habilitationsschrift an der TU Dresden, Dresden 1998.

Irina Bohn, M. A., geb. 1964; Studium der Ethnologie, Spanischen Philologie und Politikwissenschaften in Köln; wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt am Main.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Richard Münchmeier) Dokumentation des Modellprojektes, Buchreihe zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Band 1, Münster 1997; (zus. mit Dieter Kreft) Dokumentation der internationalen Tagung „Jugend und Gewalt“, Buchreihe zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Band 4, Münster 1997; (zus. mit Dieter Kreft und Gerhard Segel) Kommunale Gewaltprävention. Eine Handreichung für die Praxis, Buchreihe zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Band 5, Münster 1997.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# „Entstrukturierung“ der Jugendphase

## Zum Strukturwandel des Aufwachsens und zu den Konsequenzen für Jugendforschung und Jugendtheorie

---

### I. Jugend als gesellschaftliches Muster

---

Dem Alltagsverständnis zufolge scheint der Gegenstand der Jugendforschung leicht zu definieren und ebenso leicht abzugrenzen zu sein: Die Sozialgruppe Jugend wird vor allem durch ihr Alter bestimmt, und sie wird als spezifische „Lebensaltersgruppe“ zwischen Kindheit und Erwachsenen begriffen, die die Phase der „Pubertät“ und der Ablösung von der Herkunftsfamilie, also der „Verselbständigung“, zu durchlaufen hat. Allenfalls könnten die Jugendforscher darüber streiten, innerhalb welcher Altersgrenzen die Jugend zu fassen sei, mit welchem Alter sie (durchschnittlich) beginne und wann sie ende.

Freilich wirft eine solche altersspezifische Definition von Jugend einige Fragen auf. Sie betreffen nicht nur die altersmäßige Eingrenzung. Denn selbst, wenn sich ein Konsens über die Grenzen der Altersphase Jugend erzielen ließe, so wäre damit noch nicht beantwortet, was die Jugendforscher die Jugendlichen fragen sollten oder fragen müßten, um diese zu verstehen. Das Lebensaltersmodell von Jugend ist nur scheinbar eindeutig; diese Eindeutigkeit basiert auf einer inhaltsleeren, rein formalen Definition, die man so formulieren könnte: Jugend umfaßt die Gruppe jener Menschen, die zu einem gegebenen Zeitpunkt jung sind und einer bestimmten Altersspanne angehören. Was aber bedeutet „jung sein“, welche Inhalte, Chancen und Probleme sind damit verbunden, welche Bedingungen des Aufwachsens kennzeichnen dieses Alter, welche Anforderungen und Ressourcen finden Jugendliche vor? Viele derartige „inhaltliche“ Fragen ließen sich stellen; sie werfen das Problem auf, darüber nachzudenken, welche dieser Fragen die zentralen, die wichtigen sind, die gewissermaßen die Jugend strukturieren und ausmachen.

Die Frage, wie das „Jugend-Alter“ von der Kindheit einerseits, vom Erwachsenenalter andererseits abzugrenzen sei, wann Jugend beginnt und in welchem Alter sie endet, ist also keineswegs die Hauptfrage. Wichtiger ist es, von der Erkenntnis auszugehen, daß Jugend ein Strukturmuster darstellt, eine gesellschaftlich entwickelte und ausgestaltete Lebensform, die den Zweck hat, bestimmte gesellschaftliche Erfordernisse und Funktionen zu gewährleisten. Was Jugend bedeutet – und zwar sowohl für die Gesellschaft als auch für die jungen Menschen selbst –, wird weitaus stärker durch diese gesellschaftlichen Muster, durch die „Vergesellschaftung“ der Jugendphase bestimmt als durch das Lebensalter selbst.

Dies ist keineswegs eine neue Feststellung, sondern ein alter – freilich immer wieder vergessener – Erkenntnisstand der Jugendforschung. Jugend, wie wir sie heute kennen, als eigene Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsenen, mit eigenen Ordnungen und Aufgaben, ist ein Produkt und Projekt der europäischen Moderne seit dem Beginn des Industrialisierungsprozesses im 19. Jahrhundert. Seit jener Zeit hat sich ein Modell von Jugend herausgebildet und allmählich Allgemeingültigkeit erlangt. „Jugend“ bedeutet in diesem Modell: sich für später zu qualifizieren, sich auf das spätere Leben (vor allem auf Arbeit und Beruf) vorzubereiten. Ziel von Jugend ist vor allem die Herausbildung einer stabilen Persönlichkeit und einer integrierten Identität, um in einer sich individualisierenden, äußere soziale Kontrollen und festlegende Milieus abbauenden Gesellschaft bestehen zu können, sowie der für das (ökonomisch) selbständige Erwachsensein unabdingbare Erwerb von beruflichen Qualifikationen und Kenntnissen für Erwerbsarbeit, aber auch von sozialen Fertigkeiten und Kompetenzen für das Leben in der Arbeitsgesellschaft.

Die Durchsetzung und gesellschaftliche Verbreitung von „Jugend“ hat eine lange Geschichte. Jugend als eigene Lebensphase, als vom Zwang zur Lohnarbeit freigestellte Vorbereitungszeit auf

das Erwachsenen- bzw. Arbeitsleben war zunächst ein Privileg der bürgerlichen Jugend. Und weil der „Sinn“ dieser Phase in der Herstellung von Arbeitsvermögen lag, wurde sie zunächst nur auf den männlichen Teil der Arbeiterjugend ausgeweitet. Die Mädchen sollten nicht auf die Welt der Lohnarbeit, sondern auf ihre Aufgaben als Hausfrau und Mutter vorbereitet werden. Ähnlich lagen die Verhältnisse für die ländliche Jugend: Aufgrund der durch Familienbetriebe geprägten ökonomischen Struktur auf dem Lande wurden männliche und weibliche Jugendliche dort sehr viel früher dem Zwang zur „Mitarbeit“ ausgesetzt als in der Stadt. Entsprechend schwächer ausgeprägt war die Lebensphase Jugend auf dem Lande, die hier stark „erwachsenenorientiert“ blieb.

Mit den sechziger Jahren begann eine weitere, zunehmend widersprüchlicher werdende Phase des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, der unmittelbare Folgen für die Jugendphase hatte. Einerseits avancierte Jugend in dem Maße zum Adressaten und Hoffnungsträger der Modernisierung, in dem die ökonomische von der sozialen Modernisierung der Lebensverhältnisse abhängig wurde. Die soziale Modernisierung (Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen, Erhöhung der Mobilitätsbereitschaft, Verwirklichung von Chancengleichheit, Abbau ungleicher Lebensverhältnisse, Demokratisierung, gesellschaftliche Partizipation durch politische Bildung usw.) sollte ja vor allem durch die Erweiterung und Modernisierung des Konzeptes „Jugend“ bewirkt und vorangetrieben werden. Dies ist zum einen an der damals einsetzenden Bildungsreformpolitik, zum anderen an der Ausweitung des Konzepts Jugend auch für Arbeiterjugendliche, Mädchen und die Jugend auf dem Lande ablesbar. Auf der subjektiven Ebene wird Jugend dadurch vor allem zu einer Bildungs- und Orientierungsphase. Sie wird damit vergleichsweise stärker als früher aus den konventionellen und traditionellen Zusammenhängen der Generationenabfolge und soziokulturellen Integration herausgelöst.

Andererseits höhlt der Modernisierungsprozeß gerade jene Strukturen aus, die soziale und gesellschaftliche Voraussetzungen und Bedingungen für das „Gelingen“ der Jugendphase sind. Im Zuge des sozialen Wandels werden die Grundlagen und die Zukunftsversprechen, die mit dem Konzept von Jugend verknüpft worden waren, ambivalenter, brüchiger, ungewisser. Das betrifft das Verhältnis der Generationen in Familie und Gesellschaft ebenso wie die Verlängerung von Schul- und Ausbildungszeiten bei gleichzeitig zurückgehenden beruflichen Chancen, die Pluralisierung von Le-

bensmustern und Wertorientierungen ebenso wie die steigenden Anforderungen an Selbständigkeit, Mobilität und Anpassungsfähigkeit<sup>1</sup>.

Worüber also muß man eigentlich reden und nachdenken, wenn man Kinder und Jugendliche – die „Jugend von heute“ – verstehen will? Ist es ihr ausgefallenes „Outfit“ – die schrillen Fisuren, die provozierende Kleidung? Ist es ihr expressiver Verhaltensstil, mit dem sie sich demonstrativ von den Erwachsenen abgrenzen und zugleich eine eigene Ästhetik kreieren? Sind es ihre „schnoddrigen“ Parolen, die auf oft sehr plakative Weise ihr Lebensgefühl auszudrücken suchen: „*Wir haben null Bock auf gar nichts.*“?

So grell und provokant sich die heutige Jugend auch darzustellen vermag, die Forschung muß hinter diese bunte Fassade blicken. Zu sehr bleiben diese Züge an der Oberfläche, handelt es sich doch eher um Ein- und Auskleidungen, um Selbstinszenierungen, die sich noch dazu erstaunlich rasch mit dem Strom der Moden und Stile verändern. Sie machen als solche keinen Zugang zur Lebenssituation Jugendlicher möglich; sie sind „nur“ Reflex und Symptom der Probleme, auf die Kinder und Jugendliche in ihrer Lebenssituation treffen und mit denen sie sich auseinandersetzen müssen. Die beschriebenen Äußerlichkeiten fangen erst dann an „zu sprechen“ und etwas über heutige Kindheit und Jugend auszusagen, wenn man sie auf deren Lebenslagen bezieht und als Ausdruck ihrer Situation begreift.

---

## II. Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Jugend

---

Die Befunde und Ergebnisse der 12. Shell-Jugendstudie<sup>2</sup> haben besonders eindrücklich deutlich gemacht, was im Grunde alle wissen und was durch viele andere Studien bestätigt wird: Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht. Jugend bedeutet ja ein Doppeltes: Sie ist einmal eine subjektive biographische Lebensphase, in der Aufgaben der inneren Entwicklung, des Lernens, der Identitätsbildung anstehen; zum anderen ist sie eine gesellschaftlich bestimmte Lebenslage, ab-

1 Vgl. Helmut Schröder, *Jugend und Modernisierung. Strukturwandel der Jugendphase und Statuspassagen auf dem Weg zum Erwachsensein*, Weinheim 1995, der einen Überblick über diese Veränderungen gibt.

2 Vgl. Arthur Fischer/Richard Münchmeier, „Jugend '97“, 12. Shell-Jugendstudie, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen 1997.

hängig von gesellschaftlichen Bedingungen und Erwartungen, vor allem aber von der Zukunft und Zukunftsfähigkeit der zentralen Regelungen und Grundlagen unserer Arbeitsgesellschaft. In der Vorbereitung auf die Anforderungen der Erwachsenenrolle, insbesondere der Erwerbsarbeit als ihres ökonomischen Fundaments, liegt der biographische und gesellschaftliche Sinn der Jugendphase.

Die Krisen im Erwerbsarbeitssektor: Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Rationalisierung und Abbau oder Verlagerung von Beschäftigung sind inzwischen nicht mehr „bloß“ eine Randbedingung des Aufwachsens. Sie sind nicht mehr „bloß“ Belastungen des Erwachsenenlebens, von denen Jugendliche, die in einem Schonraum ihr Jugendleben führen, nicht betroffen sind. Sie haben inzwischen vielmehr das Zentrum der Jugendphase erreicht. Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muß auch die Jugendphase als Phase der biographischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft davon tangiert sein.

Unsere Studie zeigt deutlich, daß von allen Problemen am meisten die der Arbeitswelt die Jugend beschäftigen und nicht die klassischen Lehrbuchprobleme der Identitätsfindung, Partnerwahl und Verselbständigung. In der qualitativen Studie äußerten die Jugendlichen die Sorge, daß Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Sozialabbau, Verarmungsprozesse von der Politik vernachlässigt würden, daß in absehbarer Zeit Lösungen nicht zu erwarten seien. Dies macht sie skeptisch und betroffen; sie fühlen sich von der Politik und den Erwachsenen im Stich gelassen und einflußlos.

Auf die ganz am Anfang des der Studie zugrunde liegenden Fragebogens offen gestellte Frage nach den „Hauptproblemen der Jugendlichen heute“ nennt fast jeder zweite die *Arbeitslosigkeit*. Besonders zu denken gibt, daß Arbeitslosigkeit um so öfter genannt wird, je älter die Jugendlichen sind: 18 Prozent der Jüngsten (d. h. der 12- bis 14jährigen), aber 58,5 Prozent der 18- bis 21jährigen und sogar 62,5 Prozent der 22- bis 24jährigen geben sie an. Dies weist auf Probleme der Jugendphase hin, die direkt mit der Lösung der Probleme am Arbeitsmarkt zusammenhängen, der den Übergang in die Selbständigkeit des Erwachsenseins ökonomisch nicht mehr verlässlich sichert. So erklärt sich auch, daß bereits berufstätige Jugendliche mit 64 Prozent am häufigsten (häufiger noch als Beschäftigungslose) Arbeitslosigkeit als Hauptproblem der Jugend bezeichnen. Wer es „geschafft“ hat und Arbeit hat, hat offensichtlich Angst davor, daß das erreichte Ufer nicht so sicher

ist, wie es sein sollte, und man wieder zurückfallen könnte. Es scheint so, als bestehe hierüber ein Konsens in der gesamten jungen Generation – die Angst um den Arbeitsplatz wird gewissermaßen zur „prägenden Generationenerfahrung“.

Und schließlich findet sich auch im Bereich der geschlossenen Fragen der Studie, mit denen eine Gewichtung der zur Zeit diskutierten wirtschaftlichen und sozialen Probleme erbeten wurde, ein in die gleiche Richtung weisendes Ergebnis: Als am problematischsten wird mit Abstand die „steigende Arbeitslosigkeit“ empfunden. Die steigende Arbeitslosenzahl wird von mehr als 92 Prozent (!) als großes oder sehr großes „Problem für unsere Gesellschaft“ empfunden; mehr als 88 Prozent sehen darin ein „Problem, das die persönliche Zukunft stark oder sehr stark beeinträchtigen“ wird. Auf die Frage, ob es in der Zukunft „für alle einen angemessenen Arbeitsplatz geben“ und „die Arbeitslosigkeit verschwinden wird“, antworten nur sieben Prozent mit „wahrscheinlich“, ein Prozent antwortet mit „bestimmt“.

Düstere und zuversichtliche Zukunftsvisionen halten sich zur Zeit die Waage. Das entspricht dem Befund, daß auf seiten der persönlichen Zukunftserwartungen die Antwortvorgabe „gemischt, mal so – mal so“ mit 51 Prozent von den meisten Befragten zur Charakterisierung ihres Urteils gewählt wurde und im Vergleich zu 1991 den größten Zuwachs (plus 14 Prozent) verzeichnet. Mit „gemischten Gefühlen“ die persönliche Zukunft zu betrachten scheint die Reaktion auf die Ambivalenz der Zukunftserwartungen in dieser Gesellschaft zu sein.

---

### III. Kindheit und Jugend in einer sich verändernden Familie

---

#### 1. Wo Jugendliche aufwachsen: Veränderungen der familialen Strukturen und ihre pädagogischen Folgen

Immer noch wächst die übergroße Mehrheit junger Menschen in Familien auf. Aber die Familien wandeln sich, was die Größe, die Formen, den Zusammenhalt angeht. Während um 1900 durchschnittlich jede Frau noch vier Kinder bekam<sup>3</sup>, gebären heute die 1960 geborenen Frauen im Durchschnitt noch 1,63 Kinder (im Osten 1,77, im

<sup>3</sup> Vgl. Rudolf Pettinger, Familie – Autorität und Autonomie, in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Immer diese Jugend, München 1985, S. 265–274, hier S. 267.

Westen 1,57<sup>4</sup>). Der Rückgang beruht einerseits auf der Verkleinerung der Familiengröße und andererseits der häufigeren freiwilligen Kinderlosigkeit. Als Folge hiervon hat der Anteil der Einzelkinder zugenommen. Die vielfach verbreitete Annahme, daß bereits jedes zweite Kind ein Einzelkind sei, beruht jedoch auf Fehlinterpretationen der amtlichen Familienstatistik, die immer nur den aktuellen Familienstand erhebt, nicht jedoch die einzelne Familie im Zeitverlauf untersucht. Betrachtet man lediglich die Gruppe der Sechs- bis Neunjährigen, bei denen die Wahrscheinlichkeit am größten ist, daß jüngere Geschwister bereits geboren sind und ältere noch zu Hause wohnen, und ermittelt man in dieser Altersgruppe die korrekte Geschwisterzahl, so ergibt sich für Deutschland im Durchschnitt ein Anteil von 19 Prozent Einzelkindern; in den alten Ländern wird dieser Wert unter-, in den neuen Ländern überschritten. In der Tendenz steigt die Geschwisterzahl im Westen seit 1989 sogar an, wogegen sie im Osten weiterhin deutlich zurückgeht<sup>5</sup>.

Doch unabhängig von der partiellen Fehlinterpretation der Daten ergibt sich für die Erziehungsinstitutionen durch die steigenden Zahlen von Einzelkindern ein besonderer Handlungsbedarf. Denn Einzelkinder sind mehr als andere auf Gleichaltrigenkontakte außerhalb der Familien angewiesen. Neben den informellen Cliques stehen ihnen dafür vor allem die institutionellen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit oder die kommerziellen Angebote (Freizeit- und Spielfarmen, Clubs, Sport- und Kulturangebote usw.) aus einem expandierenden Markt zur Verfügung. Diese „Entlastungsmöglichkeiten“ in der Gleichaltrigen-gesellschaft (deren wachsende Bedeutung durch die neuere Jugendforschung übereinstimmend zum Ausdruck kommt) werden auch deshalb wichtiger, weil „die Einzelkinder... in einer familiären Kommunikationsstruktur (leben), die von ihren Eltern dominiert wird, in der das Kind die an Kinder gerichteten Wünsche und Erwartungen der Eltern alleine zu erfüllen hat. Gerade in Konfliktsituationen mit den Eltern haben diese Kinder und Jugendlichen wenig Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten durch Geschwister“<sup>6</sup>.

Für die Kinder- und Jugendpädagogik ergibt sich daraus nicht einfach nur die Aufgabe, die Sozialisationsleistung der Ein-Kind-Familie zu stützen; sondern hinzu kommt eine sozialinfrastrukturelle

Aufgabe, die darin besteht, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen und das heißt auch soziale Räume für von Erwachsenen nicht kontrollierte Gleichaltrigenerfahrungen anzubieten. Die Notwendigkeit zu solchen infrastrukturellen Leistungen wird auch deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Tendenz zur Ein-Kind-Familie auch zur Folge hat, daß die verwandtschaftlichen Netzwerke und Solidarsysteme sich lockern. Schon Mitte der achtziger Jahre hat der Kinder- und Jugendpsychiater Reinhard Lempp darauf hingewiesen, daß der Übergang zur Form des geschwisterlosen Aufwachsens „die Tür zur onkellosen Gesellschaft öffnet“. Er hätte auch von einer tantenlosen, cousinen- oder cousinlosen Gesellschaft sprechen können. Denn schon in der nächsten Generation werden die Kinder, deren Eltern Einzelkinder waren, onkel- oder tantenlos aufwachsen und keine Cousinen oder Cousins haben<sup>7</sup>. Für sie werden solche „erweiterten Verwandtschaftssysteme“ nicht mehr gegeben sein, sie werden die ersten Schritte zur Lockerung der Einbindung in die Herkunftsfamilie (Ferien bei Onkel oder Tante; Reisen mit Cousinen oder Cousins) nicht mehr innerhalb verwandtschaftlicher Strukturen machen können.

Von Sozialpsychologen wird angesichts des geschwisterlosen Aufwachsens dieser großen Zahl von Kindern auf eine potentielle Gefahr hingewiesen: Es könnten damit die Grundvoraussetzungen für soziale Solidarität in der Gesellschaft gefährdet werden. Denn bisher galt vor allem die Mehr-Kinder-Familie mit der ihr eigenen „Geschwister-rivalität“ als psychologischer Lernort für die Fähigkeit, eigene Interessen zu verfolgen und gleichzeitig konkurrierende Interessen zu respektieren, Zuwendung und Liebe (der Eltern) teilen zu können, also Kompromisse zu schließen – Lernerfahrungen, die für das „soziale Klima“ der Gesellschaft auf der Ebene mitmenschlicher Beziehungen unverzichtbar sind. Die „moralische Haltung“ der „organischen Solidarität“<sup>8</sup> wurde nach allgemeiner Auffassung bisher am ehesten in der Mehr-Kinder-Familie eingeübt. Es stellt sich also die Frage, ob und wo es in unserer Gesellschaft „funktionale Äquivalente“, Ersatzorte für diesen notwendigen Lernort der Kultivierung der Konfliktaustragung geben könnte. Überhaupt wäre einiges über die erzieherische Produktivität des Konflikts und der zivilisationsverträglichen Zähmung der Rivalität neu zu lernen. Konflikte sind in unserer Gesellschaft eher unerwünscht. In der Schule sind sie ein unerwünschtes „Disziplin-

4 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 1997, S. 81.

5 Vgl. ebd., S. 26 f.

6 Vgl. R. Pettinger (Anm. 3), S. 267.

7 Vgl. Reinhard Lempp, Familie im Umbruch, München 1986.

8 Emile Durkheim, De la division du travail, Paris 1963.

problem“ und werden als nicht zur Sache gehörend eher zur Seite gedrängt. Die latente „Harmoniesucht“ verhindert, die Interessen- und Meinungsverschiedenheiten nicht als peinlich, sondern als ein für die gemeinsame Verständigung und Weiterentwicklung produktives Ferment zu verstehen. Behalten die Sozialpsychologen recht, sollten jene Alltagsorte einer kultivierten Konfliktregelung aufmerksamer als bisher betrachtet und erzieherisch genutzt werden.

## **2. Zwischen Schonraum und Verselbständigung: Junge Menschen und alltägliche Lebensbewältigung**

Kinder und Jugendliche sind heute stärker als früher mit ernsthaften Problemen des Alltags und mit schwierigen Aufgaben zu dessen Bewältigung konfrontiert. Durch die Zunahme von Trennungen der Eltern, Scheidungen und Wiederverheiratungen erfährt ein wachsender Anteil von ihnen Familie nicht mehr als im Zeitverlauf stabile Bezugsgruppe, sondern wird mit Diskontinuität, Trennung und Wechsel konfrontiert. Junge Menschen behalten ihre leiblichen Eltern nicht mehr selbstverständlich auch als soziale Eltern; sie werden zunehmend in Prozesse der neuerlichen Partnerfindung ihrer leiblichen Väter und Mütter involviert und müssen die relativ „reife“ soziale Kompetenz aufbringen, sich aus Intimbindungen zu lösen, neue einzugehen und mit „erweiterten Verwandtschaftssystemen“ zurechtzukommen.

Die Durchbrechung der traditionellen Grenzen zwischen Jugendalltag („Schonraum“) und Erwachsenenalltag („Ernst des Lebens“) wird schließlich noch verstärkt durch die zunehmende Mediennutzung im Alltag. Traditionell – seit der Trennung von Lohn- und Hausarbeit und der Nach-draußen-Verlagerung der Welt der Erwachsenen – wurden Jugend- und Erwachsenenalltag als zwei voneinander getrennte Erfahrungs- und Erlebnisbereiche angesehen. Und aus der Sicht der bürgerlichen Pädagogik sollte dies auch so sein<sup>9</sup>: Die noch unselbständige und unbeherrschte jugendliche Seele sollte behütet und vor den realen Gefahren des Erwachsenenalltags „draußen“ geschützt werden.

Durch die Verbreitung vor allem der audio-visuellen Medien (Fernsehen und Video) im Alltag der Familie ist diese Trennung der Wirklichkeitsbereiche tendenziell aufgehoben worden. Themen aus

der „Erwachsenenwelt“ wie Waldsterben, Tschernobyl, Bürgerkrieg, Klimaveränderungen etc. werden über die Medien zu einem gemeinsamen Gesprächsstoff zwischen Kindern und Erwachsenen.

Es kann nicht verwundern, daß unter diesen alltäglichen Belastungen und Kompetenzanforderungen im Bereich vor allem der frühen Jugend Entlastungen und Gegenwelten nicht nur notwendig, sondern regelrecht provoziert werden. Der Wunsch nach „Wildsein“, nach „Undiszipliniertsein“, lustvollem „Über-die-Stränge-Schlagen“, „Sich-austoben“ nimmt zu, je früher die Leistungen der Selbstdisziplinierung (Norbert Elias) abverlangt werden. Gleichzeitig aber werden die Toberäume, die Bolz- und Spielplätze, an denen sich ungehöriges Jugendleben entfalten kann, in unserer Gesellschaft immer knapper. So drängen die nicht auslebbaren Bedürfnisse in die „geordnete Welt“ hinein und suchen Befriedigung in den „Zwischenräumen“<sup>10</sup> – den Räumen zwischen den Institutionen. Das sind zum Beispiel der Schulpausenhof, die Schülerfreizeit, das Wochenendseminar, die Straße, der Bahndamm usw. Es stellt sich die Frage, ob die „Verwalter der Ordnung“ (Eltern, Lehrer, Pädagogen, Hausmeister) den Hintergrund solcher „Wildheit“ verstehen und wie sie mit diesen „Störungen“ umgehen. Die Gefahr, eine weitere Spirale in einem Teufelskreis in Gang zu setzen, also auf die aus dem „Leiden“ an zuviel Regeln ausbrechende Regellosigkeit mit neuen Regeln (z. B. verschärfter Hausordnung) zu reagieren, ist sicher nicht immer leicht zu umgehen.

---

## **IV. Von der Schwierigkeit, Jugend heute zu verstehen**

---

### **1. Jugend läßt sich nicht mehr als Statuspassage verstehen**

Seit Helmut Schelsky<sup>11</sup> verstanden die jugendsoziologischen Theorien „Jugend“ vorrangig als Übergangsphase vom Status der Kindheit in die „sozial generell und endgültig gedachte Rolle des Erwachsenen“. Aus jugendpädagogischer Sicht ermöglichte diese Definition von Jugend als „Statuspassage“ eine relativ klare Interpretation und Synchronisation der jugendspezifischen Entwick-

<sup>10</sup> Lothar Böhnisch, *Gespaltene Normalität*, Weinheim-München 1994.

<sup>11</sup> Vgl. Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation*, Düsseldorf-Köln 1957.

<sup>9</sup> Vgl. Dieter Richter, *Das fremde Kind. Zur Entstehung der Kindheitsbilder des bürgerlichen Zeitalters*, Frankfurt am Main 1987.

lungsaufgaben: die Vorbereitung auf die Bedingungen und Merkmale der Erwachsenenexistenz, also auf berufliche und soziokulturelle Mündigkeit. Berufliche Qualifikation (für männliche Jugendliche) bzw. Vorbereitung auf die Aufgaben als Hausfrau und Mutter (für Mädchen) und Festigung einer erwachsenen Identität standen im Mittelpunkt der Lernaufgaben; durch Etablierung im Beruf, Ablösung von der Herkunftsfamilie und Gründung einer eigenen Familie wurde die Jugendphase beendet.

Nach diesem Verständnis war es selbstverständlich, daß den Jugendlichen die volle soziokulturelle Autonomie (z. B. im Bereich der Sexualität, des eigenen Wohnens, des Zugangs zum Konsum, im Bereich der Freizeitgestaltung) so lange vorenthalten blieb, wie die eigenständige ökonomische Selbständigkeit noch nicht erlangt war; das Erreichen der soziokulturellen und der ökonomischen Selbständigkeit verlief zeitlich relativ synchron (also innerhalb eines nur wenige Jahre umfassenden Zeitraums). Diese „Vorenthaltung“ von Selbständigkeit wurde immer auch jugendpädagogisch nach dem Prinzip der „verschobenen Belohnung“ (*deferred gratification*) als Lernmotivation genutzt: „Wer heute verzichtet, Bedürfnisse aufschiebt, sich aber qualifiziert, durch Bildung sich vorbereitet – der wird später (als Erwachsener) bessere soziale und berufliche Chancen haben.“ Dieses Prinzip wurde als „bildungsoptimistischer Lebensentwurf“ bezeichnet<sup>12</sup>.

Nach einhelligem Konsens in der Jugendforschung hat die Jugendphase heute ihre deutliche Abgrenzung sowohl von der Kindheit als auch vom Erwachsensein verloren; das Verständnis von Jugend als Statuspassage ist ins Schwimmen geraten. Die für die traditionelle Adoleszenzphase (der ca. 15- bis 19jährigen) beschriebenen Verhaltensformen von demonstrativer Ablösung, Selbstsuche, experimenteller und expressiver Selbstinszenierung usw. scheinen sich nach den Befunden der Schüler- und Jugendforschung heute biographisch vorzuverlagern und in das Alter der 10- bis 14jährigen „Kids“ hineinzuschieben. Andererseits aber hat sich die Jugendphase (im Sinne der Vorbereitungs- und Qualifikationsphase und fehlender bzw. instabiler ökonomischer Selbständigkeit) infolge der Bildungsexpansion und der Arbeitsmarktveränderungen und -probleme verlängert.

12 Lothar Böhnisch/Richard Münchmeier, Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis, Weinheim – München 1994<sup>3</sup>.

## 2. Jung sein heißt heute Schüler sein

Seit den Anstrengungen der Bildungsreformpolitik vor allem in den siebziger Jahren hat sich nicht nur die Beteiligung an Bildung erheblich erhöht, sondern auch die durchschnittliche Verweildauer im Bildungswesen ausgeweitet. Die unmittelbare Folge ist die „Verlängerung der Jugendphase“. Wie Klaus Allerbeck und Wendy Hoag<sup>13</sup> ermittelt haben, waren 1962 bereits fast 40 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren „erwerbstätig“ (hinzu kamen nochmals fast 40 Prozent „Azubis“) und nur knappe 20 Prozent waren noch Schüler. Heute dagegen ist von allen jungen Menschen zwischen 16 und 20 Jahren nur noch ein Prozent schon erwerbstätig; ein Drittel sind Azubis, aber gut 50 Prozent sind Schüler<sup>14</sup>. Bis zum Erreichen der Volljährigkeit, ja bis zum Beginn des dritten Lebensjahrzehnts heißt jung sein heute deshalb für die Mehrheit „Schüler sein“.

Dies wirft einige Probleme auf, auf die institutionelle und pädagogische Antworten gefunden werden müssen:

- Höhere Bildungsbeteiligung und entsprechend längere Verweildauer bedeuten einen weiteren Schritt in Richtung auf die sogenannte „Entmischung der Generationen“. Die Schule ist wegen ihrer organisatorischen Gliederung in Stufen und Klassen eine Gesellschaft von Altersgleichen. Je länger man Schüler ist, desto länger verbleibt man in einer Gruppe von Gleichaltrigen. Generationsdurchmischte Situationen, wie sie z. B. am Arbeitsplatz typisch sind, werden in der Jugendphase seltener und damit auch die Möglichkeiten, sich an den Älteren zu „reiben“, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, sich von ihnen abzugrenzen, um sich selber und seine eigene Identität zu finden.
- Was „Jungsein“ bedeutet, ergibt sich heute deshalb weniger aus dem Konflikt und der Abgrenzung zu den „Alten“, sondern aus dem Vergleich mit und dem Zugehörigseinwollen zu den Gleichaltrigen. Jugend ist der Maßstab von Jugend. Sie bleibt gewissermaßen „unter sich“, sie „verjünglicht“. Damit ändert sich auch der von Eduard Spranger einst beschriebene psychologische Prozeß der Identitätsfindung: Nicht mehr das Herausarbeiten der „Diffe-

13 Vgl. Klaus Allerbeck/Wendy Hoag, Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven, München – Zürich 1985.

14 Vgl. Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick, Reinbek 1994.

renz“ (ja nicht so sein wie die Erwachsenen), sondern die „Identifikation“ mit und „Imitation“ von Gleichaltrigen scheint wichtig (so sein wollen wie alle sind). Damit geht die Bedeutung der von Spranger so hoch geschätzten Auseinandersetzung mit Überlieferung und Tradition (deren Repräsentanten die Erwachsenen sind) zurück. Die oft zu beobachtende Gleichgültigkeit Jugendlicher gegenüber gesellschaftlich-kulturellen oder religiösen Überlieferungen scheint hier eine Wurzel zu haben.

- Weil junge Leute heute länger im Bildungswesen verbleiben und deshalb im Durchschnitt höhere formale Bildungsabschlüsse erwerben als je zuvor, werden sich – ganz abgesehen von allen sonstigen sozialen und ökonomisch-technischen Veränderungsprozessen – ihre Lebensläufe anders entwickeln als die ihrer Eltern. „Du sollst es einmal weiter bringen als wir“, sagen die Eltern und schicken deshalb ihre Kinder auf weiterführende Schulen. Darin liegen aber zwei Probleme: Zum einen wächst der Druck, diese bessere Zukunft zu erreichen trotz sich verschlechternder gesellschaftlicher Zukunftschancen; zum anderen bedeutet dies, daß der Lebensweg der Eltern, ihre biographischen Entscheidungen und Erfahrungen nicht mehr einfach als Beispiel dafür genommen werden können, wie das Leben so verläuft und wie man sich darin einrichten kann. Vielmehr muß die Mehrzahl der jungen Leute nach eigenen Wegen suchen, eigene Lebensstile entwickeln, das Leben „in die eigenen Hände nehmen“, ohne sich am Beispiel der Eltern vergewissern zu können, mit welchen Risiken und Chancen welche Arten von Entscheidungen verbunden sind. Entsprechend wachsen die Orientierungsprobleme der Jugendlichen.

### **3. Die bildungsoptimistische Perspektive wird brüchig**

Spätestens seit Beginn der achtziger Jahre ist im Zusammenhang mit der Verknappung der beruflichen Ausbildungschancen und der angespannten Arbeitsmarktsituation, mit der Ausdifferenzierung von beruflichen Umwegen und Warteschleifen die einfache bildungsoptimistische Gleichung für eine wachsende Anzahl von Eltern und Jugendlichen fragwürdig geworden: Gute schulische Abschlüsse bedeuten nicht mehr quasi automatisch gute berufliche Chancen. Sie sind zwar nach wie vor eine notwendige, aber für sich genommen keineswegs mehr eine hinreichende Voraussetzung für entsprechende berufliche Karrieren.

Insbesondere an der biographischen Schwelle des Übergangs vom Jugend- ins Erwachsenenleben gehören heute Arbeitslosigkeit, Warteschleifen, Umwege und Zwischenbeschäftigungen für eine größere Gruppe zur Normalität. Während sich die Situation bei der Versorgung mit Berufsausbildungsplätzen (= erste Schwelle des Übergangs) seit einigen Jahren (jedenfalls in Westdeutschland) rein quantitativ entspannt hat, sind die Probleme an der zweiten Schwelle geblieben – wie ein Blick z. B. auf die Statistik der Arbeitslosigkeit zeigt. Der Berufseintritt vollzieht sich heute kaum noch „geradlinig“, sondern erfolgt häufig über Umwege, Zwischenschritte, Umschulungen und Weiterqualifizierungen verschiedenster Art sowie durch die oft zitierten Warteschleifen hindurch. Inzwischen gibt es ein durch die Arbeitsverwaltung, das berufliche Bildungswesen, durch Schule, Jugendhilfe und kommunale Stellen komplex ausgebautes „Angebot“ an Auffang-, Ausbildungs-, Orientierungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Es handelt sich um Maßnahmen, die die destabilisierten Übergänge ins Erwachsenen- und Erwerbsleben „flankierend“ oder „kompensatorisch“ stützen sollen.

Im Abbröckeln des bildungsoptimistischen Lebensentwurfs und in der Verunsicherung der Normalbiographie liegt „das“ zentrale Problem der Jugendlichen heute – auch dann, wenn sie noch in der Schule lernen und erst auf die Arbeitswelt zugehen. „Der erste zentrale Kristallisationspunkt der gegenwärtigen Problematik besteht nun darin, daß dieser Zusammenhang objektiv, real brüchig geworden ist und daß diese ‚Funktionslücke‘ hinsichtlich der Rolle des Bildungssystems für soziale Chancen und Fortkommen von den Heranwachsenden selbst durchschaut wird, daß aber ‚offiziell‘ an der Vorstellung, daß dies noch so sei, festgehalten wird. Es ist dieses ‚als ob‘, mit allen seinen Konsequenzen, das als einer der tiefer liegenden Kerne gegenwärtiger Problematik identifiziert werden muß.“<sup>15</sup>

### **4. Belastungen des Schülerseins**

Wegen der tendenziellen Abwertung der unteren Bildungsabschlüsse zugunsten höherer sowie wegen der durch den generell verengten Arbeitsmarkt verursachten höheren interindividuellen Konkurrenz wächst die Nachfrage nach sogenannten „weiterführenden“ Bildungsgängen und

<sup>15</sup> Walter Hornstein, Jugend. Strukturwandel und Problemlagen, in: Hans Eyferth/Hans-Uwe Otto/Hans Thiersch (Hrsg.), Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied – Darmstadt 1984, S. 507.

höheren Bildungsabschlüssen. Dies führt zu einem Anstieg des durchschnittlichen formalen Bildungsniveaus der jungen Generation, wodurch sich die vorausgesetzten Eingangsqualifikationen „aufschaukeln“. Dadurch steigen abermals die Erwartungen an die Jugendlichen, einen (noch) höheren Bildungsabschluß anzustreben. (Dieter Mertens hat diese Situation als ein „Qualifikationsparadox“ beschrieben<sup>16</sup>.) Im Rahmen einer Untersuchung der Arbeitsstelle Schulentwicklungsforschung<sup>17</sup> antworteten im Jahr 1979 auf die Frage „Welchen endgültigen Schulabschluß sollte Ihr Kind Ihren Wünschen nach erreichen?“ 31 Prozent der Eltern mit „Hauptschulabschluß“ und 37 Prozent mit „Abitur“. Bis zum Jahr 1985 sank der Anteil derer, die den Hauptschulabschluß nannten, auf 11 Prozent, das Abschlußziel Abitur gewann an Bedeutung. Es wurde von 54 Prozent der Befragten genannt. Diese Anhebung der Ausbildungszielvorstellungen ist Ausdruck des genannten Qualifikationsparadoxes.

Diese Anhebung signalisiert natürlich auch, daß die Bedeutung, die Schulerfolg für den weiteren Lebensweg hat, nicht nur objektiv, sondern auch in der subjektiven Wahrnehmung enorm gestiegen ist. Damit hat sich zugleich der Stellenwert der individuellen Erfolgs- bzw. Versagensbilanz erhöht. Die subjektiven Ängste, den angestrebten Schulabschluß nicht zu erreichen und damit geringere Berufschancen zu haben, wachsen. Von einer gewissen Anzahl Jugendlicher wird das Scheitern in weiterführenden Schulen als persönliches Versagen wahrgenommen und ängstlich abgewehrt. Aus einer repräsentativen Untersuchung von Klaus Hurrelmann, Birgit Holler und Elisabeth Nordlohne geht hervor, daß durchschnittlich 49 Prozent der befragten Jugendlichen „unsicher“ sind, „ob sie die favorisierten Schulabschlußpläne verwirklichen können“<sup>18</sup>. Ein noch höheres Niveau der Unsicherheit zeigt sich an der Nahtstelle von Schul- und Erwerbssystem. Auf die Frage: „Wie sicher oder unsicher bist Du Dir, daß Deine beruflichen Wünsche in Erfüllung gehen?“ bekunden 65 Prozent der Befragten Unsicherheit. Dieses gilt nicht etwa primär für die von besonde-

rer Chancenungleichheit betroffenen Hauptschüler, sondern gerade auch für Gymnasiasten, deren höhere Aspirationen offenbar ein höheres Unsicherheitsniveau implizieren können.

Insbesondere bei auftretenden Schulleistungsschwierigkeiten fühlen sich die davon betroffenen Jugendlichen in ihren beruflich-biographischen Zukunftschancen besonders betroffen und reagieren mit Versagensgefühlen<sup>19</sup>. Wie stark sich diese Ängste ausprägen, hängt in erster Linie vom Erwartungsdruck seitens der Eltern und von der Qualität der emotionalen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern ab. Vermutlich aus Angst vor der Gefährdung der beruflichen Chancen der Kinder durch schulische Leistungs- und Laufbahnprobleme neigen viele Eltern dazu, den Druck auf die Jugendlichen zu erhöhen, die vorgefaßten Statuserwartungen einzulösen. Schulschwierigkeiten belasten damit die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern relativ stark. Die daraus entstehenden Konflikte und Spannungen im Familienleben müssen als direkte Verstärker psychosomatischer Störungen identifiziert werden. „Mit der Gefährdung der schulischen Laufbahnperspektive ist also auch immer eine Gefährdung der sozialen Beziehungen zu den Eltern verbunden, weil diese Beziehungen stark über die schulische Leistungsposition mitdefiniert werden.“<sup>20</sup>

---

## V. Mädchen und der Wandel der weiblichen Biographie

---

Mädchen und junge Frauen weisen seit längerer Zeit eine wesentlich höhere Berufsorientierung auf: Für sie ist Berufstätigkeit die Basis einer selbständigen Lebensführung und damit eines ihrer wichtigsten Lebensziele. In dem Maße, in dem die weiblichen Biographiemuster sich gewandelt haben bzw. (immer noch) wandeln und die meisten Mädchen Selbständigkeit durch Verbindung von Erwerbs- und Hausarbeit leben wollen, werden Bildungsabschlüsse als Zugang zur Erwerbsarbeit wichtig. Allerdings erfahren Mädchen wegen der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes und der höheren Zugangsbarrieren für das weibliche Geschlecht eine stärkere Verunsicherung; sie wissen nicht, ob sie ihre Berufs- und Lebenspläne verwirklichen können.

16 Dieter Mertens, Das Qualifikationsparadox. Bildung und Beschäftigung bei kritischer Arbeitsmarktperspektive, in: Zeitschrift für Pädagogik (ZfPäd.), 30 (1984) 4, S. 439–455.

17 Vgl. Hans-Günther Rolff/Klaus Klemm/Jürgen Tillmann (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 4, Weinheim 1986, S. 22.

18 Klaus Hurrelmann/Birgit Holler/Elisabeth Nordlohne, Die psychosozialen „Kosten“ verunsicherter Statuserwartungen im Jugendalter, in: ZfPäd, 34 (1988) 1, S. 25–44, hier S. 34.

19 Vgl. ebd.

20 Ebd., S. 42 f.

„Die Probleme beginnen bereits beim Einstieg in die Berufsausbildung. Junge Frauen haben es erheblich schwerer als junge Männer, einen Ausbildungsplatz nach ihren Vorstellungen zu finden, dabei sind sie weniger stark als diese auf einen einzigen Beruf fixiert. Obgleich sie im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse vorzuweisen haben als die männlichen Schulabgänger, müssen sie intensiver suchen als diese, um eine Lehrstelle zu bekommen . . . Der Beruf, in dem junge Frauen schließlich ausgebildet werden, ist dann auch seltener als bei den jungen Männern der von Anfang an gewünschte Beruf, und ebenso würden sie weniger häufig als die jungen Männer diesen Beruf wieder ergreifen . . . Diese Befunde machen deutlich, daß gerade bei den jungen Frauen die faktische Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe keineswegs ausschließlich auf individuelle Präferenzen und Wünsche zurückgeführt werden kann. Besonders ausgeprägt ist das Auseinanderklaffen zwischen individuellen Berufsvorstellungen und faktischem Ausbildungsberuf bei den ‚typischen‘ Frauenberufen Verkäuferin und Kauffrau im Einzelhandel.“<sup>21</sup>

Das zweite große Problem von biographischer Bedeutung ist für Mädchen die Frage, ob sie Ehe- und Lebenspartner finden werden, die bereit sind, partnerschaftlich eine gleichgewichtige Verteilung von Haus-, Kinder- und Familienarbeit sowie von Berufsarbeit nicht nur theoretisch zu akzeptieren, sondern auch praktisch mitzutragen. Die bisherigen Befunde der einschlägigen Forschung weisen eher darauf hin, daß junge Männer zwar verbal und voller guter Absichten ihre Bereitschaft zur Mithilfe bei Haushalt und Kindererziehung bezeugen, daß aber von diesen guten Absichten in der Praxis – vor allem nach der Geburt des ersten Kindes – wenig übrigbleibt. Die sogenannte „Doppelbelastung“ der Frauen scheint deshalb auch für die Mädchen heute die realistischere Perspektive<sup>22</sup>.

21 Arbeitsgruppe Bildungsbericht (Anm. 14), S. 612.

22 Vgl. Gisela Erler/Monika Jaeckel/Rudolf Pettinger/Jürgen Sass, *Kind? Beruf? Oder beides? Eine repräsentative Studie über die Lebenssituation und Lebensplanung junger Paare zwischen 18 und 33 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag der Zeitschrift Brigitte* (Brigitte Untersuchung 88), Hamburg–München 1988; Hans Bertram (Hrsg.), *Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen, DJI-Familien-Survey 1*, Opladen 1991; ders., *Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation, DJI-Familien-Survey 2*, Opladen 1992.

## VI. Vom Gehorsam zur Selbständigkeit. Wandel der Sozialisationsweisen

Die Erziehungsstile in Elternhaus und Schule haben sich, wie wissenschaftliche Untersuchungen übereinstimmend zeigen, in den letzten Jahren auffallend verändert. Während 1951 „Gehorsam und Unterordnung“ noch für 25 Prozent der Bevölkerung ein wichtiges Erziehungsziel waren, galt dies 1983 nur noch für 9 Prozent. Dagegen hat das Erziehungsziel „Selbständigkeit und freier Wille“ einen Anstieg der Zustimmung von 28 Prozent (1951) auf 49 Prozent (1983) erfahren<sup>23</sup>. In einer repräsentativen DJI-Befragung von mehr als 10 000 Familien (1989) nannten 92 Prozent „Selbstvertrauen“ und 84,2 Prozent „Selbständigkeit“ als wichtigste Erziehungsorientierungen (ohne daß freilich die Orientierungen „Pflichtbewußtsein“ [73,3 Prozent], „Fleiß“ [66,2 Prozent] und „Gehorsam“ [55,4 Prozent] aufgegeben worden wären). „Nicht der egoistische Individualist, der sich in der Ellenbogengesellschaft durchzusetzen versteht, schwebt Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder heute vor, sondern ein selbstbewußter, persönlichkeitsstarker, aber gleichzeitig kooperativer Mensch, der verantwortungsbewußt von seinen Rechten Gebrauch macht und seine Pflichten erfüllt sowie Verständnis für den Mitmenschen aufzubringen vermag.“<sup>24</sup>

Von ähnlichen Veränderungen ist der Erziehungs- und Umgangsstil in der Schule gekennzeichnet. Auch dort hat die autoritäre Distanz zwischen Lehrer und Schüler abgenommen und ist einer „partnerschaftlichen Umgangskultur“ gewichen<sup>25</sup>. Die Zielwerte „Ordnung und Disziplin“, „gute Umgangsformen“ und „Achtung“ haben auch in der Schule einen drastischen Bedeutungsverlust, „eigene Urteilsfähigkeit“, „persönliche Selbständigkeit“ und „Selbstbewußtsein“ dagegen eine enorme Aufwertung erfahren<sup>26</sup>. Eltern und Schule setzen also heute stärker auf Selbständigkeit und

23 Vgl. Jürgen Zinnecker, *Kindheit, Erziehung, Familie*, in: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.), *Jugendliche und Erwachsene '85*, Bd. 3, Opladen 1985, S. 97–292, hier S. 208.

24 Christian Dannenbeck, *Was ist Eltern wichtig? Welche Rolle spielen Kinder im Leben heute und wohin soll man sie erziehen?*, in: *dji-bulletin*, (1990) 16, S. 7.

25 Vgl. Helmut Fend, *Sozialgeschichte des Aufwachsens. Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im zwanzigsten Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1988, S. 142 ff.

26 Vgl. Heiner Meulemann, *Jugend als Lebensphase – Jugend als Wert. Über die Politisierung eines kulturgeschichtlichen Begriffs am Beispiel der biographischen Selbstdefinition dreißigjähriger ehemaliger Gymnasiasten*, in: *ZfPäd.*, 34 (1988) 1, S. 65–86.

Eigenkompetenz als optimale Voraussetzungen für das Vorankommen in der Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft als auf Erziehung zur Bedürfnislosigkeit, Bescheidenheit, Ein- und Unterordnung.

Hinter diesem Wertewandel im Bereich der Erziehung steht die sogenannte „Enttraditionalisierung“ der Muster unserer Lebensführung. Damit ist gemeint, daß traditionelle Muster und Leitbilder ihre einerseits verbindliche (sozial-kontrollierende), andererseits orientierende (und damit entlastende) Funktion verloren haben. Dies betrifft insbesondere traditionelle religiöse Muster, aber eben auch die „Einordnungs- und Bescheidenheitskultur“, die noch in den fünfziger Jahren wirksam war. Enttraditionalisiert werden aber auch die Muster der Lebensplanung und Lebensführung: Was eine oder einer wird bzw. werden kann, ist ihr oder ihm nicht mehr in die Wiege gelegt, ist also nicht mehr von der familiären Herkunft und den lokalen Bedingungen abhängig. Die Öffnung des Bildungssystems für (der Tendenz nach) alle Jugendlichen und die gestiegenen Möglichkeiten zu überregionaler Mobilität haben dazu geführt, daß – jedenfalls dem Anspruch nach dem Leitbild zufolge – die Chancen der Meisterung des Lebenswegs vor allem von der individuellen Leistungsbereitschaft, der Qualifikation und von der individuellen sozialen Kompetenz abhängig sind. „Enttraditionalisierung“ bedeutet also einerseits eine größere „Freisetzung“ aus traditioneller Bindung und Kontrolle und verspricht damit eine stärkere „Pluralisierung“ der legitimen Lebensmuster; es bedeutet aber andererseits auch einen höheren Druck auf die Individuen und damit eine „Individualisierung“ der Lebenschancen und der Verantwortung für den eigenen Lebensweg.

---

## VII. Interpretationen der Jugendtheorie und Konsequenzen für die Jugendforschung

---

Es liegt auf der Hand, daß die hier nur global und ansatzweise genannten Aspekte des Strukturwandels bzw. der Entstrukturierung „Rückwirkungen“ auf die Konfiguration Jugend haben, und zwar sowohl auf deren gesellschaftliche Organisation und Struktur als auch auf die Altersgruppe derer, die heute „ihre Jugend leben“ müssen. Schon zu Beginn der siebziger Jahre hat die französische Soziologin Nicole Abboud gegen jeden Versuch einer „Vergegenständlichung“ der Jugend argumentiert: „Jugend existiert nicht als

Strukturprinzip per se, sondern vielmehr als mehr oder weniger direktes Produkt einer bestimmten gesellschaftlichen Praxis.“<sup>27</sup> So ist denn auch in den letzten 15 Jahren in der jugendtheoretischen Debatte über Vorschläge diskutiert worden, wie sich diese Wechselwirkung zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung und den Strukturproblemen der Jugendphase fassen und in ihren Auswirkungen auf Orientierungen und Lebenspraxis der Jugendlichen bestimmen lasse. Es sind mehrere komplexe Interpretationen vorgelegt worden, die unter den Stichworten „Strukturwandel und Entstrukturierung der Jugendphase“, „Jugend – eine Als-ob-Struktur“, „Destandardisierung durch Differenzierung und Individualisierung“ diskutiert werden.

Mit der These vom „Strukturwandel der Jugendphase“ wird eine einschneidende Veränderung der Lebensbedingungen junger Menschen im Kontext des allgemeinen gesellschaftlichen Wandels behauptet, der einige der tragenden Bestimmungsmerkmale von Jugend hinfällig werden läßt oder verändert: „In ihrer allgemeinsten Form besagt die These vom ‚Strukturwandel‘ der Jugend, daß sich gegenwärtig nicht nur einzelne Verhaltensweisen, Orientierungsmuster und Einstellungen der Jugendlichen wandeln, sondern daß innere Qualität, Zuschnitt und Aufgabenstruktur des Jugendalters – das, was Jugend historisch-gesellschaftlich war – sich in unseren Tagen auflöst, d. h., daß die Kategorie Jugend selbst (nicht nur Verhaltensweisen der Jugendlichen) fragwürdig geworden ist und zur Disposition steht.“<sup>28</sup> „Entstrukturierung“<sup>29</sup> bezeichnet gewissermaßen das „Resultat“ dieses Strukturwandels: Die einheitliche kollektive Statuspassage Jugend zerfällt in plurale Verlaufsformen und Zeitstrukturen (relativ kurze Übergangsphase bei der Arbeiterjugend – relativ lange „postadoleszente“ Lebensformen bei der „Bildungsjugend“, Unterschiede zwischen Geschlechtern, Sozialräumen, Ethnien); es entwickeln sich gleichsam mehrere „Jugenden“, die sich voneinan-

---

27 Nicole Abboud, Jugend: Strukturbegriff oder historische Konstellation, in: Klaus Allerbeck/Leopold Rosenmayr (Hrsg.), *Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie*, München 1971, S. 29–40, hier S. 40.

28 Walter Hornstein, Strukturwandel der Jugendphase in Deutschland, in: Willfried Ferchhoff/Thomas Olk (Hrsg.), *Jugend im internationalen Vergleich. Sozialhistorische und sozialkulturelle Perspektiven*, Weinheim 1988, S. 70–92, hier S. 71.

29 Vgl. z. B. Thomas Olk, Zur Entstrukturierung der Jugendphase, in: H. Heid/W. Klafki (Hrsg.), *Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit. Beiträge zum 9. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft*, 19. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik, Weinheim 1985, S. 290–307.

der so stark unterscheiden, daß sie nicht mehr in einem Modell zusammengefaßt werden können.

Werden solche einheitlichen „Konstrukte“ dennoch beibehalten und zum Orientierungsrahmen von Jugendpolitik und Jugendpädagogik gemacht, entsteht eine typische „Als-ob-Struktur“<sup>30</sup>, ein Auseinanderklaffen von Lebensrealität und politisch-pädagogischen Programmen, die dadurch ideologisch werden. Der „Als-ob-Charakter“ des gesellschaftlichen Programms Jugend im Sinne Walter Hornsteins<sup>31</sup> erklärt sich daraus, daß in der Gegenwart – d. h. im Prozeß der Transformation und Krise der Arbeitsgesellschaft und unter den Bedingungen einer globalisierten Neuverteilung von Arbeitsplätzen, Chancen und Risiken – die mit Jugend verbundenen Zukunftsversprechen (gelingende Jugend = gelingende Zukunft) nicht mehr eingelöst werden können, gleichwohl Jugend diesem Programm zufolge organisiert und entsprechend den diesem zugrundeliegenden Verhaltenserwartungen sozialisiert wird.

Daß dies Folgen für die empirische Jugendforschung hat und haben muß, wird ebenfalls seit längerer Zeit diskutiert. Diese versucht sich der Verlängerung und Dehnung der Jugendphase durch eine beständige Ausweitung der Altersgrenzen der Jugend in ihren Stichproben anzupassen. Altersspannen vom 12. bis zum 25. Lebensjahr sind fast schon die Regel; es finden sich aber auch Stichproben von 10 bis 30 Jahren. Hier wird nochmals deutlich, daß Jugend von einer früher relativ kurzen „Übergangszeit“ von nur wenigen Jahren zu einer langen, eigenständigen biographischen „Vorbereitungszeit“ geworden ist.

Aber auch die von der Forschung aufgegriffenen Themen und Fragenkomplexe erweitern und ändern sich. Das hängt einmal damit zusammen, daß sich innerhalb der so gestreckten Jugendzeit eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebenssitua-

tionen und Konstellationen herausbildet, die sich nicht mehr „über einen Leisten scheren“ oder gar als Durchschnitt „der“ Jugend zusammenfassen läßt. Wichtiger noch: Standen früher vor allem die klassischen Reifungs- und Ablösungskonflikte oder die Akzeptanz zentraler gesellschaftlicher Lebens- und Normalitätsmuster bei der Jugend im Vordergrund (Akzeptanz von Ehe und Familie, Kinderwunsch, Einstellungen zur Arbeit, Leistung, Demokratie usw.), so erstrecken sich die Themen heute von der Jugendkultur über Lebensstile, Zukunftserwartungen, neue Lebensformen, Wertewandel bis hin zu den gegenwärtigen sozioökonomischen Krisen. Es scheint eine „Entgrenzung“ von „jugendspezifischen“ Themen im Gange zu sein: Welche dieser Themen spezifisch für Jugendliche sind und welche (im Prinzip oder analog) auch für Erwachsene zutreffen bzw. zu konstatieren sind, läßt sich nicht mehr in einer altersspezifischen Logik entscheiden. Viele Fragen betreffen Erwachsene und Jugendliche gemeinsam, denn der Schonraum Jugend wird brüchig, die gesellschaftlichen Krisen haben die Jugendphase erreicht.

Und schließlich ganz grundsätzlich: Es stellt sich das Problem, ob die Methode der „Personenbefragung“, also der Fragebogen, mit dessen Hilfe „Selbstauskünfte“ von Jugendlichen erhoben werden, weiterhin die Hauptmethode (oft der allein benutzte Zugang) der Jugendforschung bleiben kann. Jugendliche (als Personen eines bestimmten Alters) sind ja nicht unbedingt Experten und Expertinnen für Jugend als eine gesellschaftlich bedingte Lebensphase und für die sozioökonomischen Strukturen, die sie bestimmen. Vieles spricht dafür, die bisher vor allem einstellungsbezogene Jugendforschung in Richtung auf eine „Lebenslagenforschung des Jugendalters“ zu erweitern, also gerade die Analyse der gleichsam „objektiven“ Bedingungen des Jungseins zu intensivieren, von denen die „subjektive“ Bewältigung der Jugendphase abhängig ist. Geschähe dies mehr als bisher, könnte die Hauptfrage der Jugendforschung lauten: Wie bewältigen Jugendliche (als Personen) die Jugend (als gesellschaftliche Anforderungsstruktur)?

30 W. Hornstein (Anm. 15), S. 507.

31 Vgl. ders., Entstehung, Wandel, Ende der Jugend, in: M. Markefka/Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.), Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band 2: Jugendforschung, Neuwied 1989, S. 3–18.

# Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen

Ausgewählte Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey 1997

## I. Zur gesellschaftlichen Relevanz der Thematik

Die öffentliche Diskussion um die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen und rechter politischer Orientierungen bei jungen Menschen ist vor allem durch die jüngste Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Mai 1998 neu entfacht worden. Dort hatte die DVU nicht nur dadurch Aufsehen erregt, daß es ihr aus dem Stand gelungen war, ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen; was in der Öffentlichkeit sicherlich ebensoviel Aufmerksamkeit erzielte, war die Tatsache, daß insbesondere die jungen Wählerinnen und vor allem die Wähler überproportional häufig ihre Stimme dieser rechtsradikalen Partei gegeben hatten. Damit wurde erneut die Frage aufgeworfen, warum junge Menschen sich für rechte und rechtsextremistische Parteien interessieren und welche diesbezüglichen Einstellungspotentiale in der jungen Generation aufzufinden sind.

Schon einmal hatte ein Wahlergebnis diese Thematik aufgebracht: Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 hatten die Republikaner erstmals die Fünf-Prozent-Hürde bei einer Landtagswahl überwinden können und dabei insbesondere bei den 18- bis 25jährigen überdurchschnittlich hohen Zuspruch erfahren. Für die Bundesrepublik stellte dieser Erfolg einer rechtsradikalen Partei bei der jungen Generation damals ein Novum dar. Bis dahin hatten die verschiedenen rechtsradikalen und rechtsextremistischen Parteien (so etwa die NPD mit ihren Wahlerfolgen Mitte der sechziger Jahre) vor allem Stimmen bei der Altersgruppe ab 45 Jahren bekommen, während die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihre Stimmen eher unterdurchschnittlich häufig den rechten Parteien gaben. Lange Zeit wurde daher argumentiert, es seien die „Ewiggestrigen“ aus den älteren Generationen, die ihre Sozialisa-

tion während der Zeit des Nationalsozialismus erfahren hatten, die das Kernpotential rechtsextremistischer Parteien in Deutschland stellten. Rechte Orientierungen und fremdenfeindliche Einstellungen wurden dagegen von der überwiegenden Mehrheit der jüngeren Generationen entschieden abgelehnt. Auch in den empirischen Jugendstudien spielte diese Thematik lange eine eher untergeordnete Rolle<sup>1</sup>. So wies nach den Ergebnissen einer Studie des Sinus-Instituts von 1981 nur ein kleiner Teil der jüngeren Generation eine Affinität zu fremdenfeindlichen und rechtsextremen Positionen auf, die Jugend insgesamt sei jedoch „in weit überdurchschnittlichem Maß resistent gegenüber rechtsextremen Ideologien“<sup>2</sup>. Von daher waren bis etwa Mitte/Ende der achtziger Jahre rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen von Jugendlichen „allenfalls ein Randthema der Jugendforschung und Jugendpolitik, ein Arbeitsfeld für vergleichsweise wenige Spezialisten und Experten“<sup>3</sup>.

Dies hat sich mittlerweile gründlich geändert. Seit dem Beginn der neunziger Jahre kennzeichnet das Thema „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ ganz entscheidend die öffentliche und wissenschaftliche Debatte über die Jugend; werden Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus häufig gar als ein „genuines Jugendproblem“<sup>4</sup> diskutiert. Von entscheidender Bedeutung für diese Veränderungen des Diskurses war – neben den bereits angesprochenen Wahlerfolgen rechter Par-

1 Vgl. Martin Baethge/Harald Schomburg/Ulrich Voskamp, *Jugend und Krise – Krise aktueller Jugendforschung*, Frankfurt am Main – New York 1983.

2 Sinus (Hrsg.), *5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“*. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981, S. 87.

3 Vgl. Albert Scherr, *Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus*, in: Jürgen Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, Opladen 1996, S. 97.

4 Vgl. ebd.

teien – insbesondere die Eskalation fremdenfeindlicher Gewalt in den frühen neunziger Jahren<sup>5</sup>, sowie insgesamt die Zunahme von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten zwischen 1990 und 1993 und jüngst wieder 1996 und 1997. Diese Entwicklung fremdenfeindlicher Straftaten und Gewaltaktionen wird ganz überwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen. Ihre organisatorische und kommunikative Grundlage findet sich in unterschiedlichen jugendlichen Subkulturen (von unpolitischen Freizeitcliquen bis hin zu rechtsextremistischen Schlägerbanden oder Kameradschaften), die zwar (noch) keine einheitliche politische Identität und Strategie haben, aber sehr wohl ein gemeinsames Thema: die Migration und die Anwesenheit von Migranten. Xenophobe Vorurteile, fremdenfeindliche Einstellungen und aversive Emotionen gegenüber ausländischen Mitbürgern sind in diesen Jugendgruppen und Subkulturen, und oft auch in ihren jeweiligen sozialen Milieus, weit verbreitet. Wagner<sup>6</sup> spricht denn auch hinsichtlich der Mobilisierbarkeit von Personen und Gruppen für rechtsextremistische Organisationen und Parteien von der Fremdenfeindlichkeit als dem zentralen „Generatorthema“ für eine rechte soziale Bewegung. Auch die jüngsten Wahlerfolge der rechtsextremen DVU in Sachsen-Anhalt sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mit nationalen und gegen Ausländer gerichteten politischen Forderungen die fremdenfeindlichen Orientierungen insbesondere in der jungen Generation gezielt angesprochen wurden. Die Existenz xenophober Vorurteile und fremdenfeindlicher Einstellungen ist daher für eine sich als offen verstehende demokratische Gesellschaft ein ernstzunehmendes politisches Problem. Die Öffentlichkeit nimmt diesen Zusammenhang zwischen fremdenfeindlichen Einstellungen und rechtsextremistischen Parteien und Orientierungen in der Regel nur dann wahr, wenn spektakuläre Wahlergebnisse oder Medienberichte über rechte Gewalt das Thema in den Vordergrund rücken.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Wissenschaft die Frage nach dem Ausmaß fremdenfeindlicher Orientierungen in der Bevölkerung bzw. bei Teilgruppen der Bevölkerung und ihren möglichen sozialstrukturellen Bedingungen. Die Ergebnisse

5 Vgl. Helmut Willems/Roland Eckert/Stefanie Würtz/Linda Steinmetz, *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*, Opladen 1993; Helmut Willems/Stefanie Würtz/Roland Eckert, *Fremdenfeindliche Gewalt: eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen*, Bonn 1993.

6 Bernd Wagner, *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern*, Berlin 1998.

verschiedener empirischer Untersuchungen der letzten Jahre dazu sind z.T. widersprüchlich, zumindest jedoch schwer vergleichbar, da die Studien sowohl hinsichtlich der Untersuchungsanlage, der Stichprobe als auch der verwendeten Instrumente große Unterschiede aufweisen<sup>7</sup>. In Bezug auf Entwicklungen fremdenfeindlicher Einstellungspotentiale in der Bevölkerung insgesamt war für die letzten 15 Jahre eher ein Rückgang denn ein allgemeiner Anstieg erkennbar<sup>8</sup>. Gleichwohl weisen die Ergebnisse einer Vielzahl von Jugenduntersuchungen der neunziger Jahre darauf hin, daß insbesondere bei Teilen der jungen Generation im Vergleich zu den achtziger Jahren ein deutlicher Zuwachs an fremdenfeindlichen Einstellungen erkennbar ist<sup>9</sup>. Diese Zunahme an Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen ist freilich keineswegs identisch mit einer Zunahme an „Rechtsextremisten“: Zwar treten fremdenfeindliche Haltungen häufig zusammen mit nationalistischen und antidemokratischen Einstellungen auf und zeigen auch eine hohe Affinität zu rechtsextremistischen Positionen. Der Anteil an rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen wird in den verschiedenen Studien jedoch jeweils deutlich geringer eingeschätzt als der Anteil fremdenfeindlicher Jugendlicher. Fremdenfeindlichkeit ist nicht notwendig auch mit rechtsextremistischen Vorstellungen und Positionen verbunden. Eine eindeutige (partei)politische Zuordnung fremdenfeindlicher Einstellungspotentiale ist daher nicht möglich. Fremdenfeindliche Einstellungen finden sich zwar

7 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*, Weinheim – München 1987; Ursula Birsl, *Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie*, Opladen 1995; Detlef Oesterreich, *Leben die häßlichen Deutschen im Osten? Vergleich von Ost- und Westberliner Jugendlichen*, in: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hrsg.), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*, Opladen 1993.

8 Vgl. Erich Wiegand, *Ausländerfeindlichkeit in der Festung Europa. Einstellungen zu Fremden im europäischen Vergleich*, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), 4 (1993) 9; Paul B. Hill, *Die Entwicklung der Einstellungen zu unterschiedlichen Ausländergruppen zwischen 1980 und 1992*, in: H. Willems/R. Eckert/S. Würtz/L. Steinmetz (Anm. 5), S. 25–67.

9 Vgl. z.B. Wolfgang Melzer, *Jugend und Politik in Deutschland*, Opladen 1992; Peter Förster/Wilfried Schubarth, *Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt*, Opladen 1993; H. Willems/R. Eckert/S. Würtz/L. Steinmetz (Anm. 5); Wilhelm Heitmeyer u. a., *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim 1992; Wilhelm Heitmeyer, *Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2–3/93, S. 3–13; Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis, *Politische Orientierungen und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in Deutschland*, in: *deutsche jugend*, 42 (1994) 11, S. 475–487.

besonders häufig und stark ausgeprägt bei den Wählern rechter und rechtsextremer Parteien, aber keineswegs nur dort; ein Faktum, das in der Debatte häufig unter dem Stichwort des „Extremismus der Mitte“ aufgegriffen wird.

Vor dem skizzierten Hintergrund wollen wir nun folgenden Fragen nachgehen: Welche Haltungen zeigen Jugendliche und junge Erwachsene in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Migranten; in welchem Ausmaß sind diese Haltungen als fremdenfeindlich zu kennzeichnen? Welche sozialstrukturellen Hintergründe spielen für fremdenfeindliche Orientierungen eine Rolle? Welche Erklärungsmomente sind für solche Orientierungen erkennbar? Und welche Bedeutung haben fremdenfeindliche Einstellungen hinsichtlich der grundlegenden politischen Orientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Bundesrepublik? Unsere Perspektive unterscheidet sich damit von den zumeist als Analyse von Problemgruppen angelegten Studien. Für uns stehen die grundlegenden Einstellungen gegenüber Fremden, wie sie bei der jungen Generation in der Bundesrepublik insgesamt zu finden sind, im Mittelpunkt des Interesses. Auch wenn wir im folgenden Jugendliche und junge Erwachsene in den Blickpunkt nehmen, sollte dabei freilich nicht vergessen werden, daß fremdenfeindliche Einstellungen kein genuines Jugendproblem darstellen, sondern sich in allen Gruppen der bundesdeutschen Bevölkerung wiederfinden.

## II. Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern

Unsere Darstellungen basieren auf dem DJI-Jugendsurvey, einer standardisierten mündlichen Befragung 16- bis 29jähriger Jugendlicher und junger Erwachsener in der Bundesrepublik, die vom Deutschen Jugendinstitut München entwickelt und im Herbst 1997 zum zweiten Mal durchgeführt wurde<sup>10</sup>. Im Fragebogen waren u. a. elf Aussagen

<sup>10</sup> Mit 4426 Befragten in den alten Bundesländern und 2493 Befragten in den neuen Bundesländern, die nach einem Zufallsauswahlverfahren gewonnen wurden, ist der Survey repräsentativ für die 16- bis 29jährigen Deutschen in beiden Teilen der Bundesrepublik. Der thematische Schwerpunkt der Befragung von 1997 liegt auf der Erfassung politischer Orientierungen und politischer Beteiligung. Daneben wurden jedoch auch Fragen zu verschiedenen damit verbundenen Themenbereichen gestellt, so z. B. zu Werten, zu Geschlechterrollenorientierungen, zu Umweltbewußtsein und -verhalten, zu sozialer Benachteiligung und Gerechtigkeitsvorstellungen, zu nationalen Orientierungen, zu Migranten

enthalten, die verschiedene Einstellungen gegenüber Migranten in der Bundesrepublik thematisieren und zu denen die Befragten angeben konnten, inwieweit sie ihnen zustimmen. Die Statements beziehen sich zum einen auf Forderungen nach einer restriktiven bzw. weniger restriktiven Ausländerpolitik; zum anderen enthalten sie vorurteilshafte Verallgemeinerungen über Verhaltensweisen „der Ausländer“ in der Bundesrepublik. Mit der Formulierung dieser Statements wurde versucht, fremdenfeindliche Einstellungen abzubilden. Wenn im folgenden von Fremdenfeindlichkeit<sup>11</sup> die Rede ist, so sind damit nicht Handlungen, sondern Einstellungen gemeint.

In Tabelle 1 sind neun dieser elf Aussagen im Wortlaut wiedergegeben. Weiterhin enthält die Tabelle die Prozentanteile von Befragten, die mit ihrer Zustimmung zu diesen Statements (oder – bei positiver Formulierung – ihrer Ablehnung) eher negative Haltungen gegenüber Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland vertreten, sowie die Anteile derjenigen, die eher positive Haltungen zeigen. In der Tabelle haben wir diese beiden Haltungen – etwas verkürzt – als *feindlich* bzw. *freundlich* bezeichnet.

Ein erster Blick auf die Ergebnisse zeigt, daß die Mehrheit der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen fremdenfeindlichen Haltungen eher ablehnend gegenübersteht: Unter den jungen Menschen in den alten Bundesländern ist nur bei einem einzigen Statement der Anteil derjenigen, die sie im „feindlichen“ Sinne beantworten, höher als der Anteil jener, die sie im „freundlichen“ Sinne beantworten. In den neuen Bundesländern ist dies allerdings bei fünf der neun Aussagen der Fall, wobei auch hier deutliche Anteile der Befragten die ambivalenten mittleren Werte gewählt haben, die in der Tabelle nicht ausgewiesen sind. Es kann daher keine Rede davon sein, daß die Jugend in der Bundesrepublik *überwiegend frem-*

und Einwanderung sowie Fragen zur sozio-demographischen Lage der Befragten. Eine ausführliche Publikation der Ergebnisse des Jugendsurvey ist für das Jahr 1999 vorgesehen. Für die Darstellung der Ergebnisse der ersten Erhebungswelle, die 1992 stattfand, vgl. Ursula Hoffmann-Lange (Hrsg.), *Jugend und Demokratie in Deutschland*. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995.

<sup>11</sup> Der Begriff Fremdenfeindlichkeit wird hier aufgrund seiner theoretischen Ausschlußfähigkeit dem Begriff Ausländerfeindlichkeit vorgezogen. Zur Diskussion des Begriffs vgl. Uli Bielefeld, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?*, Hamburg 1991, S. 9–19. Bei dieser Begriffswahl sollte allerdings beachtet werden, daß potentiell auch andere Gruppen Opfer von Fremdenfeindlichkeit sein können als Migranten, die „klassischen“ Fremden, die in unserer Untersuchung im Mittelpunkt des Interesses stehen.

**Tabelle 1: Einstellungen gegenüber Migranten in der Bundesrepublik Deutschland – Anteile von Befragten mit freundlichen und feindlichen Haltungen in den alten und neuen Bundesländern (in Prozent)**

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	freundlich	feindlich	freundlich	feindlich
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken.	53,1	15,3	29,3	36,6
Ausländer sollten in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen.	34,3	23,8	25,9	33,9
Ich bin für die Anwesenheit von Ausländern, weil sie unsere Kultur bereichern.	39,3	16,4	27,3	30,1
Es wäre am besten, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden.	69,1	7,3	48,2	19,2
Die Deutschen sind keine besseren Menschen als die hier lebenden Ausländer.	63,5	9,1	54,5	14,7
Die hier lebenden Ausländer nehmen den Deutschen preiswerte Wohnungen weg.	47,3	15,4	38,5	22,2
Viele der hier lebenden Ausländer haben zum Wohlstand in Deutschland beigetragen.	44,2	11,1	30,9	24,8
Viele Ausländer hier beziehen zu Unrecht staatliche Unterstützung.	23,8	32,9	15,6	43,7
Die hier lebenden Ausländer neigen eher zu kriminellen Handlungen als die Deutschen.	29,9	26,8	23,7	32,9

Die Antwortskala zu allen Aussagen reichte von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 6 „stimme voll und ganz zu“. Für die Kategorie *freundlich* in Tabelle 1 wurden bei den Aussagen (Items), die negative Statements gegenüber Ausländern enthalten, die Antwortvorgaben 1 und 2, für die Kategorie *feindlich* die Vorgaben 5 und 6 zusammengefaßt. Bei den positiv formulierten Items wurde die Antwortskala entsprechend gedreht. Die Anteile von Befragten, die die beiden mittleren Werte 3 und 4 angegeben haben, sind in Tabelle 1 nicht dargestellt.

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

denfeindliche Meinungen aufweist. Gleichwohl ist der Anteil von Befragten, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, teilweise recht hoch:

Ein Drittel der Befragten in den alten Bundesländern (33 Prozent) sowie mehr als zwei Fünftel in den neuen Bundesländern (44 Prozent) vertreten die Auffassung, daß viele Migranten in der Bundesrepublik zu Unrecht staatliche Unterstützung beziehen. Ungefähr ein Viertel der west- (27 Prozent) sowie ein Drittel der ostdeutschen jungen Erwachsenen (33 Prozent) stimmen der Aussage zu, Ausländer neigten eher zur Kriminalität als die Deutschen, und lehnen eine rechtliche Gleichstellung von Einwanderern ab (24 Prozent bzw. 34 Prozent). Unter diesen Aussagen finden sich somit schon zwei wesentliche Themen, an denen sich die Ablehnung von Migranten in der Bundesrepublik festmacht: die Verteilung staatlicher Sozialleistungen und die Kriminalität. Ein weiteres Thema zeigt sich vor allem in den neuen Bundes-

ländern, in denen über ein Drittel der Befragten (37 Prozent) eine Ausweisung aller Migranten aus der Bundesrepublik befürwortet, wenn Arbeitsplätze knapp werden sollten<sup>12</sup>. Daß dieser Problembereich in den alten Bundesländern für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen weniger brennend ist, zeigt sich daran, daß hier ein geringerer Anteil zustimmt, nämlich 15 Prozent. Am wenigstens Zustimmung und am meisten Ablehnung findet zum einen die rassistisch eingefärbte Aussage, die Deutschen seien bessere Menschen als die hier lebenden Ausländer (9 Prozent Zustimmung in den alten Bundesländern, 15 Prozent in den neuen Bundesländern), zum anderen eine entsprechend restriktive Vorstellung im Bereich von Ausländerpolitik, daß alle Ausländer Deutschland verlassen sollten (7 Prozent

<sup>12</sup> Hierbei kann unterstellt werden, daß Arbeitsplätze in den neuen Ländern seit der Vereinigung Mangelware darstellen und daß diese Tatsache den Befragten auch bewußt ist.

Zustimmung in den alten, jedoch 19 Prozent in den neuen Ländern). Insgesamt zeigt sich also, daß Aussagen zu Migranten von den jungen Menschen in West und Ost um so stärker abgelehnt werden, je offensichtlicher sie in Richtung Rassismus und eines Ausschlusses aller Einwanderer aus der bundesdeutschen Gesellschaft tendieren. Statements, die dagegen keine explizite Bewertung der Anwesenheit von Migranten in der Gesellschaft der Bundesrepublik verlangen, sondern verallgemeinernde Tatsachenbehauptungen über „die Ausländer“ darstellen, werden von weitaus größeren Anteilen unter den jungen Deutschen befürwortet.

Um beurteilen zu können, wie gut die neun Aussagen wirklich fremdenfeindliche Einstellungen abbilden, haben wir die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Statements anhand statistischer Maßzahlen errechnet: Wenn solche Zusammenhänge sichtbar werden, bedeutet das, daß viele Befragte die neun Aussagen einheitlich in einer Richtung beantwortet haben, also durchgängig fremdenfeindliche oder durchgängig fremdenfreundliche Haltungen zeigen. Unsere Überprüfung hat ergeben, daß dies wirklich der Fall ist: Zwischen allen neun Aussagen liegen deutliche Zusammenhänge vor<sup>13</sup>.

Auch bei weiteren Fragen aus dem Survey zur Thematik Migration und Migranten bleiben sich die eher fremdenfeindlichen und die eher fremdenfreundlichen Befragten in ihrem jeweiligen Antwortverhalten treu. Dies gilt zum einen im Kontext der Beurteilung, welche Aufgaben zukünftiger Politik die Befragten für besonders wichtig halten: Von den Befragten mit eher fremdenfeindlichen Einstellungen wird eine Politik der Integration von Einwanderern in die bundesdeutsche Gesellschaft tendenziell für unwichtig erachtet und statt dessen die Forderung unterstützt, den Zuzug von Ausländern zu stoppen<sup>14</sup>. Auch auf der Ebene der Prinzipien von Verteilungsgerechtigkeit urteilen die Befragten konsistent: Beim knappen Gut „Ausbildungsplatz“ sollten in erster Linie deutsche Bewerber zum Zuge kommen, so die tendenzielle Meinung derjenigen Befragten, die auch bei den neun Statements zu Migranten und Ausländerpolitik eher feindliche Haltungen zeigen<sup>15</sup>.

13 Mit einem durchschnittlichen Pearsons  $r$  von .43 in den alten und .48 in den neuen Bundesländern. Das Zusammenhangsmaß Pearsons  $r$  kann Werte zwischen -1.00 (vollkommener negativer Zusammenhang) über .00 (überhaupt kein Zusammenhang) bis +1.00 (vollkommener positiver Zusammenhang) annehmen.

14 Durchschnittliches Pearsons  $r = .50$  (West),  $r = .60$  (Ost).

15 Durchschnittliches Pearsons  $r = .60$  (West),  $r = .61$  (Ost).

Aus der Liste der elf abgefragten Statements zu Migranten haben wir bisher zwei nicht dargestellt. Hierbei handelt es sich um die Aussagen „Die hier lebenden Ausländer sollten ihre Lebensweise der deutschen Lebensweise anpassen“ und „Die hier lebenden Ausländer werden in Deutschland in fast allen Lebensbereichen benachteiligt“. Das erste Statement wird von vergleichsweise vielen Befragten befürwortet (von 36 Prozent in den alten, 41 Prozent in den neuen Ländern), das zweite von vielen abgelehnt (von 35 Prozent in den alten und 39 Prozent in den neuen Ländern) – und zwar in beiden Fällen auch von Befragten, die ansonsten eher indifferente oder positive Einstellungen gegenüber Migranten aufweisen. Die Erwartungen an eine Anpassungsbereitschaft von Migranten und die Haltung zu einer Benachteiligung dieser Gruppen in der Bundesrepublik werden von jungen Menschen also tendenziell unabhängig davon bewertet, ob sie ansonsten dezidiert fremdenfeindlichen Äußerungen zustimmen oder sie ablehnen.

---

### III. Fremdenfeindliche Orientierungen im Ost-West-Vergleich, nach Bildung, Geschlecht und Alter

---

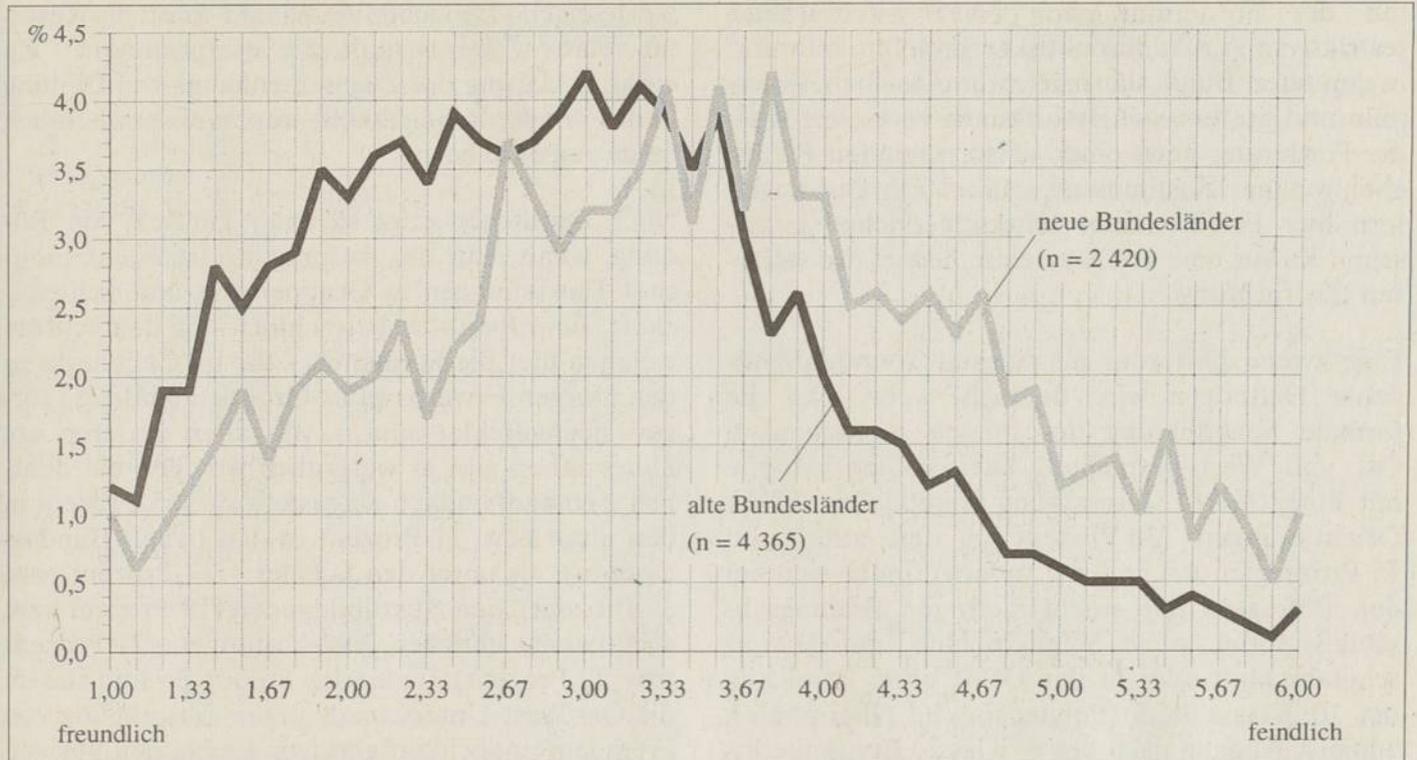
Um einfacher beurteilen zu können, bei welchen Gruppen von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen besonders fremdenfreundliche oder fremdenfeindliche Einstellungen vorherrschen, wurde aus den neun Einzelaussagen der Tabelle 1 ein Gesamtindex gebildet. Dieser Index mißt jetzt nicht mehr die Einstellung zu einzelnen Aspekten des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern, sondern eine allgemeinere Haltung gegenüber Migranten<sup>16</sup>. Das folgende Schaubild zeigt, wie dieser Index unter den jungen Menschen in den alten und den neuen Bundesländern verteilt ist.

Die zwei Kurven im Schaubild verdeutlichen eine wesentliche Differenz: Wie schon durchgehend

---

16 Für den gebildeten Summenindex aus den neun Items ergibt sich ein Cronbachs Alpha von .87 in den alten sowie .89 in den neuen Bundesländern. Cronbachs Alpha ist eine Maßzahl, die die Zuverlässigkeit eines aus mehreren Einzelstatements gebildeten Index anzeigt. Das Maß kann theoretisch Werte zwischen .00 (überhaupt nicht zuverlässig) bis 1.00 (vollkommen zuverlässig) annehmen. Mit den genannten hohen Werten ist der Index als sehr zuverlässig zu bewerten. Auch getrennte Faktorenanalysen für Ost und West mit den neun Aussagen weisen einen einzigen bedeutsamen Faktor aus, der 50 Prozent (West) bzw. 53 Prozent (Ost) der Streuung erklärt.

**Schaubild: Verteilung des Index Fremdenfeindlichkeit in den alten und neuen Bundesländern (in Prozent)**



Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

bei allen Einzelaussagen zeigen auch hier mehr junge Menschen in den neuen Bundesländern eine fremdenfeindliche Haltung und weniger eine fremdenfreundliche oder indifferente Haltung als in den alten Bundesländern. Bei einer Zusammenfassung des Index zu drei Gruppen<sup>17</sup> sehen diese Anteile folgendermaßen aus: Eine *niedrige* Ausprägung fremdenfeindlicher Orientierungen findet sich in den alten Bundesländern bei 31 Prozent der Befragten, in den neuen jedoch nur bei 19 Prozent. Auch eine *mittlere* Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit kommt im Westen häufiger vor, nämlich bei 51 Prozent der Befragten, gegenüber 45 Prozent im Osten. Eine *hohe* Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit weisen dagegen im

Westen „nur“ 18 Prozent der Befragten auf, im Osten dagegen 36 Prozent. Bei diesen Zahlen sollte jedoch nicht übersehen werden, daß es auch in den alten Bundesländern einen deutlichen Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gibt, der fremdenfeindliche Einstellungen aufweist.

Fremdenfeindlichkeit kann also nicht als ein spezifisch ostdeutsches Phänomen bezeichnet werden, auch wenn dort derzeit – wie auch schon in den vergangenen Jahren – höhere Anteile von Jugendlichen und jungen Erwachsenen fremdenfeindliche Haltungen vertreten<sup>18</sup>.

Wenn wir nun noch einmal auf die Ebene der Einzelaussagen zurückgehen, fällt folgende Differenz auf: Die Unterschiede zwischen den jungen Menschen in Ost und West sind bei den beiden Aussagen besonders deutlich, die Forderungen nach einer restriktiven Ausländerpolitik beinhalten (Aussagen 1 und 4 in Tabelle 1) – ihnen stimmen weit mehr junge Menschen in den neuen Bundesländern zu als in den alten. Zugespitzt formuliert, unterscheiden sich die jungen Menschen in den neuen Ländern also vor allem dadurch von denen

17 Für diese und alle folgenden Prozentangaben wurde der Gesamtindex nach folgendem Modus in drei Gruppen aufgeteilt: Die Gruppe mit *niedriger* Fremdenfeindlichkeit umfaßt die ersten 25 Prozent aller Befragten, die Gruppe mit *mittlerer* die mittleren 50 Prozent und die Gruppe mit *hoher* Fremdenfeindlichkeit die letzten 25 Prozent. *Niedrige* Fremdenfeindlichkeit umfaßt damit den Wertebereich von 1 bis 2.11, *mittlere* den Wertebereich von 2.22 bis 3.78 und *hohe* den Wertebereich von 3.89 bis 6. Bei allen Prozentangaben ist zu beachten, daß mit ihnen niemals Aussagen des Typs getroffen werden können wie „18 Prozent aller jungen Deutschen sind fremdenfeindlich“. Denn die Gruppengrenzen wurden auf künstliche Weise, nämlich nach rein statistischen Gesichtspunkten, festgelegt. Die Vereinfachung des Index dient den Forschern ausschließlich dazu, Anteile von Fremdenfeindlichkeit in verschiedenen Subgruppen zu unterscheiden.

18 Vgl. Kai-Uwe Schnabel, Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen in Deutschland. Eine Synopse empirischer Befunde seit 1990, in: Zeitschrift für Pädagogik, 39 (1993), S. 799–822.

in den alten, daß sie Vorurteile und Verallgemeinerungen über „die“ Ausländer in Deutschland mit der Forderung nach einer entsprechend restriktiven Ausländerpolitik verknüpfen, während in den alten Bundesländern zwar dieselben Vorurteile und Stereotypen fast ebenso verbreitet sind, die Forderung nach einer entsprechenden Politik aber weniger Zustimmung erfährt. Ob und inwiefern hier Effekte einer unterschiedlichen politischen Kultur eine Rolle spielen, bedarf der weiteren Überprüfung.

Eine zweite Differenz im Ausmaß fremdenfeindlicher Haltungen wird deutlich, wenn man die formale Schulbildung der jungen Menschen in Ost und West betrachtet: Die größten Anteile mit einer *hohen* Ausprägung fremdenfeindlicher Orientierungen (30 Prozent in den alten und 55 Prozent in den neuen Ländern) finden sich bei den Befragten mit einem niedrigen Bildungsabschluß, sprich ohne Schulabschluß, mit Hauptschulabschluß oder in der DDR ohne Erreichen der 10. Klasse POS (Polytechnische Oberschule), zumeist Abgang nach der 8. Klasse. Etwas niedriger (23 Prozent bzw. 44 Prozent) sind sie bei den jungen Menschen mit Mittlerer Reife oder einem DDR-Abschluß nach der 10. Klasse POS und deutlich niedriger (9 Prozent bzw. 19 Prozent) bei denjenigen mit Fachabitur, Abitur oder EOS-Abschluß in der DDR (Erweiterte Oberschule)<sup>19</sup>. Die formale Schulbildung ist damit ein Merkmal, das deutlich mit dem Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen zusammenhängt.

Allerdings bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, wie dieser seit Jahren und über verschiedene Studien hinweg konstante Zusammenhang<sup>20</sup> interpretiert werden sollte: Einerseits vermittelt eine höhere Bildung Wissen und Kompetenz und damit eine größere Orientierungssicherheit in einer komplexen Welt. Wissen wirkt so auch stereotypen Zuschreibungen entgegen und macht differenzierte Zuordnungen möglich. Andererseits besteht nach wie vor ein deutlicher Zusammenhang zwischen Bildungsabschluß und sozialer Ungleichheit: Mit den sozialen und sozioökonomischen Veränderungen der heutigen Zeit wird der Bedarf an hochqualifiziertem Berufsnachwuchs immer höher und derjenige an weniger qualifiziertem immer geringer. Bildung ist demnach auch eine soziale Ressource, die immer deutlicher die Lebenschancen jedes einzelnen beeinflusst. Frem-

denfeindlichkeit wäre unter dieser Perspektive auch als eine Reaktion auf aktuelle oder antizipierte eigene Benachteiligung und damit als Resultat relativer Deprivation zu interpretieren<sup>21</sup>. Zu einer Erklärung des Zusammenhangs von Bildung und Fremdenfeindlichkeit tragen wahrscheinlich beide Aspekte bei.

Noch deutlicher zeigt sich der Einfluß von Bildung, wenn man die Ausprägung fremdenfeindlicher Einstellungen in Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus betrachtet: Am deutlichsten weichen hier die Studenten – die im Gegensatz zu den übrigen Erwerbsstatus-Gruppen eindeutig formal hochgebildet sind – von allen anderen ab: Unter ihnen gibt es wesentlich weniger, die deutlich fremdenfeindlich eingestellt sind (5 Prozent in den alten bzw. 11 Prozent in den neuen Bundesländern), als unter den Schülern (17 Prozent bzw. 39 Prozent), den Auszubildenden (19 Prozent bzw. 46 Prozent) und den Erwerbstätigen (21 Prozent bzw. 32 Prozent). Unter den Studenten sind zudem die Ost-West-Unterschiede in der Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit geringer als bei den übrigen Erwerbsstatusgruppen. Die Studenten in den neuen Ländern heben sich in dieser Hinsicht also sehr deutlich von ihren nichtstudierenden Altersgenossen ab.

Junge Frauen und junge Männer unterscheiden sich untereinander dagegen nur geringfügig in ihren Einstellungen gegenüber Migrantinnen. Dies mag insofern überraschen, als Mädchen und junge Frauen im Vergleich zu jungen Männern verschiedenen Studien zufolge deutlich seltener rechtsextreme Parteien wählen oder durch fremdenfeindliche Gewalttaten auffallen<sup>22</sup> – auf der Ebene der Einstellungen spiegelt sich dieser Unterschied allerdings nicht wider: Eine niedrige Ausprägung fremdenfeindlicher Einstellungen zeigen 28 Prozent der Frauen gegenüber 27 Prozent der Männer in den alten Bundesländern und 17 Prozent der Frauen gegenüber 16 Prozent der Männer in den neuen Bundesländern; eine hohe Ausprägung zeigen 16 Prozent der Frauen gegenüber 19 Prozent der Männer in den alten sowie 32 Prozent der Frauen gegenüber 41 Prozent der Männer in den neuen Ländern. Die These, daß Frauen „immun“

21 Zur Erklärungskraft deprivationstheoretischer Ansätze vgl. Helmut Willems, *Jugendunruhen und Protestbewegungen*, Opladen 1997, S. 19–37. Für eine genauere Diskussion des Zusammenhangs von Deprivation und Fremdenfeindlichkeit vgl. auch Punkt IV.

22 Zu entsprechenden Ergebnissen der Wahlforschung vgl. Jürgen W. Falter, *Wer wählt rechts?*, München 1994; zu solchen im Bereich fremdenfeindlich motivierter Straftaten vgl. H. Willems/R. Eckert/S. Würtz/L. Steinmetz (Anm. 5).

19 Derselbe Zusammenhang zeigt sich auch bei der Gruppe der Schüler, bei denen natürlich nur danach gefragt werden konnte, welchen Schulabschluß sie anstreben.

20 Vgl. K.-U. Schnabel (Anm. 18), S. 818.

**Tabelle 2: Einstellungen gegenüber Migranten im Zeitvergleich: freundliche und feindliche Haltungen in den alten und neuen Bundesländern 1992 und 1997 (in Prozent)**

	alte Bundesländer				neue Bundesländer			
	freundlich		feindlich		freundlich		feindlich	
	1992	1997	1992	1997	1992	1997	1992	1997
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken.	45,6	53,1	26,1	15,3	26,7	29,3	41,3	36,6
Ausländer sollten in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen.	22,4	34,3	42,1	23,8	22,1	25,9	40,4	33,9
Ich bin für die Anwesenheit von Ausländern, weil sie unsere Kultur bereichern.	32,8	39,3	27,1	16,4	22,2	27,3	39,2	30,1
Es wäre am besten, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden.	62,9	69,1	14,1	7,3	49,6	48,2	21,0	19,2

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997.

gegen Fremdenfeindlichkeit seien – und damit auch gegen einen wesentlichen Aspekt von Rechtsextremismus – kann damit nicht bestätigt werden<sup>23</sup>.

Ebenfalls wenig Einfluß hat das Alter der Befragten auf ihre Einstellungen gegenüber Migranten. Allenfalls die 16- bis 19jährigen weisen eine im Durchschnitt etwas stärker ausgeprägte fremdenfeindliche Orientierung auf als die älteren Befragten, und das sowohl in den neuen Bundesländern wie auch in den alten.

Im Anschluß an Altersdifferenzen stellt sich die Frage, ob sich fremdenfeindliche Einstellungen bei jungen Menschen in den letzten Jahren verändert haben und wenn, ob sie zu- oder abgenommen haben. Mit den Daten des DJI-Jugendsurvey kann diese Frage nur annäherungsweise beantwortet werden, denn die meisten der oben benutzten Indikatoren wurden 1997 das erste Mal verwendet. Vier der Statements waren allerdings schon im Fragebogen der 92er-Welle vorhanden (es handelt sich dabei um die Aussagen 1 bis 4 aus Tabelle 1).

<sup>23</sup> Zu einer kritischen Diskussion solcher, hier natürlich vergrößert wiedergegebener Thesen aus der Sicht feministischer Forschung vgl. Birgit Rommelspacher, Frauen und Rassismus – Im Widerspruch zwischen Diskriminierung und Dominanz, in: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Hrsg.), Differenz und Differenzen, Bielefeld 1994, S. 94–113.

Für diese vier ist daher ein solcher Zeitvergleich möglich. Tabelle 2 zeigt die Anteile derjenigen Befragten mit freundlichen und feindlichen Einstellungen zu diesen vier Aussagen im Zeitvergleich von 1992 und 1997.

Als Ergebnis dieser Daten kann ein Rückgang fremdenfeindlicher Orientierungen bei jungen Menschen festgehalten werden – in den alten Bundesländern ist dieser Rückgang recht deutlich, in den neuen Bundesländern dagegen geringer. Damit hat sich die Differenz in den Einstellungen zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost und West im Zeitraum der letzten fünf Jahre noch vergrößert. Dieser Befund stimmt tendenziell mit Ergebnissen allgemeiner Bevölkerungsbefragungen überein, in denen Fragen zur Thematik im Abstand von einigen Jahren immer wieder gestellt werden. Sie verzeichnen für die westdeutsche Bevölkerung ab 18 Jahren einen konstanten Rückgang fremdenfeindlicher Haltungen zwischen 1980 und 1991, zwischen 1991 und 1992 dann allerdings einen leichten Anstieg<sup>24</sup>. Für die Bevölkerung der neuen Bundesländer gibt es vergleichbare Daten erst seit 1991. Hier stagnierte das Ausmaß frem-

<sup>24</sup> Vgl. Erich Wiegand, Zum Umfang und zur Entwicklung der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Europa, in: Manfred Murck/Hans-Peter Schmalzl/Hans-Martin Zimmermann (Hrsg.), Immer dazwischen. Fremdenfeindliche Gewalt und die Rolle der Polizei, Hilden 1993, S. 11–50; P.B. Hill (Anm. 8), S. 25–67.

denfeindlicher Haltungen bis 1992, bewegte sich zu dieser Zeit für die Wahlbevölkerung aber eher auf einem niedrigeren Niveau als in den alten Bundesländern, wenn es auch nach diesen Daten schon Anzeichen dafür gab, daß die Jüngeren in diesem Teil der Bundesrepublik fremdenfeindlichere Einstellungen zeigten als die Älteren<sup>25</sup>.

In deutlichem Kontrast zu den Tendenzen, die die Einstellungsforschung für die Jugend in der Bundesrepublik insgesamt verzeichnet, stehen allerdings Ergebnisse regional begrenzter Jugendstudien, qualitativer Untersuchungen zu ausgewählten Gruppen und Milieus sowie die auf fremdenfeindliche Straftaten ausgerichtete Kriminalstatistik. Sie lassen zumindest für Teilgruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Bundesrepublik eine deutliche Zunahme fremdenfeindlicher Tendenzen erkennen<sup>26</sup>.

---

#### IV. Verunsicherung und Arbeitslosigkeit als Bedingungen für fremdenfeindliche Orientierungen?

---

Im folgenden sollen zwei weitere Einflußgrößen betrachtet werden, die als Bedingungsfaktoren für fremdenfeindliche Orientierungen möglicherweise eine Rolle spielen. Einer prominenten These zufolge ist eine tiefgreifende gesellschaftliche Verunsicherung und Orientierungsunsicherheit in einer komplexer gewordenen Welt, verursacht durch den raschen sozialen Wandel der letzten Jahre, verantwortlich für das Bestehen und die Tradierung fremdenfeindlicher Orientierungen<sup>27</sup>. In einer zugespitzten Variante dieser These werden die sogenannten „Modernisierungsverlierer“ – die Opfer des sozialen Wandels – als diejenige Gruppe ausgemacht, die in besonderem Maße zur Ausgrenzung von Migranten neige, wobei diese Gruppe jedoch unterschiedlich definiert wird: Mal werden diejenigen darunter verstanden, die sich in die Flexibilitätsanforderungen und die Ambivalenz der heutigen Welt nicht hineinfinden können, mal werden die ökonomisch und sozial Benachtei-

ligten, so beispielsweise Arbeitslose, unter diese Gruppe gefaßt, mal wird dieser Begriff unter dem Schlagwort „Vereinigungsverlierer“ mit jungen Menschen oder der Gesamtbevölkerung in den neuen Bundesländern gleichgesetzt.

Wenn man den Jugendsurvey auf Belege für die These der sozioökonomischen Benachteiligung als Erklärungsfaktor für fremdenfeindliche Orientierungen untersucht, und speziell Arbeitslosigkeit als einen Indikator für eine solche Benachteiligung heranzieht, so zeigt sich, daß es in der Gruppe der jungen Arbeitslosen tatsächlich größere Anteile mit einer hohen Ausprägung fremdenfeindlicher Orientierungen gibt als in der Vergleichsgruppe der Erwerbstätigen: 34 Prozent gegenüber 21 Prozent in den alten Bundesländern bzw. 52 Prozent gegenüber 37 Prozent in den neuen Bundesländern. Diese scheinbar doch recht deutlichen Differenzen relativieren sich jedoch, wenn weitere Bedingungen berücksichtigt werden: Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und fremdenfeindlichen Einstellungen reduziert sich, wenn der Bildungsgrad der Befragten kontrolliert wird<sup>28</sup>. Das rührt daher, daß die Gruppe der Arbeitslosen durchschnittlich niedriger gebildet ist als die der übrigen Befragten, und der Bildungsgrad stellt, wie oben ausgeführt, ja einen wesentlichen Einflußfaktor für fremdenfeindliche Einstellungen dar. Wenn wir nun – mit anderer Blickrichtung als bisher – von den Befragten mit hoch fremdenfeindlichen Orientierungen ausgehen, dann zeigt sich, daß in dieser Gruppe die Arbeitslosen zwar leicht überrepräsentiert sind, aber insgesamt nur eine Minderheit ausmachen. Die deutliche Mehrheit der Befragten mit fremdenfeindlichen Einstellungen ist nicht arbeitslos. Als Ergebnis kann somit festgehalten werden, daß der Faktor Arbeitslosigkeit auf der individuellen Ebene nur eine geringe Rolle für die Erklärung von Fremdenfeindlichkeit spielt<sup>29</sup>. Diese Schluß-

---

25 Vgl. E. Wiegand (Anm. 24), S. 83; K.-U. Schnabel (Anm. 18), S. 818.

26 Als Beispiel für eine qualitative, regional begrenzte Studie vgl. B. Wagner (Anm. 6); als Beispiel für eine Studie zu einer Teilgruppe von Jugendlichen, hier fremdenfeindlich motivierte Straftäter, vgl. H. Willems/R. Eckert/S. Würtz/L. Steinmetz (Anm. 5).

27 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim 1992; ders. (Anm. 7 und Anm. 9).

28 Bei einer Kontrolle des Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit nach dem formalen Bildungsgrad sinkt das Maß Eta (ein Maß, das prinzipiell die gleichen Eigenschaften hat wie Pearsons r, sich also zwischen .00 = kein Zusammenhang und 1.00 = perfekter Zusammenhang bewegen kann) nochmals, und zwar für alle Bildungsgruppen in Ost und West bis auf die Gruppe der Hauptschulabsolventen in den neuen Ländern (Eta = .20).

29 Die großen Differenzen zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen sind zudem teilweise durch die Reduzierung des Index Fremdenfeindlichkeit auf nur drei Gruppen bedingt. Eine zuverlässigere Bestimmung des Einflusses von Arbeitslosigkeit auf fremdenfeindliche Orientierungen bieten Zusammenhangsmaße: Das Zusammenhangsmaß Eta zwischen dem Merkmal Arbeitslosigkeit versus Erwerbstätigkeit und dem feineren nicht-gruppiereten Index Fremdenfeindlichkeit beträgt für die alten Bundesländer .10 und für die neuen

**Tabelle 3: Fremdenfeindlichkeit und Orientierungsunsicherheit in den alten und neuen Bundesländern (Spaltenprozent)**

Fremdenfeindlichkeit	alte Bundesländer			neue Bundesländer		
	<i>niedrig</i>	<i>mittel</i>	<i>hoch</i>	<i>niedrig</i>	<i>mittel</i>	<i>hoch</i>
<i>niedrig</i>	41,4	25,2	14,5	35,8	15,6	8,8
<i>mittel</i>	49,5	58,2	51,5	40,1	51,8	42,5
<i>hoch</i>	9,1	16,7	34,1	24,1	32,6	48,8
<i>n</i>	1 130	2 437	787	349	1 292	763

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

folgerung wird durch ein zweites Ergebnis noch unterstützt: Denn so gut wie überhaupt keinen Einfluß auf fremdenfeindliche Einstellungen hat die subjektiv empfundene Angst junger Menschen vor Arbeitslosigkeit; d. h., junge Menschen, die keine Angst haben, in der nächsten Zeit arbeitslos zu werden, zeigen durchschnittlich eine ähnlich hohe Ausprägung fremdenfeindlicher Orientierung wie solche, die ebendies befürchten<sup>30</sup>.

Diese Ergebnisse stehen vor allem in den neuen Bundesländern im deutlichen Gegensatz zu der insgesamt hohen Zustimmung zu Aussagen, die die Migranten in der Bundesrepublik mit der herrschenden Arbeitslosigkeit ursächlich verknüpfen oder entsprechend restriktive politische Maßnahmen beinhalten. Es sind also nicht in erster Linie die Arbeitslosen selbst oder diejenigen, die die Befürchtung haben, bald arbeitslos zu werden, die Immigranten vom bundesdeutschen Arbeitsmarkt ausschließen wollen, sondern auch junge Menschen mit sozial besser abgesicherten Lebensbedingungen, denen jedoch eines gemeinsam ist, nämlich eher keine formal höheren Bildungsabschlüsse zu besitzen. Dieser Befund steht in Übereinstimmung mit Ergebnissen anderer Studien der vergangenen Jahre, in denen ebenfalls kein unmittelbarer Einfluß bestehender oder vergangener Arbeitslosigkeit auf fremdenfeindliche Orientierungen belegt wurde<sup>31</sup>.

Auf einer anderen Ebene als der der sozioökonomischen Benachteiligung liegt dagegen eine Orientierungsunsicherheit, die bedingt ist durch ein Nicht-Zurechtkommen mit der Komplexität, Am-

bivalenz und dem schnellen Wandel der heutigen Welt. Junge Menschen, die solche Tendenzen von Verunsicherung zeigen, müssen keine Merkmale objektiver oder subjektiver sozioökonomischer Benachteiligung aufweisen. Im Jugendsurvey war danach gefragt worden, inwieweit drei Aussagen zutreffen, die eine solche Orientierungsunsicherheit zum Ausdruck bringen<sup>32</sup>. Aus diesen drei Statements wurde ebenfalls ein Summenindex gebildet, der die Orientierungsunsicherheit über die drei Aussagen hinweg abbildet<sup>33</sup>. In Tabelle 3 sind die Verteilungen fremdenfeindlicher Orientierungen je nach Grad der Orientierungsunsicherheit aufgeführt. Es zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang: je größer die Verunsicherung, desto höher das Ausmaß an fremdenfeindlichen Haltungen. Damit liefern auch die Daten des Jugendsurvey einen Hinweis dafür, daß die These von Orientierungsunsicherheit als Hintergrund für fremdenfeindliche Orientierungen nicht von der Hand zu weisen ist<sup>34</sup>.

32 Die drei Aussagen lauteten: „Heutzutage ist alles so unsicher geworden, daß man auf alles gefaßt sein muß“; „Heute ändert sich alles so schnell, daß man nicht weiß, woran man sich halten soll“, und „Früher waren die Leute besser dran, weil jeder wußte, was er zu tun hatte“. Die Antwortvorgaben zu den drei Statements lauteten 1 „trifft überhaupt nicht zu“, 2 „trifft eher nicht zu“, 3 „trifft eher zu“ und 4 „trifft voll und ganz zu“.

33 Ein Test auf die Zuverlässigkeit des Index ergab ein Cronbachs Alpha (für eine Erläuterung dieses Maßes vgl. Anm. 16) von .72 West und .74 Ost. Faktorenanalysen weisen in West und Ost einen klaren Faktor aus, der 64 Prozent bzw. 66 Prozent der Varianz erklärt. Der Summenindex wurde für eine vereinfachende Darstellung ebenfalls in drei Gruppen unterteilt, die wie beim Index Fremdenfeindlichkeit die ersten 25 Prozent, die mittleren 50 Prozent sowie die letzten 25 Prozent der Gesamtverteilung aller Befragten abbilden. Danach reicht die Gruppe derjenigen mit einem niedrigen Grad an Verunsicherung von 1.00 bis 2.00, derjenigen mit einem mittleren von 2.33 bis 3.00 und derjenigen mit einem hohen von 3.33 bis 4.00. Auch hier gilt das in Anm. 17 Gesagte über die Interpretation absoluter Prozentwerte.

34 Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Variablen (Pearsons  $r$  West = .29, Ost = .30) bleibt bei einer Kontrolle

Länder .16. Es handelt sich also insgesamt um keinen sehr deutlichen Zusammenhang.

30 Diese Frage wurde nur den Gruppen von Befragten gestellt, für die sie auch relevant ist, d. h. den Auszubildenden für die Zeit nach Beendigung ihrer Ausbildung und den Erwerbstätigen für die Zeit des nächsten halben Jahres. Damit gilt diese Aussage nur für ca. die Hälfte aller Befragten des Jugendsurvey.

31 Vgl. K.-U. Schnabel (Anm. 18), S. 819.

Als Fazit kann hier festgehalten werden, daß zum einen ein niedriger formaler Bildungsabschluß und zum anderen ein hoher Grad an Verunsicherung diejenigen Gruppen kennzeichnen, die die höchsten Anteile fremdenfeindlicher Orientierungen aufweisen. Beide Einflußgrößen wirken dabei unabhängig voneinander – in den niedrigen Bildungsgruppen sind gleichzeitig auch die größten Potentiale einer hohen Orientierungsunsicherheit zu finden.

---

## V. Fremdenfeindlichkeit und politische Orientierungen

---

Im weiteren soll nun überprüft werden, in welcher Weise unterschiedliche Einstellungen gegenüber ausländischen Mitbürgern sich unterschiedlichen politischen Haltungen zuordnen lassen. Mit anderen Worten soll uns jetzt beschäftigen, welches unterscheidbare Profil politischer Einstellungen Befragte mit fremdenfeindlichen Überzeugungen im Vergleich zu fremdenfreundlichen Befragten vorweisen. Die Aspekte politischer Einstellung, die wir auf ihren Zusammenhang mit positiver bzw. negativer Haltung gegenüber Ausländern überprüfen wollen, sind im einzelnen die folgenden:

- Die Frage nach der politischen Selbstverortung im Links-rechts-Kontinuum;
- die Sympathie bzw. die Ablehnung, die politischen Parteien in der Bundesrepublik entgegengebracht wird, wobei in diese Bewertung neben den sechs im Bundestag vertretenen Parteien auch die Partei der Republikaner einbezogen wurde;
- die grundsätzliche Einstellung gegenüber der Demokratie und gegenüber Einzelelementen des demokratischen Systems, sowie schließlich
- die nationalen Orientierungen, die die Befragten erkennen lassen.

Im Profil von Befragten, die negative Einstellungen gegenüber Ausländern an den Tag legen, sticht im Vergleich zu Befragten mit positiven Einstellungen besonders deutlich ihre unterschiedliche Selbstverortung im politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland hervor. Fremdenfeindliche Befragte verstehen sich selbst häufiger als der Durchschnitt aller Befragten als rechtsorientiert; ebenso deutlich weniger häufig rechnen sie sich dem linken Spektrum der Bundesrepublik zu.

---

nach dem Bildungsgrad erhalten, wobei Bildung und Orientierungsunsicherheit ebenfalls zusammenhängen.

Wenn wir im Interesse einer besseren Übersichtlichkeit auf der 10-stufigen Links-rechts-Skala links und rechts von der Mitte jeweils einige Stufen zusammenfassen<sup>35</sup>, so läßt sich die prozentuale Verteilung der Antworten folgendermaßen beschreiben: Von den Befragten mit fremdenfeindlichen Orientierungen im Westen verorten sich 41 Prozent – und damit rund doppelt so viele wie im Durchschnitt aller Befragten (19 Prozent) – rechts von der Mitte. Links von der Mitte finden wir demgegenüber lediglich 17 Prozent der Fremdenfeindlichen; von allen Befragten aber rechnen sich doppelt so viele, nämlich 36 Prozent, diesem Teil des politischen Spektrums zu. Im Osten verteilen sich die Antworten nicht unähnlich: Rechts finden sich 33 Prozent der Fremdenfeindlichen gegenüber einem durchschnittlichen Anteil von lediglich 18 Prozent Rechten; links sind es 17 Prozent fremdenfeindliche Befragte, die 33 Prozent Linken unter allen Befragten gegenüberstehen. Mit anderen Worten bedeutet dieses Ergebnis, daß die fremdenfeindlichen Befragten sich überproportional häufig rechts verorten und unterproportional links. Dieses Ergebnis ist, was seine Größenproportionen angeht, für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost und West nahezu identisch.

Befragte mit einer niedrigen Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit verorten sich dagegen überproportional links von der Mitte. Auch hier sind die Ergebnisse in Ost und West nicht unähnlich, im Osten ist allerdings insgesamt eine stärkere Besetzung des linken Spektrums zu beobachten (vgl. Tabelle 4).

Die Antwortverteilung in Tabelle 4 macht des weiteren deutlich, daß ein großer Anteil der fremdenfeindlichen Befragten sich selbst der Mitte des politischen Spektrums in der Bundesrepublik zurechnet. Im Osten sind dies die Hälfte aller fremdenfeindlichen Befragten, im Westen mit 42 Prozent etwas weniger. Zusammenfassend bedeutet dies, daß Fremdenfeindlichkeit häufig mit einer rechten Orientierung einhergeht, daß aber im gleichen Maß und im Osten sogar in deutlich stärkerem Maß sich Fremdenfeindlichkeit auch mit einem Selbstverständnis der politischen Mitte verbindet.

Mit der erkennbar gewordenen Selbstverortung von Fremdenfeindlichkeit im politischen Rechts-

---

35 Auf der linken und rechten Seite der Antwortskala wurden jeweils vier Antwortstufen zusammengefaßt. Für den mittleren Bereich verbleiben damit also noch zwei Antwortstufen.

**Tabelle 4: Fremdenfeindlichkeit und politische Selbstverortung in den alten und neuen Bundesländern (Spaltenprozent)**

politische Selbstverortung	alte Bundesländer Fremdenfeindlichkeit			neue Bundesländer Fremdenfeindlichkeit		
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
links	56,4	31,6	16,8	64,4	34,3	16,9
Mitte	37,0	50,0	42,0	34,6	54,4	49,7
rechts	6,6	18,4	41,1	1,1	11,3	33,4
n	1 186	2 348	773	376	1 113	853

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1997.

links-Spektrum korrespondiert die Verteilung von Sympathie und Ablehnung der politischen Parteien in der Bundesrepublik<sup>36</sup>.

Es sind die Republikaner, die von den fremdenfeindlichen Befragten überproportional favorisiert werden, während demgegenüber die Partei der Grünen/Bündnis 90 im Vergleich zur Sympathie, die sie im Durchschnitt aller Befragten findet, bei den Fremdenfeindlichen deutlich niedriger rangiert. Dies gilt in der Tendenz gleichermaßen für die ostdeutschen wie die westdeutschen Befragten. In prozentualen Anteilen sieht diese konträre Stellung der Republikaner und der Grünen bei den fremdenfeindlichen Befragten so aus: Die Republikaner finden im Westen durchschnittlich nur bei 7 Prozent Sympathie, aber bei 21 Prozent der fremdenfeindlich eingestellten Befragten; im Osten beträgt dieses Größenverhältnis 8 Prozent zu 17 Prozent. Den Grünen/Bündnis 90 wird im Westen von durchschnittlich 58 Prozent Sympathie entgegengebracht, bei den fremdenfeindlichen Befragten hingegen nur von 35 Prozent; im Osten sind die entsprechenden Anteile 51 Prozent zu 35 Prozent.

Das Bild von den Parteisympathien der Befragtengruppe mit fremdenfeindlichen Einstellungen wird allerdings erst dann vollständig, wenn man nicht übersieht, daß einerseits jeweils rund zwei Drittel der fremdenfeindlich eingestellten Befragten in Ost und West – nämlich je 64 Prozent – nichts von den Republikanern halten und daß sie andererseits der Partei der Grünen zwar unterdurch-

schnittlich, aber immerhin noch zu einem Drittel – im Osten wie im Westen – Sympathie entgegenbringen. Und auch bei den großen Parteien der Mitte liegen die Sympathiewerte der fremdenfeindlich eingestellten Befragten jeweils etwa im Durchschnitt aller Sympathisanten.

Nimmt man all diese Ergebnisse zusammen, so liegt folgender Schluß nahe: Die Parteisympathien der Fremdenfeindlichen (und der Fremdenfreundlichen) verteilen sich zwar erkennbar unterschiedlich, in der Tendenz sogar polarisierend, was die Republikaner und die Grünen angeht. Trotzdem aber muß man konstatieren, daß die Partei der Republikaner nicht als der alleinige politische Ort für Befragte mit fremdenfeindlichen Einstellungen gesehen werden darf. Vielmehr scheint diese Gruppe ihre Sympathien – mit politisch nachvollziehbaren Schwerpunkten – durchaus über die gesamte Parteienlandschaft zu verteilen, und zwar entsprechend ihrer sichtbar gewordenen Tendenz zur Mitte auf dem Links-rechts-Kontinuum<sup>37</sup>. Fremdenfeindlichkeit erscheint somit als eine Einflußgröße, die eher an den Rändern als grundsätzlich die Parteisympathien bzw. -antipathien verändert.

Das Verhältnis zum demokratischen System ist bei den fremdenfeindlich eingestellten Befragten nicht eindeutig, sondern eher ambivalent. Sie sprechen sich zwar einerseits gegen eine Diktatur aus, befürworten gleichzeitig aber durchaus eine stärker autoritäre Regierungsform, die „mit starker Hand mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen müßte“. Dem Statement dieses Inhalts wird in Ost und West von jeweils etwa der Hälfte (54 Prozent bzw. 51 Prozent) der Befragten mit deutlich fremdenfeindlicher Einstellung zugestimmt; das ist eine

36 Das Ausmaß von Sympathie oder Ablehnung der einzelnen Parteien in der Bundesrepublik wurde mit einer 11stufigen Antwortskala erfaßt. Sie reicht von +5 über 0 bis -5. Für die folgenden Prozentangaben wurden die Antworten für den positiven Bereich (+5 bis +1) sowie für den ablehnenden Bereich (-1 bis -5) jeweils zusammengefaßt. Im Text werden nur die Prozentanteile der Befragten im positiven und negativen Bereich herangezogen, nicht aber die Antwortanteile bei 0 (sie machen in Ost und West gleichermaßen rund ein Fünftel der Antworten aus).

37 Im Hinblick auf die PDS, die CSU und die Republikaner muß mitbedacht werden, daß sie sowohl regional als auch, was ihren Bekanntheitsgrad angeht, möglicherweise unterschiedliche Chancen haben, von allen Befragten in gleicher Weise in eine Bewertung aufgenommen zu werden.

deutlich stärkere Zustimmung, als sie der Durchschnitt der Befragten (mit 42 Prozent im Osten und 27 Prozent im Westen) an den Tag legt. Auch der Systemaspekt, daß eine Demokratie ohne politische Opposition nicht denkbar ist, findet bei Befragten mit fremdenfeindlichen Einstellungen weniger Zustimmung als bei den Befragten insgesamt: Die entsprechenden Anteile liegen im Osten bei 48 Prozent gegenüber 60 Prozent im Durchschnitt und im Westen bei lediglich 46 Prozent Zustimmung unter den fremdenfeindlichen gegenüber 61 Prozent Zustimmung im Durchschnitt aller Befragten. Eine in der Tendenz gleiche, wenn auch eine nicht ganz so stark ausgeprägte Verteilung der Antworten findet sich bei dem Statement, daß in einer politischen Auseinandersetzung auch derjenige, der Recht hat, einen Kompromiß suchen sollte: Diesem Statement stimmen fremdenfeindliche Befragte überproportional seltener zu.

Zu der Anfälligkeit für autoritäre Staatsvorstellungen paßt schließlich auch die bei den fremdenfeindlichen Befragten anzutreffende Reserviertheit gegenüber der „Idee der Demokratie“. Ist bei denjenigen Befragten, die eine positive Einstellung gegenüber Ausländern erkennen lassen, überwiegend – nämlich zu rund 90 Prozent in Ost und West – eine eindeutige Zustimmung zur „Idee der Demokratie“ zu finden, so ist eine solche Zustimmung bei den fremdenfeindlichen Befragten nur zu drei Vierteln (74 Prozent) im Westen und lediglich bei etwas mehr als der Hälfte (56 Prozent) im Osten anzutreffen; die durchschnittliche Zustimmung liegt sowohl im Westen (mit 84 Prozent) als auch im Osten (mit 71 Prozent) deutlich darüber.

In gleicher Weise korrespondierend stellen sich die nationalistischen Orientierungen dieser Befragtengruppe dar: Je fremdenfeindlicher Befragte eingestellt sind, desto mehr Stolz bekunden sie darauf, Deutsche zu sein. Im Westen sind von den Befragten mit positiver Einstellung gegenüber Ausländern lediglich ein Viertel (25 Prozent) stolz darauf, Deutsche zu sein, während von denjenigen mit negativer Einstellung zu Ausländern etwa zwei Drittel (62 Prozent) einen solchen Stolz bekunden; im Osten sind die entsprechenden Anteile 30 Prozent bzw. 73 Prozent. Diese national orientierte Haltung konkretisiert sich im „Stolz auf die deutsche Geschichte“ und in der Überzeugung davon, daß „Deutschland die Nummer 1 in Europa ist“. Die nicht nur hier nachgewiesenen Zusammenhänge zwischen Nationalstolz bzw. nationalistisch orientierten Stolzaspekten auf der einen und fremdenfeindlichen Orientierungen auf der anderen Seite zeigen, daß eine nationalistisch orientierte Identifikation mit der Eigengruppe

eine Abwertung von Fremdgruppen zur Folge hat<sup>38</sup>. Dies bedeutet auch, daß die Forderungen nach einem positiveren Selbstverständnis der Deutschen, wie sie des öfteren in die öffentliche Diskussion eingebracht werden<sup>39</sup>, eine Abwertung von Fremden in Kauf nehmen.

Schon in der Grundverteilung hatte sich gezeigt, daß die weiblichen Befragten in etwas geringeren Anteilen zu negativen Einstellungen gegenüber Ausländern neigen. Diese Geschlechtsspezifität findet sich als Tendenz auch bei der Selbstverortung im rechten politischen Spektrum: Am äußersten rechten Rand des Kontinuums finden sich in Westdeutschland doppelt so viele Männer und in Ostdeutschland sogar viermal so viele Männer wie Frauen. Die oben getroffene Feststellung zum Zusammenhang von Fremdenfeindlichkeit und politischer Orientierung läßt sich daher jetzt präzisieren: Von den Befragten mit deutlich negativer Haltung gegenüber Ausländern sind es vor allem Männer, die sich gleichzeitig auch als rechtsorientiert verstehen. Da auch bei den anderen untersuchten Merkmalen politischer Einstellung eine in die gleiche Richtung weisende Differenz zwischen männlichen und weiblichen Befragten zu beobachten ist, können wir mit aller Vorsicht folgende Aussage treffen: Die fremdenfeindliche Haltung scheint bei den weiblichen Befragten im Unterschied zu den männlichen stärker für sich zu stehen. Bei den männlichen Befragten scheint die negative Einstellung gegenüber Ausländern dagegen politisch stärker kontextualisiert zu sein insofern, als sich hier zumindest Anknüpfungen an und Übergänge zu nichtdemokratischen Vorstellungen und rechtsradikalen Ideologieelementen finden lassen.

---

## VI. Schlußbemerkung

---

Wenngleich die überwiegende Mehrzahl der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

38 Vgl. Thomas Blank/Peter Schmidt, Ethnizität, Nationalstolz und nationale Identifikation in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse einer quantitativen Studie, in: Reinhart Köbler/Tilman Schiel (Hrsg.), Nationalstaat und Ethnizität, Frankfurt am Main 1994, S. 201–232; Thomas Blank/Peter Schmidt, Konstruktiver Patriotismus im vereinigten Deutschland? Ergebnisse einer repräsentativen Studie, in: Amélie Mummendey/Bernd Simon (Hrsg.), Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften, Bern u. a. 1997, S. 127–148.

39 Vgl. z. B. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987.

in Deutschland fremdenfeindliche Einstellungen und korrespondierende politische Forderungen nach wie vor entschieden ablehnt, so zeigen die hier vorgelegten Daten des DJI-Jugendsurvey von 1997 gleichwohl, daß die Fremdenfeindlichkeit von Jugendlichen als ein Problem angesehen werden muß, das die Gesellschaft und das politische System insgesamt herausfordert. Zwar sind entsprechende Einstellungen und Haltungen nicht gleichverteilt unter allen Jugendlichen: Sie häufen sich vielmehr insbesondere bei den Jugendlichen, die über eher niedrige Bildungsabschlüsse verfügen und die unter hoher Verunsicherung und Orientierungslosigkeit leiden. Zudem sind sie im Osten stärker ausgeprägt als im Westen. Diese Hinweise auf strukturelle Hintergründe machen aber deutlich, daß wir es hier nicht ein-

fach nur mit einem Problem der politischen Bildung oder mit einem jugendspezifischen Problem in den neuen Ländern zu tun haben, das – sich selbst überlassen – auch wieder verschwindet. Fremdenfeindliche Einstellungen entwickeln sich vielmehr vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Konflikte und sozialer Verwerfungen, die von der Politik bearbeitet werden müssen. Noch setzen sich entsprechende Haltungen allenfalls punktuell in rechtsextremistische politische Forderungen und Parteiensympathien um. Es gehört jedoch zu den aktuellen Herausforderungen der Demokratie, diese gesellschaftlichen Zusammenhänge ernst zu nehmen, die Gefährdungspotentiale, die dort liegen können, zu sehen und ihnen eine aktiv gestaltende, demokratische Politik entgegenzusetzen.

# Jugendprobleme in den Medien

## Zur öffentlichen Thematisierung von Jugend am Beispiel des Diskurses zur ‚Jugendgewalt‘

---

### I. Einleitung

---

In dem amerikanischen Film „Wag The Dog“ wird ein Hollywood-Produzent beauftragt, einen Scheinkrieg zu inszenieren, um die Öffentlichkeit von einem Sexskandal des Präsidenten abzulenken. Ist die öffentliche Debatte um „Jugend und Gewalt“ in den neunziger Jahren – so könnte man analog fragen – vielleicht auch nur eine Inszenierung der Medien, eine Scheindebatte, um von anderen Problemen abzulenken? Welches Interesse haben Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Bereiche – etwa der Medien, der Politik, der Wissenschaft oder der Praxis – an diesem Diskurs? Und was läßt sich als (vorläufiges) Ergebnis dieses Diskurses in wissenschaftlicher wie praktisch-pädagogischer Hinsicht festhalten?

Das sind die zentralen Fragen, denen im vorliegenden Beitrag nachgegangen werden soll. Dabei wird es darum gehen, den zu Beginn der neunziger Jahre einsetzenden Diskurszyklus „Jugend und Gewalt“ unter verschiedenen Blickwinkeln – Medien, Politik, Wissenschaft, Praxis – themenbezogen zu rekonstruieren, Wechselwirkungen aufzuzeigen und nach relevanten Ergebnissen, insbesondere für die Jugend- und Schulforschung sowie für die pädagogische Praxis, zu fragen.

---

### II. „Jugend und Gewalt“ als Konjunkturthema: Der Diskurszyklus in den neunziger Jahren

---

Aus der Geschichte der Jugendforschung und Jugendsoziologie ist bekannt, daß die Debatten über „Jugendgewalt“ bestimmten *Konjunkturzyklen* folgen. So gab es – in der alten Bundesrepublik<sup>1</sup> – Mitte der fünfziger Jahre eine sogenannte

Halbstarkendebatte, Ende der sechziger Jahre eine Debatte über die „Studentenbewegung“ und in den achtziger Jahren eine über die „Jugendprotestbewegung“<sup>2</sup>. Letztere führte dazu, daß eine „Gewaltkommission“ durch die Bundesregierung eingesetzt wurde. Diese hat nach mehrjähriger intensiver Arbeit einen umfangreichen Bericht<sup>3</sup> (einschließlich 158 Vorschlägen zur Gewaltprävention) vorgelegt, der allerdings in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung gefunden hat. Wie ist es zu erklären – so könnte man aus heutiger Sicht fragen –, daß kurz nach dem Erscheinen dieses Berichts im Jahre 1990 das Gewaltthema (wieder) neu entdeckt wurde und eine derart aufgeregte und zum Teil hilflose Debatte entfacht wurde, als hätte es den Bericht der „Gewaltkommission“ nie gegeben? Wieso konnte das Gewaltthema erneut „Karriere“ machen und zu einem dominierenden Diskursgegenstand der neunziger Jahre werden?

Entsprechend den Erkenntnissen der Kommunikationsforschung und den Analysen zur „Karriere sozialer Probleme“<sup>4</sup> wird ein bestimmter Sachverhalt (hier: „gewaltauffälliges“ Verhalten Jugendlicher) nicht von sich aus zu einem „sozialen Problem“, sondern nur dann, wenn er von der Gesellschaft, das heißt in erster Linie von der Medienöffentlichkeit als solches betrachtet wird<sup>5</sup>.

sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft nahezu tabu waren. Zudem galt Jugend vor der Wende – auch im Unterschied zu heute – als „Hoffnungsträger“ der Gesellschaft, war eher „Hätschelkind“ denn „Problemkind“, zumindest in der propagierten Öffentlichkeit.

2 Vgl. ausführlicher z. B. Benno Hafenecker, *Jugend-Gewalt. Zwischen Erziehung, Kontrolle und Repression. Ein historischer Abriss*, Opladen 1994; Titus Simon, *Raufhändel und Randalen*, Weinheim – München 1996, und Helmut Willems, *Jugendunruhen und Protestbewegung*, Opladen 1997.

3 Vgl. Hans-Dieter Schwind/Jürgen Baumann u. a. (Hrsg.), *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission)*, Band I bis IV, Berlin 1990.

4 Vgl. Michael Schetsche, *Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung*, München – Wien 1996. Seine differenzierte Analyse dient uns im folgenden als Interpretationsfolie für den Diskurszyklus „Jugendgewalt“.

5 Nach Luhmann „spazieren“ meldungswürdige Nachrichten nicht einfach in der Weltgeschichte herum, vielmehr

1 Anders stellt sich die Situation für Ostdeutschland dar, wo bis zur Wende unliebsame Themen, wie z. B. das der Gewalt,

Folgt man der Agenda-setting-Hypothese – diese Hypothese geht in ihrer ursprünglichen Fassung von einer direkten Einflußnahme der Medien auf die Themenselektion für die Öffentlichkeit aus; allerdings wurde sie in den letzten Jahren stark differenziert –, werden die Themen der öffentlichen Diskussion von den Massenmedien bestimmt, wobei allerdings die Medien von den jeweiligen Interessengruppen für die Thematisierung „ihrer“ Probleme genutzt werden. Auch über die gesellschaftliche Anerkennung einer *Problemdeutung* wird letztlich in den Massenmedien entschieden. Dabei kann es durchaus „Vorläufer“ des gleichen Problems geben. Wurde bei der letzten Thematisierung das Problem nicht gelöst, ist die „Karriere-Chance“ größer, wenn es als neues Thema (wieder-)geboren wird. Da „Gewalt“ nie beseitigt werden kann, eignet es sich schon deshalb gut für konjunkturelle Thematisierungen. Abweichendes, gewaltförmiges Verhalten Jugendlicher wurde auch schon früher problematisiert, wengleich nicht immer unter dem Begriff „Gewalt“, sondern zum Beispiel unter den Begriffen „Aggression“<sup>6</sup> oder „Devianz“ bzw. „Delinquenz“.

### 1. Was heißt das für die jüngste „Karriere“ des Themas „Jugendgewalt“?

Am Anfang der „Karriere“ stand die *Thematisierung* (vgl. Abbildung). Die jüngste Debatte um Jugendgewalt setzte Anfang der neunziger Jahre im Zusammenhang mit den fremdenfeindlichen Übergriffen Jugendlicher ein<sup>7</sup>. Gleichzeitig häuften sich Berichte über „zunehmende Jugendgewalt“ (Phase: Problemformulierung), und zwar in

haben Journalisten bestimmte Vorstellungen, Konstruktionen darüber im Kopf, was ihre Adressaten überraschen könnte, vgl. Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996.

6 Nach Heidrun Bründel und Klaus Hurrelmann wird „Gewalt“ heute meist parallel zum Begriff „Aggression“ verwendet, wobei der Begriff „Gewalt“ den der Aggression wegen seiner größeren Anschaulichkeit mehr und mehr verdrängt, vgl. Heidrun Bründel/Klaus Hurrelmann, *Gewalt macht Schule*, München 1994, S. 23.

7 Nach Jürgen Zinnecker gab es in den letzten Jahren nur zwei sich noch überlagernde politisch-öffentliche Jugenddiskurse: zum einen zur Frage, wie die ostdeutsche Jugend ins neue Deutschland hineinwächst, und zum anderen, ob sich damit in Deutschland eine neue gewaltbereite Jugendprotestbewegung entwickeln könnte, vgl. Jürgen Zinnecker, *Jugendforschung in Deutschland. Bilanz und Perspektiven*, in: Wolfgang Edelstein/Dietmar Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend in der Krise. Ohnmacht der Institutionen*, Potsdam 1996, S. 192; vgl. auch Hartmut M. Griese, *Deutsch-deutsche Jugendforschung seit dem gesellschaftlichen Umbruch*, in: Alexander Bolz/Hartmut M. Griese (Hrsg.), *Deutsch-deutsche Jugendforschung*, Weinheim – München 1995, S. 13–43.

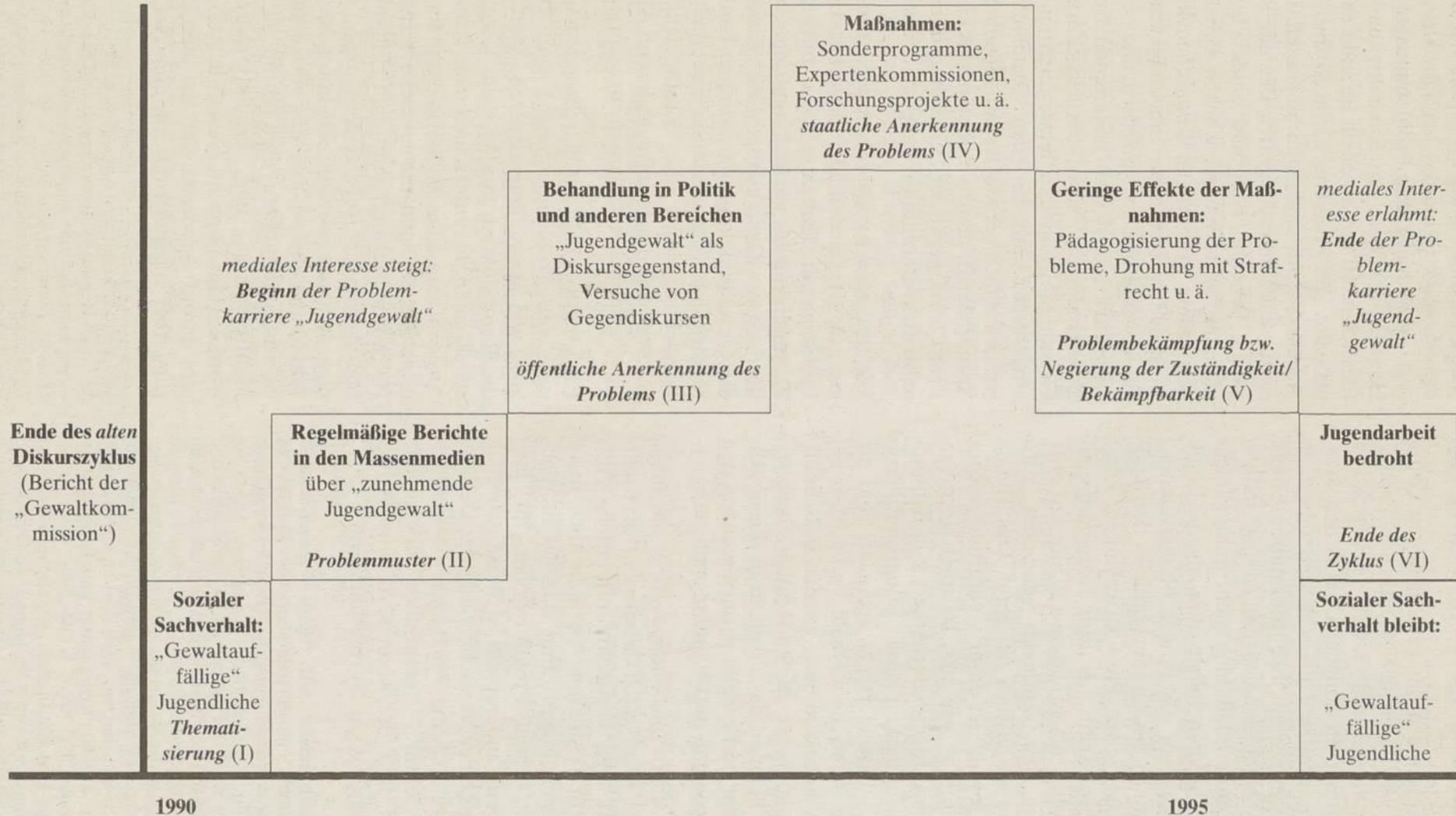
verschiedenen Facetten, zum Beispiel fremdenfeindliche Gewalt, „linke“ und „rechte“ Gewalt, Jugendbanden, Gewalt an Schulen. „Jugend und Gewalt“ wurde schnell zu einem „Medienereignis“ ersten Ranges<sup>8</sup>. Die Art und Weise der Berichterstattung suggerierte, daß es sich hierbei um ein völlig neuartiges Phänomen, um ein bisher nicht gekanntes Ausmaß von Gewalt und Brutalität, verbunden mit schwindendem Norm- und Unrechtsbewußtsein, „Werteverfall“ u. ä., handele. Dieses allgemeine Problemdeutungsmuster prägte zunehmend die öffentliche Meinung. Auch Lehrer, Sozialpädagogen und Eltern berichteten vermehrt über Probleme beim Umgang mit aggressiven Kindern und Jugendlichen. Bald gab es kaum noch eine Zeitung, Zeitschrift oder einen Sender, in der bzw. in dem nicht regelmäßig über „zunehmende Jugendgewalt“ berichtet wurde. Das *Problemmuster* „zunehmende Jugendgewalt“ (II) hatte sich etabliert und erhielt den Status der *öffentlichen Anerkennung* (III) (vgl. Abbildung).

Das Strickmuster der medialen Berichterstattung ist dabei so einförmig wie trivial: Man nehme zuerst eine reißerische Schlagzeile – etwa „Die rasten einfach aus“ (Der Spiegel 42/1992), „Das hier ist brutaler Krieg“ (Stern 8/1993), „Die Gewalt explodiert“ (BamS vom 17. 10. 1993) –, schildere dann ein, zwei Einzelbeispiele, möglichst in kriegerischer Sprache und mit viel Liebe zum Detail, mit O-Ton und mit Bild unterlegt und behaupte schließlich, dieses sei inzwischen Alltag. Zur Erhöhung der Überzeugungskraft bediene man sich eines „Steigerungsdiskurses“<sup>9</sup> (zum Beispiel durch Worte wie „zunehmend“, „immer mehr“, „nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land“, „dramatische“ oder „explosionsartige Entwicklung“); ein, zwei Zitate von Experten erhöhen noch die Aussagekraft. Bei der Darstellung von Gewalt konzentriere man sich am besten ausschließlich auf die physische Gewalt (diese ist in der Regel unstrittig) sowie auf eine Zweiteilung in Täter und Opfer. Hinsichtlich der Ursachen von Gewalt favorisiere man möglichst einfache Erklärungen und klare personale Schuldzuweisungen, wobei alles

8 Der Frage der medienvermittelten Nachahmungseffekte kann in diesem Beitrag nicht nachgegangen werden, vgl. dazu u. a. Siegfried Jäger/Jürgen Link (Hrsg.), *Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien*, Duisburg 1993; Helmut Willems, *Fremdenfeindliche Gewalt*, Opladen 1993; Ekkehard Mochmann/Uta Gerhardt, *Gewalt in Deutschland. Soziale Befunde und Deutungslinien*, München 1995.

9 Vgl. Franz Hamburger, *Gewaltdiskurs und Schule*, in: Wilfried Schubarth/Wolfgang Melzer (Hrsg.), *Schule, Gewalt und Rechtsextremismus*, Opladen 1995<sup>2</sup>, S. 152–163.

Abbildung: Diskurszyklus „Jugendgewalt“ in den neunziger Jahren



Quelle: Eigene Darstellung.

auf Emotionalisierung und Dramatisierung ausgerichtet sein sollte<sup>10</sup>.

Will man die Interessen der verschiedenen Gruppen bloßlegen, die hinter der öffentlichen Thematisierung von „Jugend und Gewalt“ stehen, so ist dies kein leichtes Unterfangen: Daß es den *Massenmedien* (mit großen Unterschieden innerhalb der Medien) nicht nur um ihre Informationspflicht ging, sondern vor allem auch um Auflagenhöhen und Einschaltquoten, läßt sich nicht immer leicht erkennen. Die Medien haben ihre eigene Logik und ihre eigenen (vor allem auch ökonomischen) Interessen, nämlich die Aufmerksamkeit der Rezipienten um (fast) jeden Preis zu erlangen. Über das, was aus ihrer Sicht, aus ihrer Erwartungshaltung heraus hohen Nachrichtenwert hat und gute Einschaltquoten bzw. Auflagen verspricht, wird regelmäßig und ausführlich berichtet. Das Thema „Jugend und Gewalt“ ist dafür – aufgrund solcher „Publizitätsfaktoren“ wie zum Beispiel Normverletzung, Schaden, Identifizierbarkeit von Schuldigen, Personalisierbarkeit und Visualisierbarkeit des Problems – besonders gut geeignet. Sind die Problemmuster durch die mediale Verbreitung bei den Menschen ‚angekommen‘, werden sie schließlich zur eigenständigen sozialen Realität, das heißt die Menschen nehmen das Problem in ihrem Alltag auch so wahr und reagieren entsprechend den verbreiteten Problem- und Handlungsmustern<sup>11</sup>.

Bei *Wissenschaftlern und Pädagogen* ist die Interessenlage in der Regel noch differenzierter: Einerseits verspricht eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit für bestimmte Themen auch mehr finanzielle Zuwendungen (zum Beispiel für pädagogische Anti-Gewalt-Projekte oder für Forschungsvorhaben), andererseits ist Wissenschaft an Aufklärung und einer Versachlichung der Debatte interessiert, und auch die Pädagogen – Sozialpädagogen wie Lehrer – empfinden überzogene Berichte eines Teils der Medien für ihre Arbeit eher als störend oder gar als rufschädigend<sup>12</sup>.

10 Vgl. zur Medienkritik z.B. Helga Cremer-Schäfer, Skandalisierungsfallen, in: *Kriminologisches Journal*, 24 (1992) 1, S. 23–36; Wilfried Schubarth, Gewalt an Schulen als Medienereignis, in: W. Schubarth/W. Melzer (Anm. 9), S. 104–111; Georg Vogel, Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen aus Sicht des Kindes- und Jugendschutzes, in: *Politische Studien*, 48 (1997) 4, S. 84–97.

11 Ein Beispiel dafür ist die wachsende Kriminalitätsfurcht, insbesondere bei älteren Menschen, obwohl diese eher weniger Opfer von Gewalt sind, vgl. auch Karl-Heinz Reuband, Gesellschaftlicher Wandel, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht, in: *neue praxis*, 26 (1996) 6, S. 494–504.

12 Vgl. neben der Literatur in Anm. 10 z. B. auch Reinhard Koch, Deeskalation der Gewalt, in: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hrsg.), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*, Bonn 1993, S. 355.

Kehren wir zum Diskurszyklus zurück: Nach der *ersten Thematisierung (I)* durch die Medien setzte die *Phase II: Deutungs- bzw. Problemmuster*<sup>13</sup> ein (vgl. Abbildung). Ein Problemmuster soll soziales Handeln erklären, um Eindeutigkeit und Verhaltenssicherheit herzustellen. Es soll sowohl die Ursachen des Problems als auch die Ansätze und Adressaten für Lösungen benennen. Dazu bedarf es zunächst eines Begriffes, der das Problem eingängig benennt. Aufgrund eines allgemein anerkannten Wertesystems, wonach Gewalt – zumindest offene, körperliche Gewalt – inakzeptabel sei, weist der Problemname „Jugendgewalt“ eindeutig auf etwas moralisch, politisch und rechtlich Verwerfliches hin, das zu bekämpfen ist. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß der Gewaltbegriff in den letzten Jahren zunehmend ausgeweitet und zu einer „catch-all“-Kategorie wurde<sup>14</sup>. Doch gerade deshalb eignet er sich gut als Kampfbegriff, denn wenn etwas als Gewalt identifiziert wird, gerät der „Gewaltausübende“ schnell unter Rechtfertigungszwang oder Anklage.

Die Suche nach entsprechenden Lösungsvorschlägen hängt von den identifizierten Ursachen des Problems ab. Dabei geht es vorrangig um die Zuständigkeit für die Bekämpfung: So variierte in der jüngsten Gewaltdebatte die Zuständigkeit für die Gewaltbekämpfung zwischen Familie, Schule, Medien oder der gesamten Gesellschaft. Je nach Perspektive wird die Zuständigkeit für die Bekämpfung den jeweils „anderen“ Akteuren bzw. gesellschaftlichen Gruppen zugeschrieben.

Ein wichtiges Feld zur Durchsetzung und Absicherung von Problemdeutungen sind *Diskursstrategien*, wie bspw. Dramatisieren, Moralisieren und die Reproduktion von Mythen. Zum Dramatisieren können so unterschiedliche Formen wie die Auswahl von Einzelfallbeispielen, die „Magie der großen Zahl“ und die einfache Schuldzuweisung (Dichotomisierung) gehören. Erfolgreich sind Problemdeutungen insbesondere dann, wenn Schuldige benannt werden. Dichotomisierungen von Schuld und Personalisierung verlagern die Verantwortung auf andere und führen zu psychischen Identifikations- und Projektionsprozessen. So wurde in der jüngsten Gewaltdebatte unter anderem darauf verwiesen, daß die öffentliche Empörung über Jugendgewalt nur eine Art „kollektiver

13 Vgl. M. Schetsche (Anm. 4), S. 65 ff.

14 Vgl. Helmut Willems, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – Anmerkungen zum gegenwärtigen Gewaltdiskurs, in: H.-H. Otto/R. Merten (Anm. 12), S. 88–108; Helge Peters, Da werden wir empfindlich. Zur Soziologie der Gewalt, in: Siegfried Lamnek (Hrsg.), *Jugend und Gewalt. Devianz und Kriminalität in Ost und West*, Opladen 1995, S. 25–36.

Verdrängung“ darstellt, welche eine Funktion der Ablenkung von Gewaltförmigkeit in der Gesellschaft insgesamt und eine Legitimationsfunktion in bezug auf staatliche Repression hat<sup>15</sup>.

Durch Dramatisieren und Moralisieren werden Emotionen erzeugt und zugleich die Problemwahrnehmungen normiert; durch die Reproduktion von Mythen werden diese abgesichert. Meist konkurrieren jedoch hegemoniale und alternative Deutungen bzw. Gegendiskurse miteinander. *Gegendiskurse (III)* stellen nicht nur die herrschende Deutung in Frage, sondern den Problemcharakter des Sachverhalts selbst. Das Problem sei dann – an unserem Beispiel – nicht die Gewalt der Jugendlichen, sondern die Stigmatisierung und Etikettierung der betreffenden Jugendlichen durch die Öffentlichkeit<sup>16</sup>. Neben der Gefahr der Stigmatisierung wurde bei der jüngsten Gewaltdebatte vor allem auf die Gefahr der Pädagogisierung sozialer Probleme verwiesen<sup>17</sup>. Hier haben wir es dann mit einem Problem zweiten Grades zu tun, das mit den gleichen „Karriereformen“ und Strategien verlaufen kann, wie die Wahrnehmungen, die in den Gegendiskursen problematisiert werden. Diese Problemdeutung hat es allerdings schwer, gegen den herrschenden Diskurs anzukommen, da über die Durchsetzung einer Problemwahrnehmung letztlich wieder in der massenmedial beherrschten Öffentlichkeit entschieden wird.

## 2. Wie reagierte die Politik auf diese mediale Thematisierung?

Schon bald gerieten die *Politiker* unter Handlungsdruck. Hohe staatliche Gremien beschäftigten sich mit dem Thema. Um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, wurden Studien in Auftrag gege-

15 So z. B. Butterwege, der befürchtet, daß bei der Erörterung geeigneter Möglichkeiten zur Eindämmung der Gewalt wieder vorwiegend auf polizeiliche und ordnungspolitische Lösungen gesetzt wird, vgl. Christoph Butterwege, *Jugendgewalt als neue Austragungsform des Generationskonflikts?*, in: Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), *Gewalt und Konfliktbearbeitung*, Baden-Baden 1997, S. 162–179. Nach Hafenecker wird die „jugendliche Gewalt“ zu einem „trojanischen Pferd, mit dem autoritäre Erziehungsmuster und eine Verschärfung im Strafrecht begründet und durchgesetzt werden sollen“, B. Hafenecker (Anm. 2), S. 13. Ähnliche Positionen finden sich auch bei zahlreichen anderen Autoren.

16 So wird z. B. von Reinhard Koch und Sabine Behn kritisiert, daß im Zusammenhang mit der fremdenfeindlichen Gewalt die Skinheads als Sündenböcke für einen gesellschaftlichen Skandal benutzt werden. Ihre Kritik richtet sich z. T. auch gegen Wissenschaftler, vgl. Reinhard Koch/Sabine Behn, *Gewaltbereite Jugendkulturen*, Weinheim – Basel 1997, S. 226.

17 Hiermit ist die Umdeutung von (sozial-)politisch verursachten Problemen in pädagogische Aufgabenstellungen gemeint.

ben (so im Rahmen des Neunten Jugendberichts, Studien im Auftrag der Kultusministerien und Schulverwaltungen), Sonderprogramme wurden aufgelegt (etwa das Aktionsprogramm der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt<sup>18</sup>) oder „Runde Tische gegen Gewalt“ initiiert. Damit wurde signalisiert, daß der Staat das Problem erkannt bzw. anerkannt hat (*Phase IV: staatliche Anerkennung*) und etwas dagegen unternehmen will (*Phase V: Problembekämpfung*)<sup>19</sup>.

Die regelmäßige Berichterstattung signalisiert dem *politisch-administrativen System* zunächst, daß hier Handlungsbedarf besteht und daß daraus politisches Kapital geschlagen werden kann. Grundsätzlich sind drei Reaktionen möglich: Zurückweisung der Problemwahrnehmung, Anerkennung der Problemwahrnehmung bei Ablehnung der Zuständigkeit sowie Anerkennung der Problemwahrnehmung wie der Zuständigkeit. Die Entscheidung darüber, welche Form der Problembekämpfung, welche *staatlichen Ressourcen* (zum Beispiel Geld, Information oder Recht) eingesetzt werden, ist vor allem vom politischen Kalkül abhängig.

Bei der Antwort auf die Frage, welche Gründe Politiker haben, sich *eines* Problems anzunehmen, ein *anderes* jedoch zurückzuweisen oder zu ignorieren, ist ein nutzentheoretisches Wahlmodell plausibel, wonach es das dominierende Interesse aller Politiker sei, (wieder-)gewählt zu werden<sup>20</sup>. Dieses Ziel der Stimmenmaximierung führt dazu, bei der Entscheidung über Zuständigkeit und Mittelbereitstellung bezüglich der Lösung eines Problems (zum Beispiel das Gewalthandeln Jugendlicher) abzuwägen, ob und inwiefern sich das bei den nächsten Wahlen auszahlen könnte. Es ist offensichtlich, daß Jugendliche als potentielle Adressaten von Politik angesichts ihres niedrigen und weiter abnehmenden Anteils an der (Wahl-)Bevölkerung sowie ihrer niedrigen Wahlbeteiligung sehr schlechte Karten haben. Was den Stellenwert von Jugend betrifft, so prognostiziert Walter Hornstein angesichts immer rascherer Qualifikationsentwertung auch einen Bedeutungsverlust von Jugend, wobei die bisherige Definition von Jugend überhaupt in Frage gestellt wurde<sup>21</sup>.

18 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Irina Bohn in diesem Heft.

19 Vgl. M. Schetsche (Anm. 4), S. 125 ff.

20 Vgl. ebd., S. 132 ff.

21 Vgl. Walter Hornstein, *Kommt der Jugendhilfe die Jugend abhandeln?*, in: *Kind Jugend Gesellschaft*, 42 (1997) 1, S. 13; vgl. hierzu auch den Beitrag von Richard Münchmeier in diesem Heft.

Wenn entschieden wird, nicht mehr finanzielle Mittel als bisher zum Beispiel für die Jugendarbeit oder die Schulen bereitzustellen, bleibt noch die Reaktionsmöglichkeit „Information“. Dabei wird durch *symbolische Akte* signalisiert, daß die Politik das Problem zur Kenntnis genommen hat<sup>22</sup>. Man verkündet, daß das Problem den anerkannten Werten der Gesellschaft widerspricht und sofort gehandelt werden muß. Zugleich wird an die Verantwortung jedes einzelnen appelliert, gegebenenfalls mit der Rechtsnorm gedroht. Beliebte sind auch Versprechen, da sie – außer Glaubwürdigkeitsverlusten – nichts kosten. Auf ein Versprechen folgt meist die Einsetzung von Expertenkommissionen oder die Finanzierung von Forschungsvorhaben. Die *Erzeugung von Wissen* ist relativ billig, zeigt jedoch der Öffentlichkeit, daß das Problem ernst genommen und gründlich bearbeitet wird. Dies kann bis zur Einrichtung von speziellen Institutionen zur Bekämpfung des Problems als einem möglichen Endpunkt der ‚Problemkarriere‘ führen.

Um der Öffentlichkeit staatliches Engagement zu demonstrieren, zugleich aber keine weiteren Ressourcen angreifen zu müssen (Jugend- und Bildungspolitik haben in der Regel keine sehr hohe Priorität), ist die Debatte um das *Strafrecht* ein ideales Mittel. Dabei geht es primär um symbolische Wirkungen, das heißt, es soll der Anschein von Entschlossenheit und Aktivität erzeugt werden bei gleichzeitigem Verzicht auf eine effektive Problembekämpfung. Aus diesem Grunde diskutiert man in bezug auf „Jugendgewalt“ auch lieber über eine Verschärfung der Gesetze, über die Herabsetzung der Strafmündigkeit und „geschlossene Heimunterbringung“ als über die Unterstützung der Jugendarbeit und die Verbesserung der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen. Das hat die Diskussion der letzten Wochen und Monate eindrucksvoll vor Augen geführt<sup>23</sup>.

22 Ein neueres Beispiel dafür liefert die Debatte des Bundestages zum Thema Jugendstrafrecht und Präventionsstrategien, bei der die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit zwar die Notwendigkeit der Gewaltprävention hervorhebt, die Hauptverantwortung dafür aber bei den Bundesländern verortet und – als Beitrag der Bundesregierung – auf eine Reihe von Forschungs-, Informations- und Modellmaßnahmen verweist. Vgl. Das Parlament vom 21./28. November 1997, S. 9.

23 Vgl. dazu die kritische Diskussion („Gegendiskurse“) in verschiedenen Fachzeitschriften, z. B. neue praxis und Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, sowie in zahlreichen Tages- und Wochenzeitungen, wie „Frankfurter Rundschau“ und „Die Zeit“.

### 3. Welche Rolle kam innerhalb des Diskurszyklus der Wissenschaft zu?

Parallel zur wachsenden medialen Aufmerksamkeit wandte sich auch die *Wissenschaft* verstärkt dem Thema „Jugend und Gewalt“ zu und machte es zu einem zentralen Forschungsgegenstand. Davon zeugen ein Forschungsboom von über 80 empirischen Studien, Hunderte von Tagungen und Tausende von Publikationen. Allein die Dokumentation „Jugend und Gewalt“ des Informationszentrums Sozialwissenschaften enthält über 735 Forschungsprojekte, Monographien, Sammelwerke und Aufsätze im Zeitraum von 1989 bis 1994<sup>24</sup>. Zugleich hat sich ein schier unüberschaubarer Markt von Ratgeber- und populärwissenschaftlicher Literatur, zum Beispiel auch zum Umgang mit Aggression und Gewalt, entwickelt.

Die vielen Studien seit Anfang der neunziger Jahre haben zweifellos einen Erkenntniszuwachs zum Thema „Jugend und Gewalt“ gebracht. Die Forschungen werden immer differenzierter, verschiedene Gewaltformen werden mit quantitativen, zunehmend auch mit qualitativen Untersuchungsmethoden erforscht und mögliche Ursachen und Bedingungsfaktoren nachgewiesen<sup>25</sup>. Insgesamt konzentrieren sich die meisten Untersuchungen auf die Analyse von Erscheinungsformen und Ursachen von Gewalt, während Aspekte der Entwicklung von Präventionsmodellen, deren Umsetzung, Verbreitung und Evaluierung von eher untergeordneter Bedeutung sind. Dennoch gibt es auch hinsichtlich der Entwicklung von gewaltpräventiven Konzepten und Handlungsansätzen für die Praxis (z. B. für Schule und Jugendarbeit) gewisse Fortschritte<sup>26</sup>.

24 Vgl. Informationszentrum Sozialwissenschaften, Jugend und Gewalt. Sozialwissenschaftliche Diskussion und Handlungsansätze. Eine Dokumentation, Bonn 1995.

25 Der aktuelle Forschungsstand ist mehrfach beschrieben, zum Teil auch kritisiert worden. Vgl. z. B. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, Bonn 1993; Wolfgang Kühnel, Die Forschungssituation zu Gewaltphänomenen und Gewaltentstehung bei Jugendlichen, in: Informationszentrum Sozialwissenschaften (Anm. 24), S. 9–41; Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Darmstadt 1996, und Heinz Günter Holtappels/Wilhelm Heitmeyer/Wolfgang Melzer/Klaus-Jürgen Tillmann (Hrsg.), Forschungen über Gewalt an Schulen, Weinheim – München 1997.

26 Vgl. dazu z. B. Friedhelm Vahsen u. a., Jugendarbeit zwischen Gewalt und Rechtsextremismus, Hildesheim u. a. 1994; Kurt Möller, Pädagogische Strategien im Umgang mit rechtsextremen Orientierungen Jugendlicher, in: Gerd Brenner/Benno Hafenecker (Hrsg.), Pädagogik mit Jugendlichen, Weinheim – München 1996, S. 159–171; Karin Böllert, Jugend und Gewalt. Möglichkeiten einer gewaltpräventiven Arbeit, in: neue praxis, 27 (1997) 4, S. 328–337; Lothar Böhnisch u. a., Das Aktionsprogramm gegen Aggression und

Schon aufgrund ihrer zahlreichen Forschungsaktivitäten ist auch die Wissenschaft, insbesondere in Form der Gewaltforschung, in den Diskurszyklus „Jugend und Gewalt“ involviert. Dabei hat sie durch ihre empirischen Befunde nicht nur viel zur Versachlichung der Gewaltdebatte beigetragen, sondern auch der pädagogischen Diskussion neue Impulse verliehen<sup>27</sup>. Gleichzeitig sieht sie sich aber auch mit einer Reihe forschungsmethodischer Probleme konfrontiert, die die Erforschung von „Gewalt“ kompliziert gestalten<sup>28</sup>. So ist zum Beispiel durch die – infolge der öffentlichen Thematisierung von Gewaltphänomenen – eingetretene allgemeine Sensibilisierung gegenüber „Gewalt“ kaum feststellbar, ob es sich tatsächlich um qualitativ neue Phänomene handelt oder ob auf Gewalt nur empfindlicher reagiert wird. Andreas Böttger spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem „Medien-Forschungs-Kreislauf“, bei dem die Aufmerksamkeit der Jugendlichen durch einseitige Medienberichte vorstrukturiert wird, so daß diese bei Jugendbefragungen ein höheres Maß an beobachteter Gewalt angeben<sup>29</sup>.

Zurück zum Diskurszyklus: Irgendwann ist ein Problem lang genug strapaziert worden, kaum einer kann mehr etwas darüber hören, das Interesse erlahmt. So erging es – etwa Mitte der neunziger Jahre – der Gewaltdebatte (zumindest zeitweise). Die „Medienkarawane“ zog weiter und suchte sich neue Themen. Die ‚Karriere‘ des Problems „Jugendgewalt“ war vorerst beendet (*Phase VI* – vgl. die Abbildung). Zurückgeblieben waren

---

Gewalt. Die wissenschaftliche Begleitung, Münster 1997. Zur gesamten Problematik vgl. ausführlich Wilfried Schubarth, Analyse und Prävention von Gewalt. Der Beitrag interdisziplinärer Forschung zur Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe, Habilitationsschrift, Technische Universität Dresden 1998.

27 Vgl. auch Rainer Kilb, Ein Einblick in die Gewaltdiskussion, die Gewaltforschung und die „neuen“ Ansätze pädagogischer Arbeit mit Gewalt, in: Jens Weidner/Rainer Kilb/Dieter Kreft (Hrsg.), Gewalt im Griff, Weinheim – Basel 1997; Klaus-Jürgen Tillmann, Gewalt an Schulen: öffentliche Diskussion und erziehungswissenschaftliche Forschung, in: H. G. Holtappels/W. Heitmeyer/W. Melzer/K.-J. Tillmann (Anm. 25), S. 11–25.

28 Vgl. dazu z. B. Friedhelm Neidhardt, Gewalt, Gewaltdiskussion, Gewaltforschung, in: Universität Bielefeld, Gesellschaftliche Entwicklung, wissenschaftliche Verantwortung und Gewalt, Bielefelder Universitätsgespräche und Vorträge 7, Bielefeld 1997, S. 19–28; Volker Krumm, Methodenkritische Analyse schulischer Gewaltforschung, in: H. G. Holtappels/W. Heitmeyer/W. Melzer/K.-J. Tillmann (Anm. 25), S. 63–79.

29 Andreas Böttger, Schule, Gewalt und Gesellschaft. Forschungsbericht, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Hannover 1996, S. 15. Ähnlich problematisch und umstritten ist bekanntlich auch die Aussagekraft von Kriminalstatistiken.

Ernüchterung und Enttäuschung ob der mangelnden oder unangemessenen Problemlösungsversuche.

Ob die Gewalt infolge der Gewaltdebatte weniger geworden ist oder ob seitdem mehr gegen Gewalt getan wird – darüber gibt die Gewaltdebatte ebenso wie der gesamte Diskurszyklus praktisch kaum Auskunft. Das Abklingen der Diskussion kann nicht mit einem Abflauen der Gewalt gleichgesetzt werden.

#### **4. Was hat die jüngste Gewaltdebatte für die Praxis, vor allem für den Bereich der Gewaltprävention, gebracht?**

Der Beitrag der *Massenmedien* ist in dieser Hinsicht wiederum recht zwiespältig zu sehen: Sie berichten – bei aller Differenzierung – lieber über Dinge, an denen die Öffentlichkeit (scheinbar) interessiert ist, als über Dinge, die im öffentlichen Interesse liegen (zum Beispiel Gewaltverminderung). Jedoch finden sich bei einem Teil der Medien in jüngster Zeit – neben Berichten über neue Forschungsergebnisse – auch verstärkt Darstellungen gelungener Ansätze und innovativer Modelle in der gewaltpräventiven Jugendarbeit, nicht nur in Deutschland. Diese konstruktive Tendenz gilt es zu fördern.

Auch der *Wissenschaft* kommt im Rahmen des Diskurses über Möglichkeiten der Gewaltprävention eine beachtliche Rolle zu. Dabei sind es weniger die direkten Wirkungen (zum Beispiel Politikberatung), auf die die Forscher verweisen können, sondern eher die längerfristigen, indirekten Wirkungen, etwa wenn wissenschaftliches Interpretationswissen in die öffentlichen Diskurse einfließt und zu einer „Verwissenschaftlichung“ des beruflichen wie persönlichen Alltags beiträgt<sup>30</sup>.

Dennoch muß gerade mit Blick auf die *Erfordernisse der gewaltpräventiven Arbeit in der Praxis*

---

30 Zur komplizierten Frage des Wissenschaft-Praxis-Transfers vgl. z. B. Lothar Böhnisch, Jugenddebatten und Verwertungsprobleme der Jugendforschung, in: neue praxis, 13 (1983) 3, S. 255–261; Ulrich Beck/Wolfgang Bonß (Hrsg.), Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens, Frankfurt am Main 1989; Christian Lüders, Jugendtheorie zwischen Banalität und Sinnstiftung. Über Modi des Umgangs mit jugendtheoretischem Wissen in Politik und Jugendarbeit, in: Heiner Drerup/Ewald Terhart (Hrsg.), Erkenntnis und Gestaltung. Vom Nutzen erziehungswissenschaftlicher Forschung in praktischen Verwendungskontexten, Weinheim 1990, S. 201–226; Klaus-Jürgen Tillmann, Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik. Analyse eines prekären Verhältnisses, in: ders., Schulentwicklung und Lehrerbearbeit. Nicht auf bessere Zeiten warten, Hamburg 1995, S. 121–139; W. Schubarth (Anm. 26).

konstatiert werden, daß nach wie vor ein großer Handlungsbedarf besteht. Vieles, was die Gewaltursachen und mögliche Handlungsansätze betrifft, war schon seit längerem bekannt. Dies wird zum Beispiel auch bei einem Rückblick auf die 158 Vorschläge der Gewaltkommission Ende der achtziger Jahre deutlich. Die Kluft zwischen Analyseergebnissen und Empfehlungen einerseits sowie Veränderungen in der Praxis der gewaltpräventiven Jugendarbeit andererseits ist nicht zu übersehen. Zudem ist ein Teil der initiierten Projekte durch Finanzknappheit zunehmend bedroht. Hier ist vor allem die Politik gefordert.

---

### III. Vom Konjunktur- zum Dauerthema? Fazit und Ausblick

---

Die bisherigen Ausführungen resümierend, lassen sich zumindest folgende drei Punkte festhalten:

1. Die „Karriere“ des Themas „Jugend und Gewalt“ in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatte weniger wissenschaftliche Gründe und ist auch weniger auf das Wirken sozialer Gruppen zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die Thematisierung durch die Medien, wobei sich das Gewaltthema als ein ideales konjunkturelles Medienthema eignet. Durch den medialen Druck wurde das gewaltauffällige Verhalten Jugendlicher zu einem „sozialen Problem“, worauf Politiker und Wissenschaftler reagieren „mußten“.

2. Die massenmedial dominierte Gewaltdebatte hat sowohl zu einem Boom in der Gewaltforschung als auch zu einer Popularisierung von Wissen über Gewalt (z. B. über Ursachen und Gegenmaßnahmen) sowie zu vielfältigen Aktivitäten in der schulischen wie außerschulischen Gewaltprävention geführt. Zwischen der Gewaltdebatte einerseits und der realen Gewaltentwicklung bzw. Fortschritten bei der Gewaltprävention andererseits besteht allerdings kein gesicherter Zusammenhang. Ein (vorläufiges) Ende der Gewaltdebatte bedeutet nicht automatisch weniger Gewalt, sondern nur, daß sich die Debatte (vorübergehend) erschöpft hat.

3. Politik reagiert auf die Thematisierung von Problemen – hier dem der „Jugendgewalt“ – mit stets

gleichen bzw. ähnlichen Handlungsmustern und Ritualen<sup>31</sup>. Da viele der von ihr ergriffenen Maßnahmen eher von symbolischer Bedeutung sind und nicht an den tiefer liegenden Wurzeln der Gewalt ansetzen (zum Beispiel wird eine grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse Jugendlicher, insbesondere der benachteiligten unter ihnen, nicht in Angriff genommen), kann die Debatte um „Jugend und Gewalt“ – ähnlich wie in dem eingangs angeführten Hollywood-Film – durchaus als „Schein(heilige)-Debatte“ bezeichnet werden.

In letzter Zeit haben sich die Berichte der Medien über „Jugendgewalt“ – genauer: „Jugendkriminalität“ (als mögliches neues Etikett) – wieder verstärkt. Dies geht einher mit reißerischen Titeln und Schlagzeilen, wie sie bisher meist nur aus Boulevard-Blättern bekannt waren, selbst in eher seriösen Zeitungen<sup>32</sup>.

Ob mit diesen jüngsten Berichten ein neuer Diskurszyklus zu „Jugendgewalt“ eingeleitet oder dieses Thema gar zu einem Dauerthema avancieren wird, läßt sich vorerst noch nicht sagen. Die (selbst-)kritische Reflexion der mit der Thematisierung von „Jugend und Gewalt“ verbundenen Interessen und der Blick auf bisherige vergleichbare Diskurszyklen bleiben auf jeden Fall angeraten<sup>33</sup>. Das könnte auch dazu beitragen, zu einem sachlich-konstruktiven Umgang mit „Jugendgewalt“ – fernab von Dramatisierung oder Bagatellisierung<sup>34</sup> – zu finden. Vielleicht wird dann auch die Alltagserfahrung vieler Jugendlicher widerlegt, nur dann von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, wenn sie Probleme *machen* und nicht, wenn sie Probleme *haben*.

31 Vgl. Das Parlament (Anm. 22), S. 9.

32 Vgl. z. B. „Tyrannen in Turnschuhen“, „Wohin mit den Horror-kids?“ (jeweils Spiegel special 12/1997); „Monster und Vandalen an den Schulen?“ (Sächsische Zeitung vom 31. Januar/1. Februar 1998); „Schule brutal. Erpressung, Prügel, Terror – an deutschen Schulen ist die Hölle los“ (Focus 10/1998); „Der Krieg der Jugendlichen“ (Süddeutsche Zeitung vom 23. März 1998); „Die kleinen Monster“, „Der Krieg der Kinder“ (jeweils Der Spiegel 15/1998); „Nehmt die Vandalen in die Pflicht!“ (Die Zeit vom 8. April 1998).

33 Eine gute Orientierung hierfür gibt Bertolt Brecht mit seinen Fragen: Wem nutzt es? Wem zu nutzen gibt es vor?

34 Auch zur Bagatellisierung des Gewalthandelns Jugendlicher besteht kein Anlaß, wie die zahlreichen Untersuchungen der letzten Jahre gezeigt haben. Vgl. z. B. Wilfried Schubarth/Fritz Ulrich Kolbe/Helmut Willems, Gewalt an Schulen. Ausmaß, Bedingungen und Prävention, Opladen 1996; Forschungsgruppe Schulevaluation, Gewalt an Schulen als soziales Problem. Die Dresdner Studie, Opladen 1998.

# Jugend – Gewalt – jugendpolitischer Umgang

Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt

## I. Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt

Im Mai 1991 veranstaltete das Bundesministerium für Frauen und Jugend eine hausinterne jugendpolitische Konferenz. Die damalige Ministerin Angela Merkel zeigte sich über den Anstieg von Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten von ostdeutschen Jugendlichen mit offenbar rechtsextremistischem Hintergrund stark beunruhigt und beauftragte nach den Beratungen das zuständige Fachreferat, sozialpädagogische Handlungsmöglichkeiten zu prüfen und ein erstes Konzept jugendpolitischen Handelns in Form eines Modellprogramms für die neuen Bundesländer zu entwickeln<sup>1</sup>.

Während es zunächst die fachlichen und fachpolitischen Rahmenbedingungen festzulegen galt, weshalb Fachkonferenzen, Anhörungen durch unterschiedliche Bundestagsausschüsse und Vorgespräche mit den kommunalen Jugendämtern erfolgten, spitzten sich die öffentlich wirksamen Ereignisse zu. Die Ausschreitungen in Hoyerswerda warfen nicht nur ein Licht auf die hohe Dunkelziffer von Sympathisanten, sondern ließen vermehrt Stimmen laut werden, die ein möglichst restriktives Durchgreifen des Staates forderten. In dieser öffentlich aufgeladenen Situation war es von besonderer Bedeutung, daß das Programm bereits einen „fachinternen“ Vorlauf hatte und sich die Beteiligten und Verantwortlichen auf die Notwendigkeit eines sozial integrierenden Handelns für gewaltbereite Jugendliche verständigt hatten.

Die fachlichen Vorgespräche hatten zwar gezeigt, daß die Sozialwissenschaften nur unzureichende Erklärungszusammenhänge für das Phänomen der Gewaltbereitschaft in den neuen Ländern boten

und die wenigen praktischen Erfahrungen aus der Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen im Westen des Landes sich wohl nicht nahtlos auf die Situation in den neuen Ländern übertragen lassen würden. Dennoch zeichneten sich in den zahlreichen Diskursen erfolgversprechende Wege ab. So wurde als erstes deutlich, daß ein Programm gegen Jugendgewalt in den neuen Ländern nicht nur ein zielgruppenorientiertes, sondern ein im weitesten Sinne jugendpolitisches Programm sein mußte. Der Versuch, Jugendhilfe zur Bearbeitung dieses Problems zu aktivieren, konnte nur dann gelingen, wenn den besonderen historischen und jugendhilfepolitischen Ausgangsbedingungen Rechnung getragen wurde und das Programm gleichzeitig auch die Funktion erhielt, leistungsfähige Strukturen der Jugendhilfe aufzubauen. Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) erhielt somit zwei Aufträge: Jugendhilfestrukturen in den neuen Ländern mit aufbauen zu helfen und Projekte der Jugendarbeit für gewaltbereite sowie gewalttätige Jugendliche zu entwickeln.

Es wurde ebenfalls deutlich, daß mit dem Betreten von Neuland in fachlicher wie auch struktureller Hinsicht das klassische Verfahren des „top down“, mit dem bisher Modellprojekte durchgeführt wurden, untauglich sein würde. Es gab keinen isolierten Interventionsansatz, der allgemeingültig hätte vorgegeben werden können, und die lokalen Ausgangsbedingungen – vom Vorhandensein potentieller Träger bis hin zur Arbeitsfähigkeit einzelner Verwaltungsebenen – waren extrem unterschiedlich. Fachlicher Konsens war, daß es im AgAG auch nicht darum gehen konnte, Handlungsansätze, Strukturen und Konzeptionen der Jugend-(sozial)arbeit zu transformieren und durch „alternative“ Ansätze zu ersetzen, sondern diese vielfach erprobten Maßnahmen für neue Problemkonstellationen zu öffnen und auf sie anzuwenden, also eine Strategie der inneren Entwicklung anstelle einer äußeren Differenzierung zu betreiben.

So war es folgerichtig fachlich vernünftig, die Arbeit im Rahmen des AgAG dezentral zu konzipieren und vorzubereiten. Im Kern hieß dies, daß die Definition der Problemlagen und die Erarbei-

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen Fuchs, Wie ein Programm entsteht, in: Irina Bohn/Jürgen Fuchs/Dieter Kreft (Hrsg.), Materialiensammlung aus der öffentlichen Diskussion, Buchreihe zum Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Band 3, Münster 1997, S. 15–25.

tung darauf abgestimmter Handlungskonzepte in den lokalen Zusammenhängen erfolgen sollte. Der Bund stattete deshalb im Rahmen des AgAG die Länder und diese ihrerseits die Kommunen verantwortlich mit den notwendigen finanziellen Mitteln aus und unterstützte die Arbeit vor Ort mit einer Reihe fachlicher Zusatzleistungen. Damit folgte das AgAG nicht der bisher gewohnten Förderlogik, einzelne große freie Träger mit der Durchführung von Modellprogrammen zu beauftragen, sondern das Programm förderte und stärkte in voller Absicht die Handlungsfähigkeit der Länder und Kommunen.

Das AgAG begann zum 1. Januar 1992 und wurde als bundesfinanziertes Modellprogramm für eine Laufzeit von zunächst drei Jahren – bis zum 31. Dezember 1994 – durchgeführt. Hiernach erfolgte für zwei weitere Jahre eine durch Bund, Länder und Gemeinden finanzierte Fortführung.

Im Rahmen des AgAG wurden während der ersten Modellphase – 1992/1994 – insgesamt 124 Projekte gefördert<sup>2</sup>. In der zweiten Modellphase – 1995/1996 – gelang ein nahezu bruchloser Übergang in die Komplementärfinanzierung; die Anzahl der Projekte reduzierte sich lediglich auf 122. Mit dem Auslaufen der Bundesförderung zum 31. Dezember 1996 stellte sich zunächst die Frage, ob ein Großteil der Projekte in die Regelfinanzierung übernommen werden und der Auftrag des AgAG, Strukturen der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern mitaufzubauen zu helfen, erfolgreich sein würde. Dies gelang: Insgesamt 108 dieser 122 AgAG-Projekte wurden auch im Jahr 1997 – meist von Ländern und Kommunen gemeinsam finanziert – fortgeführt.

Etwa 80 Prozent dieser Projekte sind bei freien Trägern angesiedelt, von denen wiederum mehr als die Hälfte kleine freie Träger – also aus Initiativen entstandene Vereine – sind. Damit hat das AgAG auch zum Aufbau einer pluralen Trägerstruktur in den Standortregionen beigetragen. Zahlreiche Träger, die 1992 im AgAG als kleine freie Initiativen ihre Arbeit aufnahmen, haben sich mittlerweile in der Trägerlandschaft etabliert.

In den AgAG-Projekten arbeiteten rund 150 durch das AgAG finanzierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Qualifikationsprofil dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war doppelsäulig: Jeweils etwa 40 Prozent verfügten entweder über

eine soziale und pädagogische oder eine spezifische handwerkliche Ausbildung.

Das AgAG hat sich als Programm nicht ausschließlich an gewalttätige Jugendliche gerichtet, sondern hat auch insbesondere sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche gezielt angesprochen. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden vom AgAG etwa 6500 Jugendliche erreicht. Es waren Jugendliche aller Altersgruppen, wobei in den ersten Jahren ein Schwerpunkt bei Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren auszumachen war. Seit 1993 werden in 80 Prozent aller Angebote des AgAG immer mehr Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren betreut<sup>3</sup>. Die Jugendlichen waren in der Hauptsache Schüler und Auszubildende. Arbeitslose Jugendliche machten nur zu einem geringen Anteil, maximal zu etwa 25 Prozent in einzelnen Angebotstypen (Jugendclubs/Einzelfallhilfe), die Zielgruppe des AgAG aus. Die Projektmitarbeiterinnen und Mitarbeiter urteilen, daß zahlreiche Kinder und Jugendliche in ihren Projekten aus schwierigen familiären und sozialen Umfeldern stammen. Arbeitslosigkeit der Eltern, Armut, Gewalt, Alkoholmißbrauch und gestörte familiäre Beziehungen sind Problemlagen, die zahlreiche Jugendliche treffen und die symptomatisch in Schulproblemen, zunehmendem Drogenkonsum und delinquentem Verhalten münden. Die Jugendlichen seien perspektivlos und resigniert, ihnen fehle es an Gelegenheit, ein positives Selbstbild und Selbstvertrauen zu entwickeln. Obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die psychosozialen Problemlagen der Jugendlichen als gravierend beschreiben, sehen sie dennoch positive Veränderungen bei den Jugendlichen, die sie zwischen 1992 und 1996 betreut haben. Die Jugendlichen seien heute selbstverantwortlicher und hätten ein größeres Interesse an einer eigenständigen Gestaltung ihrer Lebensperspektiven. Aggressionen und Gewalthandlungen, sei es gegen Personen oder in Form von Sachbeschädigungen, seien deutlich zurückgegangen. Die Jugendlichen würden zunehmend die Folgen ihres Verhaltens abschätzen und Gewalthandlungen immer seltener gutheißen<sup>4</sup>.

Für die Arbeitsansätze der Projekte war und ist charakteristisch, daß sie die gesamte Bandbreite der Jugend- und Jugendsozialarbeit umfassen und in mannigfaltiger Weise miteinander verschränkt werden. Sie reichen von aufsuchender Jugendarbeit, Begegnung, Beratung, betreutem Wohnen,

3 Vgl. ebd.

4 Vgl. Irina Bohn, Endbericht zur 2. Laufzeit des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt, in: ISS-Aktuell, (1997) 37, S. 33.

Einzelfallbetreuung, Erlebnispädagogik, Fan-Arbeit, Fahrten, Freizeit- und Sportangeboten, Gruppenarbeit über Informationsangebote, Jugendclubs, Angeboten für Mädchen, Medien- und Kulturarbeit bis hin zu sozialen Trainingskursen, Werkstatt- und Arbeitsangeboten. Konkret bedeutete dieses breite Angebot an Handlungsansätzen, daß ein Jugendlicher in einem AgAG-Projekt den Jugendclub täglich mit seiner Clique nutzen konnte, Mittwochs zum Fußball-Training kam, einen Notschlafplatz fand, wenn es zu Hause mit den Eltern Konflikte gab, und vermittelnde Unterstützung durch die Sozialarbeiterin oder den Sozialarbeiter bei Problemen im Ausbildungsbetrieb erhielt. Kein Projekt im AgAG arbeitete ein-dimensional: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren bestrebt, möglichst viele Hilfen aus einer Hand vorzuhalten, um den vielschichtigen Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht zu werden, also lebensweltorientiert und ganzheitlich zu arbeiten.

Um die Projektarbeit im AgAG zu flankieren, hat das AgAG ein Unterstützungssystem geschaffen, durch das sich kommunikative Strukturen von der Projektebene über die fachliche Steuerungsebene bis hin zur politischen Spitze etablieren konnten. Auf diese Weise wurde sichergestellt, daß bei aller Heterogenität innerhalb des Programms die Ausrichtung am gemeinsamen Auftrag gewährleistet blieb. Die Projekte vor Ort wurden von Beratern und Beraterinnen sozialpädagogischer Institute in ihrer Arbeit unterstützt. Diese suchten die Projekte regelmäßig vor Ort auf und etablierten gemeinsam mit den Projektmitarbeiterinnen und Mitarbeitern regionale und länderbezogene Projektplenen, in denen ein fachlicher Austausch und kollegiale Beratung erfolgte. Die Beraterinnen und Berater selbst und die sozialpädagogischen Institute<sup>5</sup>, die für die fachliche Umsetzung des Programms verantwortlich waren, sind wiederum über das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., das die fachliche Gesamtkoordination des Programms wahrnahm, verbunden und haben sich regelmäßig über die fachliche Ausrichtung ihrer Arbeit verständigt<sup>6</sup>. Eine große Bedeutung hat im AgAG die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingenommen. Der Infor-

mations-, Fortbildungs- und Forschungsdienst Jugendgewaltprävention des Vereins für Kommunalwissenschaften in Berlin hat in den fünf Jahren seiner Tätigkeit insgesamt 371 Seminare mit 5700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Publikationen und Fachtagungen rundeten die flankierenden Maßnahmen des AgAG ab.

---

## II. Der gesellschaftspolitische Hintergrund des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt

---

In seiner Geschichte des neuzeitlichen Zivilisationsprozesses arbeitet Norbert Elias heraus, daß die fortschreitende „Zähmung“ der Gewalt, die Delegitimierung „privater“ Gewalt und ihre Unterstellung unter das rechtlich gebundene (und begrenzte) Gewaltmonopol des Staates, nicht nur eine Basisvoraussetzung des modernen Staates, sondern vor allem eine Grundbedingung für das Voranschreiten des Zivilisationsprozesses darstellt, wie wir ihn kennen<sup>7</sup>. Das Wiederaufflackern privater Gewalthandlungen und das bewußt provozierte und in Frage gestellte Gewaltmonopol des Staates werfen deshalb – wo immer solche Erscheinungen in der neuesten Geschichte auftreten – eine ganze Fülle von komplexen Fragen auf und lösen eine tiefgreifende öffentlich-politische Beunruhigung aus. Dies war auch der Fall, als kurz nach der Hochstimmung der deutschen Vereinigung Gruppen von jungen Menschen in den neuen Bundesländern mit Übergriffen, Zerstörungen, Brandstiftungen und Gewalthandlungen gegen Minderheiten auf sich aufmerksam machten und damit die Schlagzeilen der Nachrichten und der Medien beherrschten.

Angesichts der tiefreichenden Ächtung willkürlicher Privatgewalt im Zivilisationsprozeß führt das Erleben von Gewalt im menschlichen Zusammenleben allein schon zu tiefer emotionaler und öffentlicher Verunsicherung, wird als Bruch „zivilisierter“ Umgangsregeln, als „Rückfall“ ins „Wilde“, „Nichtzivilisierte“ verstanden. Da die Instanzen der Erziehung (vor allem Familie und Schule, aber auch Jugendarbeit und Jugendhilfe) es im persönlich-privaten Bereich und die öffentliche Gewalt (Politik und Staat bzw. Polizei) es im großen Zusammenhang übernommen haben, jede neue Generation in das System existierender

<sup>5</sup> Beratergruppe am Landesjugendamt Brandenburg; Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart; Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung, Hannover; Institut für Soziale Praxis des Rauhen Hauses, Hamburg; Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt am Main; Sozialpädagogisches Institut, Berlin.

<sup>6</sup> Vgl. Irina Bohn, Das AgAG: Ein vorläufiges Fazit über Praxis und Erfolge eines Sonderprogramms, in: Jugendhilfe, (1996) 1, S. 29.

<sup>7</sup> Vgl. Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Frankfurt am Main, 1997<sup>16</sup>.

Regeln der Zivilisation und Gewaltlosigkeit einzu- binden bzw. die öffentliche Ordnung der Gewalt- freiheit als allgemein verbindlichen Rahmen des Verhaltens zu garantieren, kommt es in solchen Situationen sofort zu Schuldzuweisungen und Ver- sagensvermutungen:

- Die *These vom Versagen der Erziehungsinstitu- tionen* wird aufgeworfen<sup>8</sup>. Diese hätten – aus welchen Gründen auch immer – es nicht ver- mocht, jene Werte und Normen zu vermitteln und einzuüben, die das Ideal der Gewaltlosig- keit stützen. Zu allermeist werden Erziehungs- defizite, entweder ein genereller Mangel an Erziehung (durch Sich-nicht-Kümmern, durch Unvollständigkeit der Familie, durch ein Zuwenig an Zuwendung) oder eine zu „lasche“ Erziehung (mit zu weit gehenden Freiheiten, zu wenig Führung und Vorbild, zu „liberalem“ Erziehungsstil), unterstellt. Die Folge seien Gefühle von Unausgefülltsein, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, von offener Sinnsuche. Und ungeachtet der Grenzen, die jeder Erzie- hung gesetzt sind, werden Erziehungskam- pagnen gefordert: Nur eine offensive Anti- Gewalt-Erziehung in Elternhaus, Schule und Jugendarbeit (die man nach solcher Meinung bisher schuldig geblieben sei) könne die gewaltbereiten Jugendlichen wieder auf den Weg der Zivilisation zurückführen.
- Die *These vom Politikversagen (Staatsversagen)* wird formuliert<sup>9</sup>. Jugendgewalt sei die Folge eines Glaubwürdigkeitsdefizits der Politik, besonders der Parteien als Organisationen der politischen Willensbildung. Politik habe darin versagt, die Protest- und Unzufriedenheitspo- tentiale rechtzeitig zu identifizieren, zu kana- lisieren und zu integrieren. Angesichts von Anpassungskrisen, von Arbeitslosigkeit und neuen Randgruppen habe die Politik ein Gerechtigkeitsdefizit, könne sie soziale Inte- gration für alle nicht mehr garantieren, was aber Voraussetzung für ein gewaltloses Zusam- menleben sei. Andererseits habe sich der Staat „zu lange“ als schwacher Staat dargestellt, der zögere, sein Gewaltmonopol kräftig (und wenn es sein muß, „mit Gewalt“) durchzusetzen. Überhaupt traue man dem Staat, der Staats- macht, nur wenig Handlungsfähigkeit zu. Er

8 Vgl. Beate Scheffler, Trau keiner/m unter 30 – Brauchen wir eine neue Revolte?, in: Die Grünen (Hrsg.), Halbzeit. Zweieinhalb Jahre Grüne im Landtag NRW, Düsseldorf 1992, S. 47–49; Claus Leggewie, Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität, in: Die Zeit, Nr. 10 vom 5. 3. 1993, S. 93.

9 Vgl. „Man muß was Wildes machen“, Der Spiegel, Nr. 17 vom 26. 4. 1993, S. 75–83.

habe nur lange „geduldet“, beobachtet, zu lasche Grenzen gezogen, zu milde gestraft, zu wenig abgeschreckt. Deshalb sei die Verschär- fung der Strafbedingungen zu fordern und die Verstärkung der Polizei. Der Staat müsse – wieder – ein starker Staat werden.

Solche – hier recht grob und idealtypisch beschrie- benen – Versagensvermutungen, von den einen lautstark vorgetragen, von den anderen vehement bestritten, wirken ihrerseits wieder verunsichernd. Sie wirken zumindest vordergründig wie eine Infragestellung der tragenden Konsensmehrheiten des zivilisierten Zusammenlebens. Es kann also nicht verwundern, wenn rund um die (Wieder-) Ausbrüche von öffentlich ausagierte Gewalt auf- geregte öffentliche Debatten entstehen<sup>10</sup>.

Das war auch der Fall, als nach der deutschen Einig- ung – zunächst in Ostdeutschland, später auch in Westdeutschland – öffentliche Gewalthandlungen von Gruppen Jugendlicher in die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit gerieten. Die sofort auf- geworfenen komplexen Fragen der oben skizzier- ten Art und die damit verbundenen Verunsiche- rungen finden sich in der Ausgangssituation, in der das AgAG entstanden ist und konzipiert wurde. Sie erhielten freilich über das schon Gesagte hin- aus eine besondere Note und ein spezifisches Thema: die besondere historische und gesell- schaftspolitische Konstellation der deutschen Ver- einigung, insbesondere ihre Folgen für die Biogra- phien und den Alltag sowie die Chancen und Risiken der Lebensbewältigung in Ostdeutschland.

Die damit verbundenen Fragen markieren Über- gänge zu einer Fülle von gesellschaftspolitischen Diskussionsfeldern und werfen Legitimationspro- bleme sowohl politischer als auch fachlicher Art auf.

Es ist zunächst wichtig, sich daran zu erinnern, daß die deutsche Vereinigung ohnehin schon Fragen nach dem politischen Status dieses größeren Deutschlands aufgeworfen hat. Die Furcht vor einer neuen „Großmacht“ Deutschland machte im Ausland, besonders bei manchen europäischen Nachbarvölkern, die Runde und weckte neues Mißtrauen, ob die Deutschen vor einem Rückfall in autoritäre Strukturen gefeit seien. In den aus- ländischen Medien wurden alte Ängste neu geschürt und Fragen wie z. B. „Kommt das Deut- sche Reich wieder?“, „Bleibt Deutschland das, was es war, nämlich ein Land, in dem das Bewußtsein lebendig bleibt, daß von den Deutschen großes

10 *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Bei- trag von Wilfried Schubarth in diesem Heft.

politisches und kriegerisches Unheil ausgegangen ist?“ aufgeworfen. In diese Phase der Unsicherheit fallen die rechtsextremen Ausschreitungen der Jugendlichen und vergrößern damit die Beunruhigungen, indem sie gleichsam das empirische Indiz für die Berechtigung jener Befürchtungen liefern.

Das AgAG hatte es also mit einem Problem zu tun, das nicht ausschließlich ein Jugendproblem war. Es warf vielmehr sofort auch das Problem der Legitimität dieser Gesellschaft, dieses Staates und der Beständigkeit der deutschen Demokratie auf. Die internationalen Reaktionen darauf, von der *Neuen Zürcher Zeitung* bis hin zur *Times*, die ein Themenheft zu Deutschland herausbrachte, sind beachtlich gewesen. Es ist später in manchen Fachdiskussionen kritisiert worden, daß das AgAG sich auf die Jugendlichen in den neuen Bundesländern konzentriert hat. Um dies zu verstehen und nachvollziehen zu können, muß der hier genannte außen- und gesellschaftspolitische Hintergrund in der Zeit nach der deutschen Einigung bewußt bleiben.

Aber es gibt darüber hinaus auch eine gleichsam innenpolitische Dimension dieser Fokussierung auf die neuen Bundesländer. Sie liegt darin, daß das Phänomen der Jugendgewalt in Ostdeutschland dem Verständnis der „Befreiung“, das mit der Vereinigung verbunden war, entgegensteht. Die Jugendlichen brachten mit ihren Auseinandersetzungen ein Problempotential an die Oberfläche, das den gängigen politischen Diskursen widersprach. Jugend hat ein gesamtgesellschaftliches Unbehagen artikuliert, das sich auf die Belastungen, Brüche, Verwerfungen und Kosten der Einigung bezog, das zumindest ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung im Osten zu tragen hatte und das aus dem Verlust an Orientierung, Sicherheit, aber eben auch an Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven resultierte. Die auffällig werdenden Jugendlichen handeln so in einem widersprüchlichen Sinn „doppelbödig“: Sie artikulieren und inszenieren ein weit verbreitetes Potential an Verunsicherung und realen Zukunftssorgen, auch an Frustrationen über den Verlust an früheren Sicherheiten und über die ungewohnten neuen Zwänge zu Eigeninitiative; sie schießen aber mit ihren Problemartikulationen weit über ein vertretbares Maß hinaus, setzen sich mit ihren Gewalthandlungen selbst ins Unrecht und verhindern so wiederum die politische Diskussion über die gesellschaftlich-historischen Ursachen ihres „Protests“. So erlauben die Ausschreitungen nur ein gleichsam „gebrochenes“ Verständnis, ziehen zugleich Verständnis und Abscheu auf sich, was die politische Aufarbeitung enorm erschwert.

Das legt an sich (wie frühere Erfahrungen in Westdeutschland mit Jugendprotest, Hausbesetzungen und Aussteigern zeigen) die „Verweisung“ der Problematik an die Jugendhilfe nahe. Im Falle des AgAG stellten sich jedoch auch hier besondere und ungewohnte Probleme. Ein im westdeutschen Sinne ausgestattetes und handlungsfähiges Jugendhilfesystem hat es ja in der Tradition Ostdeutschlands nicht gegeben. Jugendhilfeeinrichtungen als „latente Dienstleistungsbereitschaft“ standen nicht zur Verfügung, die alten Jugendhilfestrukturen der DDR waren politisch und von ihrem fachlichen Zuschnitt her delegitimiert und befanden sich in einem sehr belasteten und mühsamen Prozeß der Umgestaltung und des Neuaufbaus. Professionelle Kompetenz und fachliche Erfahrung, speziell in den Feldern präventiver und aufsuchender Arbeit, waren vergleichsweise knapp bemessen. Alle Kräfte schienen in dem Großprojekt „Aufbau von Jugendhilfestrukturen“ gebunden. Ob also ein leistungsfähiges Jugendhilfesystem zum Auffangen und „Bearbeiten“ der Probleme jugendlicher Gewaltbereitschaft zur Verfügung stünde oder ob es wenigstens möglichst rasch würde aufgebaut werden können, war keineswegs gewiß. Jeder Versuch, Jugendhilfe ins Spiel zu bringen, mußte deshalb diesen besonderen historischen, jugendhilfepolitischen Ausgangsbedingungen Rechnung tragen. Daß das Projekt AgAG nicht einfach ein sogenanntes „problemgruppenbezogenes“ Projekt war, sondern im eminenten Sinn eine jugendhilfepolitische Funktion anvisierte, daß es mit der Problembearbeitung zugleich leistungsfähige Strukturen der Jugendhilfe aufbauen wollte, wird überhaupt nur von daher verständlich.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß dieser komplexe, in vielfältige Politikbereiche hineinreichende Problemzusammenhang für die förderungspolitische Programmgestaltung eine völlig neue – so bisher nicht gekannte – Ausgangslage ergeben hat, von der aus neue, innovative Wege gesucht und erprobt werden mußten und in der – wenn überhaupt – nur eine offene, d. h. ebenfalls „komplexe“ Programmkonzeption einigermaßen Aussicht auf Erfolg bieten konnte. Das bedeutete nicht zuletzt, Risiken in Kauf nehmen zu müssen, die nicht (wie in der traditionellen Modellförderungspolitik üblich) durch eingrenzende Definition eines Handlungsbereichs oder -zieles, sondern nur noch durch laufende „Selbstbeobachtung“ und verständigungsintensive Binnenkommunikation in den Griff zu bekommen waren.

### III. Die Projektarbeit im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt

Als die Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt in die Praxis umgesetzt wurden, stand im Zentrum des Interesses die Frage, ob es möglich ist, mit Mitteln der Jugendarbeit gewalttätige und gewaltbereite Jugendliche zu erreichen. Bereits nach Ablauf des ersten Jahres konnte diese Frage positiv beantwortet werden. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern war es gelungen, Arbeitsbeziehungen zu den Jugendlichen einzugehen. In der Regel wurde zunächst über Ansätze der aufsuchenden Jugendarbeit (Streetwork) Kontakt zu den Jugendlichen aufgenommen, an den Orten, an denen sie sich aufhielten (z. B. Bushäuschen und Trinkhallen). Nach und nach ließen sich dann auch mit den Jugendlichen gemeinsame Unternehmungen planen, d. h. Wochenendfahrten organisieren oder regelmäßige Sport- oder Freizeitangebote durchführen. Diese Einstiegsphase in die Projektarbeit diente dem Aufbau verlässlicher Beziehungen zu den Jugendlichen und bot ihnen oftmals erstmalig alternative Freizeitbeschäftigungen zum „Rumhängen“ an. In dieser Phase zeigte sich auch, daß zahlreiche gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendcliquen auf Rivalitäten um öffentliche Räume zurückgingen, sich aber bereits zu tiefgreifenden „ideologischen Feindschaften“ verfestigt hatten.

Im nächsten Schritt der Projektarbeit erhielten die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Jugendclubs räumlich zu gestalten. In Regionen, in denen sich polarisierte Jugendcliquen gegenüberstanden, wurden zur Deeskalation den jeweiligen Cliquen eigene Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Jugendlichen nahmen an Baumaßnahmen teil, konnten hierüber zum Teil sogar eine Ausbildung abschließen; sie mauerten, zimmerten, strichen, gestalteten und belebten „ihre Räume“. Für die Jugendlichen war in dieser Zeit von Bedeutung, daß sie Gestaltungschancen wahrnehmen konnten, daß sie ein Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Club entwickelten und daß sie Alltagskompetenzen z. B. bei der Arbeitsorganisation oder den notwendigen gemeinsamen Aushandlungsprozessen erproben konnten.

Als die Clubs instand gesetzt und eingerichtet waren, stand die Projektarbeit vor einer Bewährungsprobe. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter galt es nun – angelehnt an den Bedürfnissen der Jugendlichen – zu entscheiden, welche rele-

vanten pädagogischen Prozesse eingeleitet werden, die schließlich in eine Gesamtkonzeption für das Projekt einfließen sollten. Trotz unterschiedlicher Handlungsansätze – einige Projekte setzten auf Gemeinwesenarbeit, andere auf Jugendkulturarbeit, andere wiederum auf offene Jugendarbeit – standen bei der Arbeit aller Projekte Lernerfahrungen in den Bereichen Alltagsstrukturierung und Kommunikation im Mittelpunkt. Die Jugendlichen lernten, ihren Alltag sinnvoll zu gestalten und ihre Freizeit selbständig zu organisieren. Die Projekte sahen aber ihre Aufgabe in dieser Zeit vor allem darin, die Jugendlichen für ihre Mitmenschen zu öffnen und aus dem insularen Jugendclub-Dasein herauszuführen. Hierzu wurden bspw. Stadtteilstefen organisiert und Fußballturniere mit „rivalisierenden Jugendcliquen“ durchgeführt; außerdem wurde die Streetwork wieder aufgenommen, um auch andere Jugendliche an die Angebote der Clubs heranzuführen. Diese Phase war für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter äußerst schwierig: Die Jugendlichen stellten die Loyalitätsfrage, sie provozierten, rieben sich an den Erwachsenen und mußten in vielen Diskussionen auszuhalten lernen, daß ihre Betreuerinnen und Betreuer divergierende Werthaltungen formulierten und sie mit diesen auch konfrontierten. In dieser Zeit wurden Regeln des demokratischen Miteinanders in den Projekten formuliert und erprobt.

Hiernach ging die Projektarbeit in eine eher unspektakuläre, aber doch pädagogisch zentrale Phase über. Nun rückten die Lebensschicksale der einzelnen Jugendlichen, ihre persönlichen Problemlagen in den Vordergrund. Die Beziehungen zu den Pädagoginnen und Pädagogen waren ausreichend stabil, um Schwächen und Ängste preiszugeben, Hilfe einzufordern. In dieser Zeit entwickelten die Projekte ihre typische Angebotsstruktur, die darin bestand, möglichst umfassende, alltagsnahe und versorgende Hilfen für die Jugendlichen bereitzustellen. Konkret heißt dies, daß die Jugendlichen nicht nur ihre Freizeit in den Jugendprojekten verbringen konnten, sondern daß sie Angebote vorübergehender existentieller Grundabsicherung (wie z. B. Mittagstische, schulische und berufliche Hilfen in Krisensituationen, Notunterkünfte, betreutes Wohnen) erhielten. Ebenso wichtig war die gebrauchswert- und ausbildungsorientierte Ausrichtung der Angebote, also das Erlernen manueller Fertigkeiten in Bauprojekten, Fahrrad- und Motorradwerkstätten, Führerscheinkursen oder Holzwerkstätten.

In die offene Jugendarbeit im Rahmen des AgAG wurden aber auch spezifische Leistungen der

erzieherischen Hilfen wie u. a. soziale Gruppenarbeit, intensive Sozialpädagogische Einzelfallhilfe oder Betreuungshilfen integriert. Diese auf den Einzelfall und die Gewährleistung des Wohls des Kindes oder Jugendlichen hin ausgerichteten Hilfen werden im westlichen Jugendhilfesystem von spezialisierten Diensten durchgeführt und bedeuten in der Regel auch immer eine getrennte Betreuung eines jungen Menschen im Hinblick auf seine Freizeitgestaltung und die Lösung erzieherischer Probleme. Im AgAG nahmen die Pädagoginnen und Pädagogen solche speziellen Aufgaben im Rahmen ihrer Tätigkeit als Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter wahr. Damit gelang es ihnen, die Jugendlichen sowohl in ihrem sozialen Umfeld als auch hinsichtlich individueller Problemlagen pädagogisch zu begleiten. Hierzu gehörten in einzelnen Fällen auch Leistungen der Jugendgerichtshilfe wie die Vorbereitung, Begleitung zu Gerichtsverhandlungen oder die Gestaltung und Erfüllung gerichtlicher Auflagen.

Für die Jugendlichen hatte diese – als flexible Jugendarbeit bezeichnete – Form der Projektarbeit entscheidende Vorteile. Der Einstieg in intensive, ihre persönliche Entwicklung betreffende Hilfen wurde ihnen über den „unverbindlichen“ Freizeitbereich erleichtert. Gleichzeitig waren sie nicht gezwungen, aus ihrer Clique, ihrem gewohnten Umfeld herauszutreten, um eine Lösung individueller Problemlagen zu suchen. Die Pädagoginnen und Pädagogen waren zuständig für alle Alltagsorgen – egal, ob sie familiäre, schulische, berufliche, strafrechtliche oder psychologische Ursachen hatten. Unter Inanspruchnahme dieser unterschiedlichen Unterstützungs- und Hilfsangebote konnte sich dann auch die Mehrzahl der Jugendlichen stabilisieren und aus der Selbstgefährdungsspirale gewalttätigen delinquenten Handelns heraustreten.

---

#### IV. Der fachliche Ertrag des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt

---

Nach fünf Jahren Projektarbeit im AgAG läßt sich folgendes bilanzieren: Neue Ansätze der Jugendarbeit sind im Rahmen des Programms nicht entwickelt worden. Es sind aber – nimmt man den Blickwinkel der etablierten westlichen Jugendarbeit ein – entscheidende *Prozesse der Neugewichtung von Handlungsansätzen* in der Jugendarbeit und insbesondere auch der *Neuorganisation des*

*Zusammenwirkens des Jugendhilfesystems* vollzogen worden. So können wir von einem innovativen Konzept der Jugendarbeit sprechen, nicht aber von genuin neuen Ansätzen.

#### 1. Innovative Handlungsansätze im AgAG

Für die Projektarbeit im AgAG zeichnet sich eine Form flexibler Angebotsgestaltung ab, die die gewohnte Parzellierung der Jugendhilfeleistungen nach Aufgabenfeldern und Institutionen aufhebt. Ausgehend von einer Plattform aufsuchender und offener Jugendarbeit, werden in das Handlungsspektrum der AgAG-Projekte Arbeitsansätze integriert, die nicht klassischerweise zum Repertoire der offenen Jugendarbeit (z. B. Sportangebote oder Leistungen aus den Handlungsfeldern der Hilfen zur Erziehung/Jugendberufshilfe/Jugendberatung) gehören. So kann festgestellt werden, daß ein grundlegender Paradigmenwechsel stattgefunden hat: Ausgangspunkt der Angebotsgestaltung der AgAG-Einrichtungen sind die Jugendlichen und ihre Bedürfnisse. Unabhängig von einer rechtlichen oder institutionellen Versäulung der Jugendhilfe oder anderer angrenzender Bereiche bieten die Projekte cliquen- oder auch einzelfallbezogen die Angebote und Hilfen an, die den jeweiligen Notwendigkeiten, Interessen und Problemen der Jugendlichen entsprechen. *Damit hat eine Entwicklung von der Einrichtungs- zur Angebotsorientierung stattgefunden:* Statt Jugendliche entsprechend den gewünschten und notwendigen Angeboten und Hilfen in einzelne Einrichtungen zu verweisen, haben die Projektmitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Ansätze in ihre eigene Einrichtung hereingeholt. Diese besondere Kombination von Freizeitangeboten mit spezifischen individuellen Hilfen sind für Jugendliche attraktiver als einzelne isolierte Maßnahmen; sie sind darüber hinaus ein geeignetes Mittel, um schwierige, gewaltbereite Zielgruppen und Jugendliche mit multiplen Gefährdungspotentialen zu erreichen.

#### 2. Innovative Formen der Leistungserbringung im AgAG

Im Rahmen des AgAG wurde eine Form der Projektarbeit umgesetzt, die als *gemeinwesen- und sozialraumorientiert* bezeichnet werden kann. Gemeint ist damit eine professionelle Arbeitshaltung, die einen ständigen Wechsel zwischen den Ebenen sozialpädagogischer Arbeit und fachpolitischer Orientierung voraussetzt sowie eine komplementäre Organisation bzw. Zusammenarbeit von Angeboten und Diensten im lokalen Raum ermöglicht.

Auch wenn dieser Ansatz nicht als „Neuschöpfung“ des AgAG gelten kann, so sind dennoch die Intensität, mit der er betrieben wurde, und die Tatsache, daß dieser Handlungsansatz nicht als Zusatz, sondern als integraler Bestandteil der Projektarbeit verstanden wurde, bemerkenswert. Angeleitet durch die Beraterinnen und Berater haben die Projektmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Verständnis für ihre Arbeit entwickelt, das auch eine *sozialpolitische Vertretung der Interessen* der Kinder und Jugendlichen miteinschließt. Sie sind in zahlreichen Arbeitskreisen, Projektleuten, auch Jugendhilfeausschüssen aktiv geworden, um für die Interessen von Kindern und Jugendlichen einzustehen und ihre spezifischen Lebensbedingungen, die Ausgrenzungs- und Benachteiligungsrisiken deutlich werden zu lassen.

### 3. Innovative Organisationsformen im AgAG

Der hohe Grad an Vernetzung, den die AgAG-Projekte erreicht haben, ist ein Qualitätsmerkmal flexibler sozialer Arbeit, ohne das eine solchermaßen ausgerichtete Arbeit nicht gelingen kann. Wesentlich für die Beurteilung der Vernetzung als innovative Form der Organisation von Jugendhilfeleistungen ist aber weniger die Intensität der Zusammenarbeit als vielmehr die Zusammensetzung der Kooperationspartnerinnen und -partner. Im Rahmen der Projektarbeit des AgAG ist es nämlich oftmals gelungen – und dies ist in der Tat ein qualitativer Sprung –, *handlungsfeld- und teilsystemübergreifende Formen der Zusammenarbeit* zu institutionalisieren. So war es u. a. in zahlreichen Arbeitszusammenhängen möglich, ein gewinnbringendes Miteinander zwischen öffentlichen und freien Trägern, zwischen Jugendhilfe und Polizei/Justiz, zwischen Jugendprojekten und den Allgemeinen Sozialen Diensten, Bildungseinrichtungen oder auch privaten Unternehmen u. v. a. m. umzusetzen.

Das zentrale Kriterium ist also, daß ein Ausbau des vor- bzw. nichtpädagogischen Bereichs stattgefunden hat (Öffnen von Schulhöfen/Turnhallen; Zugang zu gewerblichen Anbietern, zur Polizei, zur Städteplanung und anderen Arbeitsfeldern). Jugendhilfe versteht sich somit nicht als dritte – parzellierte – Sozialisationsinstanz und begrenzt sich auch nicht auf die systemimmanenten Ressourcen.

### 4. Innovatives Professionalitätsverständnis im AgAG

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AgAG haben 1992 zum größten Teil ohne pädagogische

Ausbildung ihre Arbeit mit den Jugendlichen aufgenommen. Geleitet von dem Wunsch, Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen zu helfen, haben sie sich in Settings sozialarbeiterischer Intervention begeben, für die es keine gesicherten Vorgaben gab. So deckte sich zunächst einmal das Fehlen erlernter fachlicher Handlungsstrategien mit dem faktischen Nichtvorhandensein sicherer methodischer Ansätze der Jugendhilfe für diese spezielle Problemlage von Jugendlichen. Diese Ausgangssituation hat aber eben auch nicht dazu verleitet, vermeintliche Sicherheit in den Handlungsansätzen zugrunde zu legen und einen methodenzentrierten Zugang zu den Jugendlichen zu wählen. Ganz im Gegenteil hierzu war es statt dessen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglich, sich „an den Jugendlichen“, ihren Bedürfnissen, Interessen und Problemen zu orientieren und die Angebote am Verständnis der Situation der Jugendlichen auszurichten. Diese ganzheitliche Herangehensweise an Jugendliche verlangt, sich nicht als sozialarbeiterischen Spezialisten zu verstehen, sondern als Generalisten mit einem sicheren Gespür für die Gratwanderung zwischen methodischer Offenheit und Flexibilität einerseits und Beliebigkeit andererseits. Eine solchermaßen ausgerichtete Arbeit verlangt aber eben auch ein Professionalitätsverständnis, das sich nicht an methodischer Sicherheit orientiert, sondern daran, „die Problemlagen von Jugendlichen richtig gedeutet zu haben und das pädagogisch Richtige zu tun“. Es setzt somit ein hohes Maß an reflexiver Fähigkeiten voraus und auch die grundlegende Bereitschaft, das eigene Tun im Rahmen kommunikativer Verfahren mit Kolleginnen und Kollegen sowie anderen Professionellen in Frage stellen zu lassen. Insofern setzen die AgAG-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Anforderungen um, die im Rahmen der fachlichen Diskussionen um die Dienstleistungsorientierung oder neue Steuerung sozialer Arbeit oder aber auch der Jugendhilfeplanung an pädagogische Fachkräfte herangetragen werden.

---

## V. Die Entstehungsbedingungen fachlicher Innovationen im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt

---

Die fachliche Entwicklung der „flexiblen Jugendarbeit“ – also eines bereichsübergreifenden, bedarfsorientierten Handlungsansatzes – geht we-

sentlich auf die Entstehungsbedingungen des AgAG zurück. Während Lothar Böhnisch und Rolf-Peter Löhr<sup>11</sup> die Tatsache, daß im Rahmen des AgAG sowohl grundlegende Jugendhilfestrukturen als auch zielgruppenspezifische Handlungsansätze aufgebaut werden mußten, als „Terror der Gleichzeitigkeit“ bewerteten – also zunächst nur die mühevoll Seite der Aufbauleistungen erschlossen –, lag, aus heutiger Sicht, gerade in dieser Zweigleisigkeit die enorme Chance des Programms.

Unter dem Druck der öffentlichen Debatte und ebenfalls unter enormem Legitimitäts- und Zeitdruck mußte – auch ohne ein infrastrukturelles Netz – anders als gewöhnlich gehandelt werden. Es blieben keine Freiräume, die es erlaubt hätten, langwierige und unergiebig Diskussionen darüber zu führen, ob Jugendhilfe in politischer oder gesellschaftlich-moralischer Hinsicht das Problem „Jugendgewalt“ überhaupt in Angriff nehmen kann und soll, oder danach zu fragen, welche strukturellen Voraussetzungen Jugendhilfe erst braucht, um sich dieses Problems annehmen zu können<sup>12</sup>.

Außerhalb der etablierten Strukturen ist eine komplexe Praxis entstanden, ohne daß es vorher notwendig war, zu klären, ob sie dem Bereich (und damit den entsprechenden Regelungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz/KJHG) der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit oder den erzieherischen Hilfen zuzurechnen sei oder ob sich die Intervention methodisch als Beratung, als Gruppenarbeit, als Bildungsangebot oder Kultur- und Erlebnispädagogik verstehen (und dann mit den jeweils bekannten methodischen Konzepten anleiten) läßt. Auf diese Weise bekam die Praxis einen Vor-

11 Lothar Böhnisch/Rolf-Peter Löhr, Umdenken statt Projektion – Zu den Rahmenbedingungen der Projektarbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG), in: Irina Bohn/Dieter Kreft/Georg Weigel, Zwei Jahre AgAG: Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen, Zweiter Zwischenbericht des ISS, in: Berichte und Materialien des AgAG, (1994) 4, S. 13 ff.

12 Vgl. Benno Hafener, Wider die (Sozial-)Pädagogisierung von Gewalt und Rechtsextremismus, in: Deutsche Jugend, (1993) 3, S. 120–126; Albrecht Scherr, Pädagogik hat ihre Grenzen. Für eine politische Debatte mit rechten Jugendlichen, in: Pädagogik Extra, (Nov. 1992), S. 6–8.

lauf, der sie von den „Zwängen“ der etablierten Jugendhilfe freisetzte.

Natürlich wird es dann besonders dringlich, daß solcher Pragmatismus kritisch und reflektorisch wieder ‚eingeholt‘ und analysiert wird. Nur in der gleichsam nachgehenden Reflexion und Rekonstruktion verliert er die ihm immer innewohnende Beliebigkeit und kann er sein kreativ-innovatorisches Potential entfalten, das in dem ihm eigentümlichen Experimentiercharakter liegt. Dem Vorlauf des Pragmatismus als Suchprozeß muß um so strikter ein Nachgang sorgfältiger Dokumentation und kritischer Reflexion entsprechen. Hierfür hat das AgAG-Programm eine Reihe von organisatorischen und qualifikatorischen Vorkehrungen und Strukturen entwickelt, denen in diesem Zusammenhang Modellcharakter zukommt. Zu nennen sind insbesondere die Beratung der Projekte durch sozialpädagogische Institute, die Fortbildung durch den Informations-, Fortbildungs- und Forschungsdienst Jugendgewaltprävention, die wissenschaftliche Begleitung und die Gesamtkoordination und Verlaufsdokumentation.

Das AgAG-Programm ist ein interessantes fachpolitisches Beispiel, weil es sich nicht unter die gängigen Kategorien, mit denen das sozialpädagogische Feld üblicherweise geordnet wird, subsumieren läßt. Es liegt quer zu unseren überlieferten Denkkategorien, und genau das macht es so herausfordernd und zu einem Lernfeld für Innovation und neues Denken.

Diesen Aspekt sich bewußt zu halten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch deshalb wichtig, weil mit dem Ende der Sonderförderung des AgAG und dem Versuch der kommunalen Verankerung auch die Gefahr besteht, daß wieder eine den bekannten Strukturen entsprechende Versäulung des Jugendhilfesystems und der Förderlogik erfolgt. Wenn es dazu käme, würde das innovative Potential des AgAG verschenkt. Tatsächlich ist es nicht nur geboten, sondern – wie die konkrete Projektarbeit gezeigt hat – auch möglich, bereichsübergreifend, problem- und lebensweltorientiert sowie lokal fokussiert an den Bedürfnissen der Jugendlichen angelehnt zu handeln und damit in der Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen erfolgreich zu sein.

## **Richard Münchmeier: „Entstrukturierung“ der Jugendphase. Zum Strukturwandel des Aufwachsens und zu den Konsequenzen für Jugendforschung und Jugendtheorie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/98, S. 3–13

Jugend ist nicht nur eine subjektive biographische Lebensphase, sondern auch ein gesellschaftliches Muster mit bestimmten Anforderungen und Erwartungen (vor allem der Pflicht, sich auf das Erwachsenenleben vorzubereiten und sich für Erwerbsarbeit zu qualifizieren), die die Jugendlichen bewältigen müssen. Wenn in den letzten Jahren immer öfter von „Strukturwandel“ der Jugendphase die Rede ist, dann ist damit der Wandel dieses Musters gemeint: Die Bedingungen des Heranwachsens haben sich zum Teil einschneidend verändert und schaffen neue Rahmenbedingungen für die Jugend.

Wie die 12. Shell-Jugendstudie (1997) gezeigt hat, haben die gesellschaftlichen Krisen, allen voran die Krise der Arbeitsgesellschaft, die Jugend erreicht und erschüttern sie in ihrem subjektiven Sinn. Gewandelt haben sich aber auch die objektiven – die familiären, schulischen, sozialisationsbezogenen – Bedingungen der Jugend. Jugendpädagogik und Jugendpolitik stehen damit vor neuen Herausforderungen.

Die Folgen der „Entstrukturierung“ der Jugendphase machen sich schließlich in der Jugendforschung selbst bemerkbar: Sie tut sich schwer darin, Jugend altersmäßig klar abzugrenzen und sie auf die „jugendspezifischen“ Themen hin zu befragen. Je abhängiger Jugend von gesellschaftlichen Konstellationen wird, desto mehr erweitern sich Jugendthemen zu allgemeinen gesellschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsthemen. Es ist also danach zu fragen, ob sich Jugendforschung weiterhin auf die Befragung von Jugendlichen (Erhebung von Subjektiven) beschränken kann oder zu einer Lebenslagenforschung werden muß, die auch sogenannte „objektive“ Sachverhalte und biographisch-gesellschaftliche Bedingungen in ihre Analysen einbezieht.

## **Corinna Kleinert/Winfried Krüger/Helmut Willems: Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen. Ausgewählte Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey 1997**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/98, S. 14–27

Die aktuelle Diskussion um Ausländerfeindlichkeit und rechte politische Orientierungen junger Menschen hat durch die jüngste Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und die dabei von der rechtsradikalen DVU erzielten Erfolge neue Nahrung erhalten. An diesem Wahlerfolg waren junge Wählerinnen und Wähler überproportional beteiligt. Politisch hat die DVU ihren Wahlkampf in Sachsen-Anhalt stark mit nationalen und gegen Ausländer gerichteten Forderungen geführt. Auch vor diesem Hintergrund beschäftigen uns die Fragen, wie groß das Ausmaß fremdenfeindlicher Orientierungen in der jungen Generation ist, welche sozialstrukturellen oder anderen mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen Bedingungen dafür ausschlaggebend sind und in welcher Weise unterschiedliche Einstellungen gegenüber ausländischen Mitbürgern sich politischen Haltungen zuordnen lassen.

Als empirische Basis der Überlegungen und Darstellungen in diesem Beitrag dient uns der DJI-Jugendsurvey, eine empirische Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts, München. Die knapp 7000 Interviews mit 16- bis 29-jährigen in Ost- und Westdeutschland wurden im Herbst letzten Jahres durchgeführt.

Die Mehrzahl der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen teilt fremdenfeindliche Einstellungen nicht. Fremdenfeindlichkeit existiert andererseits aber zweifellos heute als Jugendproblem, auch wenn zwischen der Erhebung von 1992 und der von 1997 eine Abnahme dieser Einstellungen erkennbar wird – insbesondere im Westen. Fremdenfeindliche Einstellungen häufen sich vor allem bei jungen Menschen, die über niedrige Bildungsabschlüsse verfügen und die unter hoher Verunsicherung und Orientierungslosigkeit leiden. Zudem sind sie im Osten stärker ausgeprägt als im Westen. Fremdenfeindliche Haltungen gehen zwar oft mit rechten Orientierungen und antidemokratischen Vorstellungen einher, sind jedoch insgesamt nicht zwangsläufig als Teil eines rechtsextremen Weltbildes und entsprechender politischer Identitäten zu sehen. Ihre politische Bearbeitung muß daher vor allem an den zugrundeliegenden gesellschaftlichen Konflikten und sozialen Verwerfungen ansetzen.

## **Wilfried Schubarth: Jugendprobleme in den Medien. Zur öffentlichen Thematisierung von Jugend am Beispiel des Diskurses zur ‚Jugendgewalt‘**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/98, S. 29–36

In den neunziger Jahren fand das Thema „Jugend und Gewalt“ verstärkt Eingang in die öffentliche wie fachöffentliche Diskussion. Vor allem aufgrund seiner Attraktivität für die Medien und seiner Multifunktionalität wurde es zu einem zentralen Diskursgegenstand der letzten Jahre. Innerhalb des Diskurszyklus, der bis etwa Mitte der neunziger Jahre reichte, können verschiedene Etappen unterschieden werden: erste Thematisierung, Problemdeutungen, öffentliche Anerkennung des Problems, staatliche Anerkennung des Problems (z. B. Sonderprogramme), Versuche der Problembekämpfung. Am Diskurszyklus sind z. B. Vertreterinnen und Vertreter der Medien, der Wissenschaft, der Politik und der Praxis in unterschiedlicher Weise beteiligt, indem sie entsprechend ihrer Eigenlogik und Interessenlage handeln. Zwischen Gewaltdebatte einerseits und der realen Gewaltentwicklung bzw. Fortschritten bei der Gewaltprävention andererseits besteht kein gesicherter Zusammenhang – das Ende der Gewaltdebatte bedeutet nicht automatisch einen Rückgang der Gewalt.

Eine vorläufige Bilanz des letzten Diskurszyklus zur „Jugendgewalt“ fällt zwiespältig aus: Auch wenn bestimmte Fortschritte bei der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung (z. B. Gewaltforschung) und in der pädagogischen Praxis (z. B. Gewaltprävention) nicht zu übersehen sind, greifen die bisherigen Maßnahmen meist zu kurz. So liegt der Verdacht nahe, daß durch symbolische Handlungsmuster vor allem im politischen Raum die Diskussion um Jugend und Gewalt eher zu einer „Schein-Debatte“ wird, mit der auch andere Ziele verfolgt werden. Die sich seit kurzem wieder verstärkende Diskussion um „Jugendgewalt“ könnte – gerade angesichts der schleichenden Verschlechterung der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen – diesen Verdacht erhärten.

## **Irina Bohn: Jugend – Gewalt – jugendpolitischer Umgang. Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/98, S. 37–45

Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) war in den Jahren 1992 bis 1996 ein jugendpolitisches Modellprogramm der Bundesregierung, das den Auftrag hatte, Strukturen der Jugendarbeit in den neuen Bundesländern mit aufzubauen zu helfen und Handlungsansätze der Jugendarbeit zu erproben, die geeignet erscheinen, gewaltbereiten Jugendlichen wirksame und gesellschaftlich integrierende Hilfen bereitzustellen. Das Modellprogramm hat gezeigt, daß erfolgreich gehandelt werden kann, wenn Jugendliche über einen mittelfristigen Zeitraum hinweg ganzheitliche und praxisorientierte Hilfen in allen relevanten Lebensbereichen erhalten.

Jugendarbeit mit ihren auf Freizeitgestaltung, Bildung und soziale Partizipation hin ausgerichteten Handlungsansätzen bietet einen geeigneten Rahmen, um in Kombination mit personenbezogenen Leistungen der erzieherischen Hilfen, der Jugendgerichtshilfe, der Jugendsozialarbeit und der Beratung Jugendliche gezielt zu stabilisieren. Zentral ist hierbei der Aspekt, daß Jugendliche mit multiplen Gefährdungspotentialen nicht in unterschiedliche Einrichtungen und zu unterschiedlichen Fachkräften verwiesen werden, um in zentralen Lebensfragen – Familie, Schule, Beruf, Freizeit etc. betreffend – Unterstützung zu erhalten. Statt dessen gilt es, die geeigneten und notwendigen Hilfen für die Problemlagen von Kindern und Jugendlichen möglichst niedrigschwellig und flexibel unter einem Dach zu bündeln. Die Maxime lautet: „Bringt nicht den Jugendlichen zu den Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe, sondern die notwendigen und geeigneten Leistungen der Jugendhilfe zum Jugendlichen.“